



Aus gutem Grund

Kirchenasyle in der
Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau

IMPRESSUM

Herausgeber:

Diakonie Hessen -
Diakonisches Werk in Hessen und Nassau und
Kurahessen-Waldeck e.V.



V.i.S.d.P.:

Pfarrer Andreas Lipsch
Leiter des Bereichs Flucht, Interkulturelle Arbeit,
Migration der Diakonie Hessen
Ederstraße 12
D-60486 Frankfurt am Main
Fon: 069. 7947 6226
Fax: 069. 7947 996226

Autor:

Torsten Jäger, Projektberatung und -entwicklung,
Eltille am Rhein, torsten-jaeger@gmx.de

Fotos:

Kirchenasyle Nr. 1-4, 7
Stefan Schäfers, Mainz/ Rhein
stefan@stefan-schaefers.com
Kirchenasyle Nr. 5, 6, 8 und 9
Bernd Schmid, Wiesbaden
bernd.schmid@email.de
© bei den genannten Fotografen und der EKHN

Gestaltung:

Tobias Boos, boos+goeckel, Heidesheim/ Rhh.
boos-goeckel@t-online.de

Druck:

Eckoldt GmbH & Co.KG., Ingelheim
eckoldt@cross-effect.de

Auflage:

1.500 Stück

Stand:

September 2015

Aus gutem Grund

Kirchenasyle in der
Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau

Inhalt

Aus gutem Grund
Andreas Lipsch

06

Petros Amanuel Habte
Frankfurt/Main

15



08

Wie halten Sie es mit dem Kirchenasyl?
Fragen an Dr. Volker Jung und
Dr. Wolfgang Gern

Abdikafar Abdulahi Mohamud
Friedberg (Hessen)

32



24

Familie Khello
Höhr-Grenzhausen

Lemlem Yonas Simye
Geiß-Nidda/Bad Salzhausen

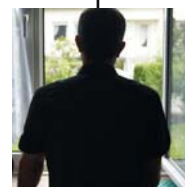
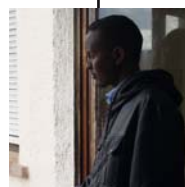
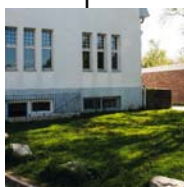
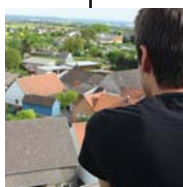
**Khalid
Wirges**

**Die "Christuskirchen-
Asylgemeinde" in Heppenheim**

**Familie Gohari
Frankfurt am Main**

44

62



40

52

71

**Aboud H.
Hungen-Bellersheim**

**Daahir Abdullahi Osman
Hanau-Steinheim**

H-VOLLMILCH

12 x 1 Liter e

Aus gutem Grund

Diese Broschüre gewährt Einblicke in neun Kirchenasyle, die in den Jahren 2014 und 2015 in Kirchengemeinden der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau stattgefunden haben. Einige von ihnen dauern bei Veröffentlichung dieser Broschüre noch an.

In den ausführlichen Reportagen und Interviews mit Flüchtlingen, Unterstützerinnen und Unterstützern, Pfarrerinnen und Pfarrern werden die Fluchtgeschichten zumindest ahnbar, die einem Kirchenasyl vorangegangen sind. Deutlich wird auch, welche Gedanken, Fragen und Herausforderungen mit der Durchführung eines Kirchenasyls verbunden sind, welche Beschwerden, welche Sorgen. Trotz alledem beschreiben die allermeisten das Kirchenasyl als Bereicherung, als Zeit des Teilens, neuer Solidarität und einer Horizonterweiterung. In diesem besonderen Schutzraum erleben und erfahren offenbar nicht nur die Schutzsuchenden selbst, sondern auch Gemeinden und Unterstützer/innen den Segen der Gastfreundschaft als etwas Heilsames. Neue Beziehungen werden eingegangen, Solidaritätsnetze geknüpft. Patenschaften und Freundschaften entstehen, die über die Zeit des Kirchenasyls hinaus Bestand haben. Bibelverse beginnen zu leben und zu sprechen. Alte Träume der jüdisch-christlichen Tradition stellen sich ein, Bilder einer befriedeten, gerechten und versöhnten Weltgesellschaft – ohne Mauern, ohne Stacheldraht.

Solche Erfahrungen werden offenbar mit vielen Kirchenasylen verbunden. Sie sind aber nicht der Grund dafür, dass Kirchengemeinden ein Kirchenasyl gewähren und durchführen. Auch das ist hier nachzulesen. Immer geht es um den konkreten Fall, diese schwangere Frau, diesen verletzten Mann, diese verzweifelte Familie. Und in jedem der hier porträtierten Fälle gab es offenbar gute Gründe, sie vorübergehend in Schutz zu nehmen.



Andreas Lipsch

Interkultureller Beauftragter der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau
Leiter des Bereichs Flucht, Interkulturelle Arbeit, Migration der Diakonie Hessen

Dabei ist Ziel jedes Kirchenasyls, dass staatliche Stellen noch einmal alle rechtlichen, sozialen und humanitären Gesichtspunkte, die gegen eine Abschiebung sprechen könnten, sorgfältig prüfen und die Betroffenen ihr Asylverfahren gegebenenfalls in Deutschland durchlaufen dürfen. Das ist die Hoffnung, die mit einem Kirchenasyl verbunden ist, nicht weniger, aber auch nicht mehr. Keine Gemeinde beabsichtigt, Asyl im juristischen Sinn zu gewähren. Die Kirche ist kein Staat im Staate, Kirchengemeinden sind kein rechtsfreier Raum und das Kirchenasyl ist kein verbrieftes Recht. Es gibt aber gute Gründe dafür, dass der Rechtsstaat das Kirchenasyl als ein Moratorium respektiert. Jedenfalls tut er das, von wenigen Ausnahmen abgesehen, seit mehreren Jahrzehnten. Mit der Akzeptanz des Kirchenasyls macht der Rechtsstaat deutlich, dass er sich auch selbst

immer wieder an der Wahrung der Menschenrechte und der Menschenwürde messen lässt.

Im vergangenen Jahr wurde diese grundsätzliche Akzeptanz des Kirchenasyls durch den Staat öffentlich in Frage gestellt. Grund dafür sind gestiegene Kirchenasylzahlen und die Tatsache, dass es zurzeit in 80 Prozent der Fälle um drohende Abschiebungen nicht in ein Herkunftsland, sondern in einen anderen Mitgliedstaat der EU geht. Solche Abschiebungen werden aufgrund der sogenannten Dublin-Verordnung durchgeführt. Die besagt, dass Flüchtlinge ihren Asylantrag in dem Land stellen müssen, in dem sie zuerst europäischen Boden betreten haben. Gehen sie in ein anderes europäisches Land, können sie in einer Frist von sechs Monaten in den zuständigen Staat abgeschoben werden. Dabei spielen familiäre Bindungen oder sprachliche Anknüpfungspunkte keine Rolle. Unbeachtet bleibt in der Regel, dass die Chancen im Asylverfahren europaweit sehr unterschiedlich sind und auch in europäischen Ländern Menschenrechte verletzt werden. Die hier versammelten Interviews mit Flüchtlingen, die über Länder wie Bulgarien, Italien oder Ungarn gekommen sind, veranschaulichen das. Sie erzählen von Inhaftierungen, menschenrechtswidrigen Behandlungen, menschenunwürdiger Unterbringung, Unterversorgung und Obdachlosigkeit. Offensichtlich gibt es auch in Fällen drohender Dublin-Abschiebungen gute Gründe für ein Kirchenasyl.

Kommt eine Kirchengemeinde nach eingehender Beratung und Prüfung des Einzelfalls zur Entscheidung, einem solchen „Dubliner“ Kirchenasyl zu gewähren, tut sie das in der Regel, um die Zuständigkeit der Bundesrepublik für die Prüfung des Asylantrags zu erwirken, indem die Rückführungsfrist überbrückt wird. Eben das hat Kirchengemeinden den Vorwurf eingebracht, sie handelten nicht verantwortungsvoll. Es ginge ihnen gar nicht um den Einzelfall, sondern darum, das Dub-

lin-Verfahren abstrakt infrage zu stellen. Kirchenasyl werde zur Systemkritik missbraucht.

Dank dieser Dokumentation kann nun der Vorwurf oder auch nur die Vermutung, es ginge den Kirchengemeinden bei Kirchenasylen nicht um den Einzelfall, an neun konkreten und ausführlich recherchierten Kirchenasylen in der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau überprüft werden.

Ich danke allen, die am Zustandekommen dieser Dokumentation beteiligt waren und so umfangreich und detailliert Auskunft gegeben haben, insbesondere Torsten Jäger für seine akribischen Recherchen und sensiblen Interviews. ■

„Seid Täter des Wortes und nicht Hörer allein!“

Jakobus 1,22

**Das Kirchenasyl von
Petros Amanuel Habte (19 Jahre)
aus Eritrea
in der
Evangelisch-lutherischen Kirchengemeinde
Am Bügel in Frankfurt/Main**



Petros Geschichte

Petros ist fünf Jahre alt, als sein Vater getötet wird. Als Offizier in der eritreischen Armee hatte er sich für eine demokratische Verfassung eingesetzt. Seine Mutter muss sofort fliehen und den kranken Petros in der Obhut seiner Großmutter zurücklassen. Seine drei jüngeren Geschwister nimmt sie mit. Petros wächst bei seiner Großmutter auf, besucht 10 Jahre lang die Schule und erhält mit 17 Jahren die Einberufung zum Kriegsdienst. Er flieht zunächst in den Sudan und von dort aus mit einem ungarischen Schengen-Visum in die Niederlande. Gleich nach der Ankunft in Amsterdam wird er im Flughafentransit inhaftiert und nach vier Monaten nach Ungarn abgeschoben. Dort lebt er unter schwierigsten Bedingungen in einem Flüchtlingslager, das er nach acht Monaten verlassen muss. Ohne öffentliche Unterstützung lebt er auf der Straße. Er wird Opfer von gewaltbereiten Rechtsextremisten, die ihn zunächst beschimpfen und dann brutal zusammengeslagen. Die ungarische Polizei unternimmt nichts, um ihn zu beschützen oder um die Täter zu verfolgen.

Petros schlägt sich zusammen mit einem anderen Flüchtling nach Deutschland durch und kommt in die Hessische Erstaufnahmeeinrichtung in Gießen. Dort schickt man ihn nach Frankfurt am Main. Als er dort bei den Behörden vorspricht, teilt man ihm mit, dass es keine Unterkunft für ihn gibt. Erst nach ein paar Tagen kann kommt er in einer Wohncontaineranlage für Obdachlose im Frankfurter Ostpark unter. Er muss im Café der überfüllten Einrichtung wohnen und schlafen. Nach drei Wochen dann bekommt er einen Platz in einer Einrichtung des Internationalen Bundes (IB) in Frankfurt-Höchst. Dort erhält er fast einen Monat später die Nachricht, dass Deutschland für seinen Asylantrag nicht zuständig ist und er nach Ungarn zurückgeschoben werden soll.

Beginn des Kirchenasyls:

10. April 2014

Ende des Kirchenasyls:

28. August 2014

Die Kirchengemeinde

Die Evangelisch-Lutherische Kirchengemeinde „Am Bügel“ ist eine der ärmsten, wenn nicht gar die ärmste Kirchengemeinde in und um Frankfurt am Main. Die namensgebende Wohnsiedlung, die zwischen der Gemeinde Nieder-Eschbach und dem Stadtteil Bonames liegt, und die Kirchengemeinde selbst sind von Menschen mit einer Flüchtlings- oder Migrationsbiographie geprägt, viele Gemeindemitglieder kommen aus Chile, Eritrea, Afghanistan und Russland oder waren z.B. Bootsflüchtlinge aus Vietnam.

Vor dem Kirchenasyl für Petros Amanuel Habte hatte die Kirchengemeinde bereits von Ende 2012 bis April 2014 einen nigerianischen Flüchtling beherbergt. Dabei handelte es sich allerdings nicht um Kirchenasyl, sondern um die Unterstützung des traumatisierten jungen Mannes durch die Einbindung in die Kirchengemeinde. Sein Aufenthalt in Deutschland ist inzwischen geduldet, er lebt in einem Studierendenwohnheim, besucht das Studienkolleg und will sobald wie möglich ein Studium beginnen.



Der Weg ins Kirchenasyl

Nachdem Petros erfährt, dass er nach Ungarn zurückgeschoben werden soll, verlässt er seine Unterkunft in Frankfurt-Höchst und nimmt auf Anraten seines Anwalts Kontakt mit der Diakonie Hessen auf. Man vereinbart einen Termin, bis es soweit ist schlägt Petros sich mit Hilfe von Freunden und Bekannten durch.

„Ich war ständig unterwegs. Eine Woche mit einem Bekannten, zwei Tage mit einem anderen und immer so weiter. Ich hatte meine Kleider dabei und alles andere, was ich brauche. Diese Zeit war sehr schwer und sehr anstrengend und immer habe ich mich gefragt, wie es weitergehen soll. Ich war in der Zeit eigentlich obdachlos.“

Petros Amani Habte

Bei der Diakonie Hessen bewertet man seinen Fall als dringend und entschließt sich dazu, die evangelischen Kirchengemeinden in Frankfurt um Unterstützung zu bitten. Weil die Kirchengemeinde Am Bügel bereits positive Erfahrungen mit Flüchtlingen gemacht hat und die räumlichen Voraussetzungen gegeben sind, erklärt sich Pfarrer Dr. Lewerenz grundsätzlich dazu bereit, Petros Kirchenasyl zu gewähren. Vorausgegangen waren viele Gespräche u.a. mit anderen Seelsorger/innen, mit dem Kirchenvorstand, dem Pfarrgemeinderat, dem Rechtsanwalt von Petros und natürlich mit Petros selbst.

„Bevor wir zugesagt haben, habe ich zwei oder drei größere Gemeinden angerufen, von denen ich wusste, dass sie von den Räumlichkeiten her gut ausgestattet sind. Die haben sofort abgelehnt, weil sie „gerade die Kita umbauen müssen“ oder „überhaupt keine Freiwilligen haben“. Ich fand das ernüchternd, weil sofort klar war: Die Kolleg/innen wollten das einfach nicht! Es ist eben leider gar nicht so wie immer behauptet wird, dass die Gemeinden nur darauf warten, einen Flüchtling im Kirchenasyl aufnehmen zu dürfen. Viele haben eher Angst vor dem, was da auf sie zukommen könnte, fürchten die Auseinandersetzung mit den Behörden oder mit Gemeindegliedern oder wissen nicht, wie sie ein Kirchenasyl anfangen sollen.“

Was für mich persönlich ausschlaggebend war, war der Angriff auf Petros in Ungarn und die Tatsache, dass der Überfall von der Polizei nicht verfolgt wurde. Nachdem Petros mir davon erzählt hat, war für mich klar, dass man ihn nicht in ein Land zurückschicken darf, wo die Sicherheit für sein Leben keine Rolle gespielt hat und in Zukunft keine Rolle spielen würde.“ Pfarrer Dr. Olaf Lewerenz

Interview mit Pfarrer Dr. Lewerenz

Gab es in der Gemeinde kontroverse Positionen zum Kirchenasyl?

Nein, zumindest wurden ablehnende Haltungen nicht an uns herangetragen! Hier vor Ort wissen viele aus eigener Erfahrung, was es bedeutet, seine Heimat hinter sich zu lassen und alles zu verlieren. Die Unterstützung in der Gemeinde hat mich deshalb nicht überrascht. Wir haben aber auch viel Unterstützung, Kollekten und Spenden aus wohlhabenderen Frankfurter Vierteln bekommen. Die Erkenntnis, dass wir zu wenig für Flüchtlinge tun, setzt sich nicht zuletzt wegen der Toten im Mittelmeer immer mehr durch. Auch wenn viele immer noch abstrakt sagen „Aber bitte nicht alle zu uns“, gibt es bei den allermeisten den Impuls zu sagen: „Natürlich muss dem geholfen werden und natürlich helfe ich dem!“, wenn sie vom konkreten Schicksal eines Flüchtlings erfahren.

Was ist die prägendste Erfahrung, die Sie in der Zeit des Kirchenasyls gemacht haben?

Man bleibt nicht alleine und ohne Unterstützung, wenn man sich auf ein Kirchenasyl einlässt. Es kommen Spenden, es kommen Leute, die helfen. Es muss natürlich einer präsent sein und vorangehen, aber dann entwickelt sich etwas. Mit einem Mal tauchen Leute auf, die sagen: „Ich gehöre gar nicht zur Gemeinde, aber das finde ich eine gute Sache, da mache ich mit!“ Wenn man das zulässt, wächst und verändert sich die Gemeinde: durch die Flüchtlinge genauso wie durch Menschen, die auf diese Flüchtlinge zugehen.



Gibt es in der Gemeinde jetzt eine größere Sensibilität für die Situation von Flüchtlingen?

Bei denen, die eng dran waren auf jeden Fall! Und auch andere Gemeindemitglieder thematisieren mir gegenüber die Situation von Flüchtlingen jetzt jedenfalls häufiger als zuvor. Auf alle Fälle hat die abstrakte „Flüchtlingsthematik“ hier in der Gemeinde vor Ort ein Gesicht bekommen und das macht sicher natürlich nachdenklich über den Einzelfall hinaus.

Wenn Sie ihre persönliche Motivation aus einem Bibelzitat herleiten sollten: Wie würde es heißen?

Mein Motto steht in Nieder-Eschbach an der Kanzel. Es heißt „Seid Täter des Wortes und nicht Hörer allein!“ und stammt aus dem Jakobusbrief. Es gefällt mir, dass dieses Zitat ausgerechnet über einer Kanzel geschrieben steht, wo eigentlich „nur“ geredet wird. Für mich ist wichtig, dass Glaube glaubhaft wird. Petros in seiner konkreten Notsituation war in dieser Hinsicht ein Prüfstein für mich persönlich und für die Kirchengemeinde.

Die Zeit des Kirchenasyls

Am 10. April 2014 zieht Petros in ein kleines Zimmer des Gemeindehauses der evangelischen Kirchengemeinde. Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, das Hessische Innenministerium und die zuständige Ausländerbehörde werden in Kenntnis gesetzt. Mit einem Pressegespräch stellt die Gemeinde sofort Öffentlichkeit her.

am Gemeindeleben teil, lernt Klavierspielen. Zwei Frauen aus der Gemeinde kochen regelmäßig zusammen mit ihm, eine eritreische Landsfrau, die das Gemeindehaus reinigt, wird eine weitere wichtige Bezugsperson. Von Kollekten und Spenden werden ein Hometrainer und eine Tischtennisplatte angeschafft, ein Basketballkorb wird vom



„Öffentlichkeit ist wichtig und ein Schutz für diejenigen, der im Kirchenasyl aufgenommen wird. Es schafft Akzeptanz, wenn wir als Gemeinde darüber informieren, warum Kirchenasyl überhaupt, vor allem aber warum Kirchenasyl gerade für diesen Flüchtling? Warum nehmen wir gerade Petros? Was ist sein persönliches Schicksal, was ist seine rechtliche Situation und welche Härte sehen wir?“

Pfarrer Dr. Olaf Lewerenz

Im Gemeindehaus werden Deutschkurse für Migranten angeboten. Petros darf teilnehmen und kann deshalb an vier Vormittagen in der Woche Deutsch lernen. Er verbessert sich von Tag zu Tag, auch weil ehrenamtliche Unterstützer/innen nachmittags und am Wochenende zusätzlich mit ihm üben. Er arbeitet in der Kleiderkammer mit, besucht regelmäßig den Gottesdienst, nimmt rege

benachbarten Jugendhaus ausgeliehen. Von dort bekommt Petros immer häufiger Besuch von Jugendlichen.

An 28. August 2014 erhält Petros von der Ausländerbehörde eine Duldung, weil er sich seit mehr als sechs Monaten im Bundesgebiet aufhält und deshalb nicht mehr nach Ungarn abgeschoben werden kann. Die Zeit im Kirchenasyl geht zu Ende ... und doch nicht zu Ende.

„Es gibt nichts Besseres, als einen Platz, wo ich ohne Angst schlafen und mich hinlegen kann und wo es Menschen gibt, denen ich vertrauen kann und die mir helfen wollen.“

Petros Amanuel Habte

Interview mit Petros Habte

Wenn du zurückdenkst an die lange Zeit auf der Flucht: Wie wichtig war es für dich, im Kirchenasyl anzukommen?

In Ungarn musste ich den Tag überstehen und das Nötigste zum Überleben organisieren. Und auch in Deutschland hatte ich Angst und wusste oft nicht, was morgen ist. Das Kirchenasyl war eine der besten Nachrichten in meinem ganzen Leben. Es hat mir erst einmal Sicherheit gegeben und ich konnte mir eine Basis aufbauen.

Gab es Krisen in der Zeit des Kirchenasyls?

Ich bin nur ein Mensch und natürlich habe ich mich auch im Kirchenasyl oft gefragt, was noch passieren und wie es weitergehen wird. Das mache ich auch jetzt immer noch, weil noch nichts entschieden ist. Aber die Gemeinschaft hier war sehr gut und hat mich getragen. Und ich hatte zum Glück nicht so viel Zeit, darüber nachzudenken, weil ich voll war mit Lernen, Tischtennis, Basketball, Lesen, Klavierspielen, Kochen und Reden.

Bedeutet es dir etwas, dass Menschen dich aus ihrem Glauben heraus unterstützt haben?

Sehr viel! Für mich ist das Kirchenasyl ein Geschenk von Gott und durch die Kirche habe ich dieses Geschenk bekommen. Aber wenn man glaubt, muss man an diesem Glauben auch arbeiten, das hat etwas mit Menschlichkeit zu tun. Das tun nicht alle, aber hier im Kirchenasyl habe ich Menschen getroffen, die ihren Glauben leben und die helfen, wenn jemand in Not ist.



Was hält die Zukunft für dich bereit? Was wünschst du dir, was erhoffst du dir?

Ich will meinen Platz in dieser hier Gesellschaft finden und da ist Bildung sehr wichtig. Ich will lernen und eine Ausbildung machen. Und ich will aufmerksam sein für das, was ich für andere tun kann. Viele Flüchtlinge haben die gleichen Probleme z.B. mit der Dublin-Verordnung wie ich. Ich will in Initiativen mitarbeiten, die diesen Menschen helfen. Und ich will erzählen, wie es bei mir war, damit niemand mehr nach Ungarn abgeschoben wird.



Die Zeit nach dem Kirchenasyl

Petros bleibt bei seiner „neuen Familie“ und bewohnt weiterhin seine Kammer im Gemeindehaus – jetzt als offizieller Mieter. Er arbeitet immer noch in der Kleiderkammer mit und hofft, dass sein Asylverfahren sobald wie möglich in Deutschland durchgeführt wird. Zurzeit ist er geduldet, eine Bestätigung, dass die Zuständigkeit für das Asylverfahren jetzt in Deutschland liegt, hat er bisher noch nicht erhalten.

Petros spricht inzwischen perfektes Deutsch. Er hat im Sommer seinen Hauptschulabschluss nachgeholt und die Aufnahmeprüfung für den Realschulabschluss erfolgreich bestanden. Zur Zeit leistet er bei einer großen Firma in Frankfurt-Höchst ein IT-Praktikum ab. So schnell wie möglich will er Ausbildung als Informatiker beginnen.

„Ich habe zehn Jahre lang an einem Gymnasium gearbeitet und muss sagen: solchen Bildungseifer wie bei Petros habe ich ganz selten erlebt. Sowohl im Hinblick auf konkrete Lernerfolge als auch auf den unbedingten Willen, sich mit Bildung eine Zukunft hier aufzubauen.“

Pfarrer Dr. Olaf Lewerenz

Was mit seiner Mutter und seinen Geschwistern in Eritrea passiert ist und wie es ihnen geht, weiß Petros nicht. Seit der Trennung der Familie in Eritrea konnte er bis heute zu ihnen keinen Kontakt mehr herstellen. ■

Das Beispiel vom barmherzigen Samariter – „Dann geh und handle genauso!“

Lukas 10, 29-37

Das Kirchenasyl der syrischen Familie Khello (Kameran [49], Sonia [46], Rezan [22], Ferhad [19] und Berivan [16]) in der Evangelischen Kirchengemeinde Höhr-Grenzhausen



Die lange Fluchtgeschichte der Familie Khello

Als Anfang des Jahres 2011 der Bürgerkrieg in Syrien beginnt, lebt die kurdische Familie Khello in Heretan, einem Vorort von Aleppo. Die Familie gehört der jezidischen Religionsgemeinschaft an. Der Vater Kameran ist Elektroingenieur, die Mutter

Beginn des Kirchenasyls:

8. Juli 2014

Ende des Kirchenasyls:

Das Kirchenasyl dauert an



Sonia arbeitet als Lehrerin in einer Grundschule. Die älteste Tochter und der älteste Sohn studieren in Aleppo, die jüngere Tochter und der jüngere Sohn gehen noch zur Schule. Schnell gerät die Region Aleppo ins Zentrum der gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen dem Assad-Regime und der „Freien Syrischen Armee“ (FSA). Als syrische Regierungstruppen im Sommer 2012 das von der FSA eingenommene Heretan unter Beschuss nehmen, zerstört eine Bombe das neu gebaute Haus der Familie, eine andere trifft die Schule, in der Sonia gerade unterrichtet. Mehrere Kinder kommen bei dem Angriff ums Leben.

Die Familie flieht zunächst ins syrische Kastal Jendo, wo Sonias Eltern leben. Bald darauf wird der Ort von islamistischen Gruppierungen angegriffen, die gezielt Jagd auf Jeziden machen. Zudem befürchtet die Familie, dass die Söhne zwangsrekrutiert werden und die Töchter sexualisierter Gewalt zum Opfer fallen. Immer wieder geraten Familienmitglieder in akute Lebensgefahr und werden Zeugen von Gewalttaten, denen Menschen zum Opfer fallen.

Ende August 2013 schließlich fliehen die Eltern mit der jüngeren Tochter und den beiden Söhnen aus Syrien. Sie durchqueren zu Fuß, per PKW und Reisebus die Türkei und überwinden kurz darauf die türkisch-bulgarische Grenze. Dort werden sie von bulgarischen Grenzbeamten aufgegriffen und einige Tage grenznah in einem Gefängnis inhaftiert. Zusammen mit ca. 50 weiteren Personen sind sie in einen etwa 20 m² großen überdachten Raum eingepfercht. Die hygienischen Bedingungen sind katastrophal, in der ganzen Zeit bekommen sie nur ein einziges Mal ein warmes Mittagessen. Es gibt weder Dolmetscher noch ist das „Sicherheitspersonal“ dazu bereit oder in der Lage, der Familie auf Englisch zu erklären, warum sie festgehalten wird und was mit ihr geschehen soll.

Alle Familienmitglieder werden erkennungsdienstlich behandelt, Wachkräfte ziehen einen großen Teil des mitgeführten Bargeldes ein, ohne hierfür eine Quittung auszustellen. Dann wird die Familie in ein „Flüchtlingslager“ in der Nähe von Pastrogor transferiert. Auch hier sind die räumlichen



und hygienischen Verhältnisse menschenunwürdig. Materielle Unterstützung gibt es nicht. Als die von den Kriegs- und Fluchtfolgen schwer traumatisierte Sonia einen Schwächeanfall erleidet, wird ihr vom Wachpersonal die dringend erforderliche medizinische Versorgung verweigert. Auch hier im „Flüchtlingslager“ gibt es keine Dolmetscher, spricht niemand Englisch. Mehrfach werden der Familie Dokumente in bulgarischer Schrift und Sprache vorgelegt, die sie nicht versteht. Man nötigt sie zur Unterschrift, die Khellos leisten notgedrungen Folge.

Weil die Zustände unerträglich sind, verlässt die Familie nach vier Wochen das Flüchtlingslager in Pastrogor. Sie will weiter nach Deutschland fliehen, wo viele ihrer Verwandte und zwischenzeitlich auch Sonias Mutter leben. Denn in Bulgarien gibt es für die Familie keine Zukunft. Sie hat keinen Anspruch auf finanzielle Unterstützung oder auf medizinische Versorgung, keine Perspektive auf Sprachkurse oder einen Arbeitsplatz. Ihr droht die Obdachlosigkeit und sie muss zu Recht fürchten, von der Polizei vor rassistisch motivierter Gewalt nicht geschützt zu werden. Mit dem wenigen Bargeld, das ihnen die bulgarischen Sicherheitskräfte gelassen haben, schlagen sie sich einige Wochen in Bulgarien durch und bereiten ihre Flucht nach Deutschland vor. Im Februar 2014 schließlich gelingt der Grenzübertritt nach Deutschland und stellt die Familie hier ihre Asylanträge.

Die Kirchengemeinde

Die im Westerwald gelegene, knapp 10.000 Einwohner zählende Stadt Höhr-Grenzhausen ist als rheinland-pfälzisches Mittelzentrum ausgewiesen.

Es beheimatet eine Vielzahl keramischer Industrie- und Handwerksbetriebe sowie eine Fachhochschule für Keramik. Etwa 1.100 Bürgerinnen und Bürger – viele davon türkeistämmig – haben keinen deutschen Pass, sind aber zumeist schon seit langen Jahren in der Stadt ansässig. Zudem hat eine größere Gruppe von Spätaussiedlern in Höhr-Grenzhausen eine Heimat gefunden. Vor Ort arbeitet ein Beirat für Migration und Integration, in dem vorwiegend türkeistämmige Personen engagiert sind, eng mit der Kommunalverwaltung zusammen.

Es gibt also durchaus internationale Bezüge und Strukturen in der Stadt, zugleich haben Asylsuchende vor Ort in den letzten Jahren keine besonders große Rolle gespielt. Deshalb hat die 2600 Menschen umfassende evangelische Kirchengemeinde in Höhr-Grenzhausen vor der Gewährung des Kirchenasyls für Familie Khello keine besondere Erfahrung im Umgang mit Flüchtlingen. Trotzdem steht sie dem Umgang mit Minderheiten und der Solidarität mit Schwächeren traditionell sehr offen und engagiert gegenüber: vor Ort, wo sie z.B. den Gemeindemitgliedern aus Russland wöchentliche Begegnungs- und Gesprächsangebote macht und auf internationaler Ebene, wo sie in einer Partnerschaftsbeziehung der evangelischen Dekanate Nassau und Selters mit evangelischen Christinnen und Christen aus Tansania mitarbeitet.

Zudem hat in Höhr-Grenzhausen das gemeinsame Gespräch der Konfessionen und Religionen eine lange Tradition. Seit etwa 10 Jahren gibt es guten und regen Gesprächskontakt mit den beiden muslimischen Moschee-Gemeinden am Ort und ein öku-

menischer Arbeitskreis organisiert und pflegt seit vierzig Jahren den Dialog und gemeinsame Aktivitäten mit der katholischen Kirchengemeinde. Im Prozess der Entscheidung über das Kirchenasyl für Familie Khello war gerade diese langjährige Kooperation von besonderer Bedeutung. Einzelne Mitglieder der katholischen Kirchengemeinde hatten in der Vergangenheit bereits Kontakte zu Flüchtlingen in schwierigen Aufenthaltssituationen gehabt und sie unterstützt. Diese Erfahrungen bestärkten schließlich auch die evangelische Kirchengemeinde in ihrem Handeln.

Der Weg zum Kirchenasyl

Anfang 2014 wird Familie Khello von den Behörden nach Höhr-Grenzhausen umverteilt und in einer kleinen Wohnung untergebracht. Sie bemüht sich von Beginn an aktiv darum, am Leben in der Stadt teilzuhaben. Bei den ehrenamtlichen Mitarbeitenden der TAFEL fällt der Vater der Familie durch seine außerordentliche Höflichkeit auf. Er bemüht sich trotz großer Verständigungsprobleme intensiv darum, ins Gespräch zu kommen und seine Dankbarkeit zum Ausdruck zu bringen. Berivan und Ferhad nehmen Deutsch-Förderunterricht und besuchen freiwillig Ferienschprachkurse an der Realschule in der Stadt. Ferhad schließt sich der örtlichen Fußballmannschaft an, spielt regelmäßig mit und geht abends mit den Sportkameraden aus. Rezan kümmert sich in den ersten Monaten gemeinsam mit seinem Vater intensiv um seine traumatisierte Mutter, lernt parallel dazu ebenfalls Deutsch und nimmt schließlich als freiwilliger Gasthörer an Vorlesungen der Keramischen Hochschule in Höhr-Grenzhausen teil.

Im Mai 2014 lehnt das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) die Asylanträge der Familie ab. Sie hat – ohne es zu wissen und ohne es zu erfahren – in Bulgarien Asyl beantragt und einen „subsidiären Schutzstatus“ erhalten. Das BAMF ordnet deshalb die Abschiebung nach Bulgarien an. Dagegen eingelegte Rechtsmittel bleiben erfolglos, die Ausländerbehörde des Westerwaldkreises fordert die Familie zur Ausreise bis zum 10. Juli 2014 auf.

„Ferhad war in der Mannschaft direkt super integriert. Eines Abends kam mein Sohn leichenblass vom Fußballspielen zurück und sagte, dass die Familie abgeschoben werden soll. Ich hatte inzwischen auch alle anderen Familienmitglieder kennengelernt. Die sind einfach nett, die wollen nur irgendwo sein, wo ihnen keine Bombe auf den Kopf fällt und wo sie niemand einsperrt. Ich hatte keine Ahnung, was ich jetzt tun sollte, das Einzige was mir einfiel war, das Diakonische Werk (Träger der TAFEL in Höhr-Grenzhausen) zu informieren. So kam die Geschichte ins Rollen.“

Martina Saal, ehrenamtliche Unterstützerin

Im Frühsommer wendet sich der Leiter des Diakonischen Werks im Westerwald an den Kirchenvorstand und den Pfarrer der Gemeinde. Er berichtet vom drohenden Schicksal der Familie und fragt an, ob man sich vorstellen könnte, ein Kirchenasyl zu gewähren. Im Anschluss an Beratungen bei einer gemeinsamen Sitzung mit dem katholischen Pfarrgemeinderat beschließt der Kirchenvorstand Anfang Juli, die Familie – zunächst bis zu einem halben Jahr lang – im Gemeindehaus zu beherbergen.

„Wir haben hier im Gemeindehaus im unteren Geschoss zwei Räume, die uns zur Unterbringung der Familie geeignet erschienen. Es sind eigentlich Räume, die wir für die Jugendarbeit nutzen, und die katholische Gemeinde hat uns sofort angeboten, dass wir für die Zeit des Kirchenasyls hierfür auf Räume in ihrer Gemeinde ausweichen können, und uns auch finanzielle Unterstützung zugesagt. Das Einzige was jetzt noch fehlte, war eine Dusche. Die hat uns eine Sanitärfirma ganz schnell besorgt und umsonst eingebaut.“

Dr. Hartwig von Vietsch, 2. Vorsitzender des Kirchenvorstandes

Was waren die größten Herausforderungen bei der Entscheidung für das Kirchenasyl?

Organisatorisch war wichtig, dass wir von Anfang an beraten und begleitet wurden von der Diakonie Hessen und auch von PRO ASYL. Das hat uns geholfen, die richtigen Schritte zur richtigen Zeit zu tun: Kontakt zu den Behörden suchen, anwaltliche Vertretung für die Familie und psychologische Begutachtung für die Mutter organisieren und so weiter und so fort.

Inhaltlich mussten wir uns mit den kritischen Stimmen vor Ort in der Gemeinde auseinandersetzen, die es natürlich auch gab. Manche fragten zum Beispiel, was uns einfällt, klüger und anders handeln zu wollen als der Staat. Wir haben das Gespräch mit diesen Menschen angenommen und versucht zu überzeugen. Denn wir wollen mit dem Kirchenasyl geltendes Recht weder aushebeln noch brechen. Wir verstecken niemanden, wir suchen nach legalen Wegen, um dem Schicksal der Familie gerecht zu werden. Wir wollen Zeit gewinnen, damit die zuständigen Behörden ihren Fall noch einmal in aller Ruhe anschauen und bewerten können.



Trägt das Kirchenasyl dazu bei, sich mehr mit der Lebenssituation von Flüchtlingen allgemein zu befassen?

Wir sehen das Kirchenasyl nicht als Aktion zur politischen Bewusstseinsbildung. Es geht uns vielmehr ganz konkret darum, genau dieser Familie zu helfen. Das war der Impuls, der von ganz vielen Menschen gekommen und aufgegriffen worden ist und der die Situation bis heute prägt. Für mich und sicher auch für andere ist das Kirchenasyl aber natürlich eine Erfahrung gewesen, die nachwirkt. Eine solche – vielleicht überraschende – Erfahrung war beispielsweise, dass wir in der zuständigen Ausländerbehörde des Westerwaldkreises keinen Gegner vorgefunden haben, sondern einen Ansprechpartner, der sich im Rahmen seiner rechtlichen Möglichkeiten sehr kooperativ und wohlwollend gezeigt hat. Zwei andere persönliche Konsequenzen: Ich habe mich zu einer Fortbildung „Kompetentes Handeln in der Migrationsgesellschaft“ angemeldet und auf Verbandsgemeindeebene angeregt, gemeinsam zu überlegen, wie wir Asylsuchende vor Ort noch besser aufnehmen können. Diese Bitte ist dort auf sehr offene Ohren gestoßen.

Wenn Sie das Kirchenasyl der Gemeinde mit einem Bibelzitat begründen sollten: Wie heißt es?

Eine große Rolle bei der Entscheidung hat die Geschichte vom barmherzigen Samariter gespielt. Als die Situation für die Familie im Sommer letzten Jahres so schwierig geworden war, hatten wir drei Optionen: gar nicht handeln oder zuwarten und prüfen, welche Erfolgsaussichten das Kirchenasyl haben kann oder einfach handeln. Wir haben uns entschlossen, den Weg mit der Familie ab sofort gemeinsam zu gehen.

berge und sorgte für ihn. Am andern Morgen holte er zwei Denare hervor, gab sie dem Wirt und sagte: Sorge für ihn, und wenn du mehr für ihn brauchst, werde ich es dir bezahlen, wenn ich wiederkomme. Was meinst du: Wer von diesen dreien hat sich als der Nächste dessen erwiesen, der von den Räubern überfallen wurde? Der Gesetzeslehrer antwortete: Der, der barmherzig an ihm gehandelt hat. Da sagte Jesus zu ihm: Dann geh und handle genauso!“

Gab es in der Zeit des Kirchenasyls irgendwann eine Krise?

„Da stand ein Gesetzeslehrer auf, und um Jesus auf die Probe zu stellen, fragte er ihn: Meister, was muss ich tun, um das ewige Leben zu gewinnen? Jesus sagte zu ihm: Was steht im Gesetz? Was liest du dort? Er antwortete: Du sollst den Herrn, deinen Gott, lieben mit ganzem Herzen und ganzer Seele, mit all deiner Kraft und all deinen Gedanken, und: Deinen Nächsten sollst du lieben wie dich selbst. Jesus sagte zu ihm: Du hast richtig geantwortet. Handle danach und du wirst leben. Der Gesetzeslehrer wollte seine Frage rechtfertigen und sagte zu Jesus: Und wer ist mein Nächster? Darauf antwortete ihm Jesus: Ein Mann ging von Jerusalem nach Jericho hinab und wurde von Räubern überfallen. Sie plünderten ihn aus und schlugen ihn nieder; dann gingen sie weg und ließen ihn halb tot liegen. Zufällig kam ein Priester denselben Weg herab; er sah ihn und ging weiter. Auch ein Levit kam zu der Stelle; er sah ihn und ging weiter. Dann kam ein Mann aus Samarien, der auf der Reise war. Als er ihn sah, hatte er Mitleid, ging zu ihm hin, goss Öl und Wein auf seine Wunden und verband sie. Dann hob er ihn auf sein Reittier, brachte ihn zu einer Her-

Ich denke manchmal darüber nach, wie viel Mut, aber auch wie viel Hoffnung wir dieser Familie machen. Da ist auf der einen Seite die große Freude, wenn z.B. die Kinder sagen und ausstrahlen, wie glücklich sie hier in der Schule und mit ihren Kameraden sind. Aber auf der anderen Seite steht eben auch die Angst, dass es schiefgehen könnte. Wie vor allem die Familie, aber wie auch wir damit zurechtkommen würden, wenn sie nach Bulgarien ausreisen müsste, wissen wir nicht. Dass wir uns das nicht mehr vorstellen wollen, ist eine Konsequenz des gemeinsam gegangenen Weges, schafft aber eben leider keine Gewissheit.

Die Zeit des Kirchenasyls

Am 8. Juli 2014 bezieht die Familie die beiden schnell zurechtgemachten Zimmer im unteren Stockwerk des Gemeindehauses. Von Zeit zu Zeit kommen nahe Verwandte vorbei, die zum Teil schon seit längerem in Rheinland-Pfalz und im Saarland leben und die Familie unterstützen. Immer wieder lassen sich auch die Schulfreund/innen der Kinder oder Mannschaftskameraden von Ferhad sehen. Als Mitte Juli die Sommerferien beginnen, organisieren Lehrkräfte der Realschule ehrenamtlich eine Art „Schule im Kirchenasyl“ – zunächst nur für Berivan, später auch für die anderen Familienmitglieder.



„Berivan habe ich Ende Juli über Frau Hahn-Müller kennengelernt, die bei uns an der Schule Deutsch-Förderunterricht gibt. Da ich selbst einen Migrationshintergrund habe, wollte ich gerne helfen. Ich unterrichte hier in der Realschule Englisch und Mathematik und habe eine 9. Klasse. Das hat vom Alter her gut mit Berivan gepasst. Wir haben dann vereinbart, dass wir uns zwei- bis dreimal pro Woche hier treffen und erst mal nur Mathematik wiederholen. Ich habe mit ihr in nur sechs Wochen den Stoff

eines ganzen Halbjahrs durcharbeiten können. Gleichzeitig hat Frau Hahn-Müller mit Berivan Deutsch gelernt und ein anderer Lehrer, Herr Krätz, Geschichte und Sozialkunde. Wir haben für Berivan so eine Art Klassenbuch eingeführt, immer eingetragen, wer an welchem Tag hier war und was wir gemacht haben.“

(Irina Weiand, Lehrerin an der Ernst-Barlach-Realschule plus Höhr-Grenzhausen)

Auch nach den Sommerferien bleiben die Lehrerinnen und Lehrer bei der Stange. Jeden Samstag kommen sie ins Gemeindehaus und geben dort Unterricht. In dieser Zeit lernen die Kinder fast perfektes Deutsch und machen die Eltern so große Fortschritte, dass die Verständigung mit ihnen nicht mehr auf Englisch erfolgen muss.



„Seitdem die Kinder wieder zur Schule gehen, kommen wir Lehrer in der Regel immer noch einmal in der Woche hierher, machen Hausaufgabenbetreuung, geben Nachhilfeunterricht oder vertiefen einzelne Unterrichtsinhalte.

Armin Krätz, Lehrer an der Ernst-Barlach-Realschule plus Höhr-Grenzhausen

Im August 2014 richten Mitglieder der Kirchengemeinde für Familie Khello eine Petition an den rheinland-pfälzischen Landtag. Bis zur Entscheidung über den Antrag erhält die Familie von der Ausländerbehörde des Westerwaldkreises eine Duldung. Trotzdem bleibt sie bis auf weiteres im Kirchenasyl, denn im Falle einer Ablehnung der Petition droht die sofortige Abschiebung nach Bulgarien. Durch Beschluss des Kirchenvorstandes wird das Kirchenasyl deshalb Anfang Januar zunächst für ein weiteres halbes Jahr verlängert. Aufgrund der Duldung kann sich die Familie jetzt aber wieder frei in der Stadt und im Umkreis bewegen.

Die beiden jüngeren Geschwister gehen inzwischen nicht mehr im Kirchenasyl, sondern regulär in Höhr-Grenzhausen zur Schule, haben dort viele Freunde und Freundinnen und sind sehr gut integriert. Ferhad besucht erfolgreich die 11. Klasse des Gymnasiums und Berivan die 9. Klasse der Realschule. Ihre Leistungen dort sind so gut, dass die Klassenlehrerin ihr einen Schulwechsel auf das Gymnasium problemlos zutraut. Berivan ist die mit Abstand beste Mathematikschülerin der Klasse.

Der Vater der Familie besucht regelmäßig Deutschkurse in Höhr-Grenzhausen und Rezan kümmert sich in seiner freien Zeit weiterhin intensiv um seine Mutter Sonia. Sie leidet noch immer sehr unter den Erlebnissen in Syrien und auf der Flucht. Martina Saal, die die Familie von Anfang an begleitet und unterstützt hat, geht regelmäßig mit Sonia einkaufen und hält weiter den Kontakt mit der Familie, „um zu hören, was es Neues gibt und was ich vielleicht tun kann.“

Auch Rezan will seinen weiteren Weg in Deutschland gehen. Zurzeit absolviert er in Wirges einen Deutschkurs auf B2-Niveau. Die Organisation „Brot für die Welt“ hat ihm gerade erst ein Studienstipendium bewilligt. Zum Wintersemester will er deshalb an der Hochschule Koblenz sein Bauingenieurstudium wieder aufnehmen, das er in Syrien wegen des Krieges und der Flucht unterbrechen musste.



„Rezan unterstützt aufgrund seiner weit fortgeschrittenen Deutschkenntnisse beispielsweise die Schulleitung der Ernst-Barlach-Realschule plus als Übersetzer bei Aufnahmegesprächen syrischer Schüler. Berivan gibt einer syrischen Schülerin Nachhilfeunterricht in Deutsch und ist eine wichtige Ansprechpartnerin für die Klassenlehrerin dieses syrischen Mädchens. Ferhad ist beim Schulinformationstag aktiv, indem er Plakate für den Deutschförderunterricht gestaltet.“

Dieses hohe Engagement unterstreicht doch die starke Motivation, die Einsatzbereitschaft und den festen Integrationswillen von Rezan, Berivan und Ferhad. Wir fordern und fördern Integration in vielen Bereichen. Haben wir dann nicht auch eine moralische Verpflichtung, diejenigen, die diese „Integrationsprüfung“ mit Auszeichnung bestehen, in unsere Gesellschaft aufzunehmen und ihnen die Chance auf ein selbstbestimmtes Leben zu geben?“

Bettina Hahn-Müller, Deutschförderlehrerin an der Ernst-Barlach-Realschule plus Höhr-Grenzhausen

Interview mit Rezan Khello

Wie war die Situation in Bulgarien und gab es besondere Gründe, warum Sie aus Bulgarien nach Deutschland weiter geflohen sind?

In dem Flüchtlingslager in Bulgarien haben wir uns nicht wie Menschen, sondern wie Tiere gefühlt. Niemand war bereit, uns zu helfen. Irgendwann hatten wir kein Geld mehr und es gab keine Möglichkeit zu arbeiten. Also mussten wir weiterfliehen. Unser erstes Ziel war dann Deutschland, weil hier viele unserer Verwandten wohnen.

Wie wichtig war es für ihre Familie, in das Kirchenasyl zu kommen?

Man kann sich kaum vorstellen, wie schwer es ist zu fliehen, wenn man es nicht erlebt hat. Man kann sich darauf nicht vorbereiten. Wir mussten plötzlich unser Haus verlassen und wussten nicht, auf welchem Weg wir fliehen sollten. Es sind mehr als 3000 Kilometer von Syrien bis hierher und man kann nicht einschätzen, was unterwegs alles passieren kann. Ich war sehr froh, als wir in Deutschland angekommen sind.

Als uns dann gesagt wurde, dass wir wieder nach Bulgarien gehen müssen, waren wir geschockt. Das Kirchenasyl war so etwas wie eine Lebensrettung. Dank der riesigen Unterstützung konnten wir so vieles machen. Deutsch lernen und Freunde finden und ich persönlich konnte das Schul- und Studiensystem hier kennenlernen. Und das sind nur ganz wenige Beispiele.



Was, hoffen Sie, hält die Zukunft wo für Sie bereit? Und welche Menschen und Erfahrungen aus der Zeit im Kirchenasyl möchten Sie auf dem Weg in die Zukunft gerne mitnehmen?

Ich sehe keine andere Möglichkeit als die, dass wir in Deutschland leben. Ich wünsche mir, dass wir mit den Menschen, die uns so sehr geholfen haben, dann immer noch verbunden sind. In unserer Familie hat jeder ein Ziel. Ich persönlich habe schon in Syrien Bauwesen studiert und möchte das gerne auch in Deutschland tun.

Und ich wünsche mir, dass irgendwann die Zeit kommt, wo wir den Menschen, die uns geholfen haben, alles oder etwas von dem zurückgeben können. ■

**„Es werden kommen von Osten und von Westen,
von Norden und von Süden, die zu Tisch sitzen
werden im Reich Gottes“**

Lukas 13,29

**Das Kirchenasyl von
Abdikafar Abdulahi Mohamud (17 Jahre)
aus Äthiopien
in der
Evangelischen Kirchengemeinde
Friedberg (Hessen)**



Abdis Geschichte

Abdikafar Abdulahi Mohamud wird im Kirchenasyl in Friedberg nur Abdi genannt. Gemeinsam mit seiner Familie lebt der junge Muslim bis 2012 in dem zu Äthiopien gehörenden Ogaden-Gebiet, das mehrheitlich von Somaliern bevölkert ist. Auch Abdi und seine Familie gehören zu dieser Bevölkerungsgruppe. In dem Gebiet toben seit Jahren kriegerische Auseinandersetzungen zwischen äthiopischen Regierungstruppen und der Ogaden National Liberation Front (ONLF), die für die Unabhängigkeit der Region bzw. ihre Angliederung an ein „Groß-Somalia“ kämpft. Sein Vater fällt diesen Unruhen im Jahr 2008 zum Opfer. Vier weitere Jahre lebt Abdi zusammen mit seiner Mutter und seinen sieben Geschwistern in diesem Krisengebiet. 2012 schließlich entschließt sich Abdis Mutter, die beiden ältesten Söhne nach ihrem High-School-Abschluss auf die Flucht zu schicken. Sie verkauft zwei der im Familienbesitz befindlichen Kamele und stattet die beiden mit Geldmitteln aus. Abdis älterer Bruder macht sich auf den Weg in die Vereinigten Staaten, Abdi selbst wünscht und bemüht sich um eine bessere Zukunft in Deutschland. Er fliegt über Istanbul in die Ukraine, wo er für sieben Monate inhaftiert wird, ohne dass man seine Personalien aufnimmt oder ihn als Flüchtling registriert. Anschließend wird er ohne irgendeine Unterstützung wieder entlassen und dazu aufgefordert, das Land zu verlassen. Zu Fuß schlägt Abdi sich bis zur ukrainisch-slowakischen Grenze durch. Nachdem er die Grenze überwunden hat, wird er von slowakischen Sicherheitsbeamten aufgegriffen und für drei Wochen inhaftiert. In dieser Zeit wird Abdi vom Gefängnispersonal wiederholt verhört und gefoltert. Bei der „erkennungsdienstlichen Behandlung“ werden ihm gezielt Verletzungen an den Fingernägeln und den Fingerkuppen beigebracht. Man glaubt Abdi nicht, dass er noch minderjährig ist. Die Beamten drohen ihm an, ihn solange zu inhaftieren, bis er einräumt, älter als 18 Jahre zu sein. Um das Gefängnis endlich verlassen zu können, gibt Abdi schließlich die gewünschte Erklärung ab. Kurz darauf bringt man ihn und andere junge Flüchtlinge mit einem Bus zur

Beginn des Kirchenasyls:

7. August 2014

Ende des Kirchenasyls:

2. Dezember 2014



slowakisch-tschechischen Grenze. Von dort aus fliehen sie in einem slowakischen Taxi quer durch die Tschechische Republik weiter bis nach München. In der bayerischen Erstaufnahmeeinrichtung in der Bayernkaserne stellt Abdi schließlich im Juli 2013 einen Antrag auf Asyl. Von dort wird er im Zuge der Umverteilung der Hessischen Erstaufnahmeeinrichtung in Gießen zugewiesen und im September 2013 vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) angehört. Dabei übernimmt und beharrt das BAMF auf Abdis Altersangabe aus der der Slowakei und unterstellt ihm fälschlicherweise, volljährig zu sein. Aus der Hessischen Erstaufnahme in Gießen heraus wird er nach zweieinhalb Monaten in die Gemeinschaftsunterkunft im Friedberger Stadtteil Fauerbach geschickt. Kurz darauf lehnt das BAMF Abdis Asylantrag wegen Unzuständigkeit ab und leitet im März 2014 seine Rücküberstellung in die Slowakei ein. Das Land, in dem Abdi willkürlich



inhaftiert, gefoltert und dazu gezwungen worden ist, ein falsches Alter anzugeben, ist nach der Dublin-III-Verordnung für die Prüfung seines Asylgesuchs zuständig.

„Wir haben im Vergleich zu den 90er Jahren, als es auch Kirchenasyle gab, aufgrund der Dublin-Regelung eine völlig neue und andere Situation. Es wird nicht mehr auf die Fluchtgründe, sondern auf die Fluchtwege geschaut. Staaten, in denen Menschenrechtsverletzungen an Flüchtlingen alltäglich sind, werden zu ‚sicheren Drittstaaten‘ erklärt. Es ist für eine Kirchengemeinde ein unendlich wichtiger Lernprozess zu erkennen, dass man solche Menschen nicht einfach wieder abschieben und ihrem Schicksal überlassen darf.“

Pfarrerin Susanne Domnick

Die Evangelische Kirchengemeinde Friedberg

Gut 5.000 der insgesamt etwa 15.000 Einwohner/innen der Kernstadt Friedberg (Hessen) gehören der evangelischen Kirche an. Seit vielen Jahren ist die Kirchengemeinde wichtiger Akteur der Stadtgesellschaft. Einem von der evangelischen Kirche

mitinitiierten Friedberger Bündnis gegen Rechts ist es z.B. im Jahr 2009 zweimal gelungen, Aufmärsche der NPD in der Stadt zu verhindern.

Drei der vier Friedberger Pfarrer/innen sind seit langem Mitglied bei der Flüchtlingshilfsorganisation PRO ASYL und für die Flüchtlingsthematik sensibilisiert. Sie tragen das Thema „Gewährung von Kirchenasyl“ im Herbst 2013 erstmalig an den Kirchenvorstand heran, ohne dass bereits konkrete Anfragen oder Bitten um Schutzgewährung vorliegen.

„Uns war klar, dass die Flüchtlingszahlen in Deutschland, Hessen und in Friedberg weiter ansteigen werden, und wir haben uns als Pfarrteam – wie bei anderen aktuellen Themen und Herausforderungen auch – intensiv damit auseinandergesetzt, was diese Tatsache für uns als Christen und als Kirchengemeinde bedeutet.“

Pfarrerin Susanne Domnick

Mit großer Mehrheit erklärt sich das Gremium grundsätzlich dazu bereit, von der Abschiebung bedrohten Flüchtlingen Kirchenasyl zu gewähren. Das Vorliegen besonderer humanitärer Gründe und eine gute Erfolgsperspektive werden zu Voraussetzungen erklärt, die im konkreten Einzelfall gegeben sein müssen.

Nur kurz darauf entscheidet der Kirchenvorstand bei nur einer Stimmenthaltung, dem eritreischen Flüchtling Rafael Kirchenasyl in der evangelischen Stadtkirche zu gewähren.

Rafael ist 26 Jahre alt und orthodoxer Christ. Er flieht aus seinem Heimatland, nachdem er bei einem Bombenangriff verletzt wurde und ein Bein nur noch eingeschränkt bewegen kann. Zu Fuß kommt er quer durch Nordafrika bis nach Libyen. Dort wird Rafael gefoltert, ehe er in einem untauglichen Flüchtlingsboot in Seenot gerät und

von der italienischen Küstenwache auf die Insel Lampedusa gebracht wird. Er wird von den italienischen Behörden registriert, bleibt aber obdachlos und ohne medizinische Versorgung und schlägt sich schließlich nach Deutschland durch. In der Erstaufnahmeeinrichtung lernt Rafael seine Freundin Sofanit kennen. Gemeinsam kommen sie in ein Flüchtlingsheim in Friedberg. Während ihr Asylantrag anerkannt wird, droht Rafael die Abschiebung nach Italien, das nach der Dublin-Regelung für seinen Asylantrag zuständig ist.

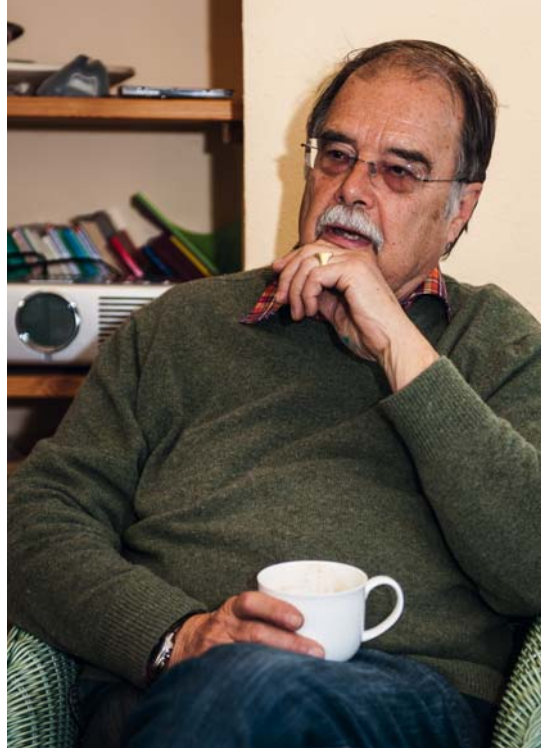
Abdis Kirchenasyl

Abdi wohnt zu dieser Zeit noch in der Gemeinschaftsunterkunft im Friedberger Stadtteil Fauerbach. Auch ihm droht nach der Ablehnung seines Asylantrags die Abschiebung. Obwohl er dort inhaftiert und gefoltert wurde, soll er wegen der Dublin-Regelung in die Slowakei „zurückkehren“. Dabei bescheinigt ihm ein ärztliches Gutachten eine fluchtbedingte, schwere posttraumatische Belastungsstörung mit Depressionen und Todesangst. Abdis Rechtsanwältin empfiehlt ihm, sich als letzten Ausweg um Kirchenasyl zu bemühen.

„Ein somalischer Freund in Frankfurt hat mir dann sein Telefon geliehen und ein deutscher Freund hat bei „no border“ (Antirassistisches Netzwerk gegen die Abschiebung und für die Unterstützung von Flüchtlingen in Frankfurt am Main) angerufen. Die haben dann per Mail Kontakt mit der Kirchengemeinde in Friedberg und Pfarrerin Domnick aufgenommen.“

Abdikafar Abdulahi Mohamud

Nur zwei Tage nach der Entscheidung, Rafael, dem jungen eritreischen Flüchtling, Kirchenasyl zu gewähren, kommt es zu einem Gespräch zwischen Abdi und dem Kirchenvorstand. Anschließend entscheidet das Gremium am 7. August 2014 trotz einiger Bedenken mehrheitlich, auch Abdi in das Kirchenasyl aufzunehmen.



„Ein bisschen irritiert war ich dann, als Frau Domnick zwei Tage später mit Abdi ankam. Da habe ich etwas polemisch gefragt, wie viele denn noch hinterherkommen. Dazu kam eine gewisse Unsicherheit dahingehend, was es für unsere Gemeinde bedeutet, einem Muslim Kirchenasyl zu gewähren. Die Entscheidung für das zweite Kirchenasyl war zwar nicht leicht, aber richtig. Abdi war nach seiner Fluchtgeschichte in einer extremen Situation und auf unsere Hilfe angewiesen.“

Hans Helmut Hoos, Mitglied des Kirchenvorstands

Der Gemeinderaum in der evangelischen Stadtkirche wird für mehrere Wochen zum gemeinsamen Zuhause von Abdi und Rafael. Die Gemeindegruppen müssen in die Kirche ausweichen. Der Raum wird notdürftig eingerichtet mit zwei Matratzen auf dem Fußboden, Tisch und Stühlen und einem Fernseher, mit dem beide manchmal Zeit totschlagen und manchmal Deutsch lernen. Schnell formiert sich eine Gruppe von Unterstützer/innen, die sich zur sogenannten „Deutschstunde“ zusammenschließen und die beiden jungen Flüchtlinge täglich besuchen. Mitglieder der zunächst achtköpfigen und später größer werdenden Gruppe geben den beiden pro Tag mindestens eine Stunde Deutschunterricht, spielen und unterhalten sich mit ihnen,



bringen Essen, gehen einkaufen oder besorgen ihnen englischsprachige Bücher. Die Pfarrer/innen sorgen dafür, dass beide von Ärzten ehrenamtlich behandelt werden. Auch Rafaels Freundin, die in der Flüchtlingsunterkunft in Friedberg lebt, ist häufige Besucherin im Kirchenasyl.

Trotz der intensiven Begleitung, Unterstützung und Betreuung wird das Zusammenleben von Abdi und Rafael auf engstem Raum auf Dauer schwierig. Ihre sehr unterschiedlichen Persönlichkeiten und Fluchterfahrungen führen immer häufiger zu Konflikten. Deren Regelung ist für alle Beteiligten eine große Herausforderung.

„Die besondere Situation bei uns war ja, dass ein orthodoxer Christ und ein Muslim über Wochen gemeinsam in der Stadtkirche und dann noch in einem Raum eingesperrt waren. Ich habe mir vorher nicht ausgemalt, wie schwierig das sein würde.“

PfarrerIn Susanne Domnick

Die krisenhafte Situation entspannt sich erst Anfang Oktober, als der evangelische Kindergarten innerhalb Friedbergs umzieht. Jetzt können Abdi und Rafael in dem leer stehenden ehemaligen Kindergartengebäude räumlich getrennt leben.

Als im November die Überstellungsfristen für beide Flüchtlinge ablaufen und ihnen dies einige Wochen später schließlich auch mitgeteilt wird, erhalten sie Anfang Dezember Duldungen von der Friedberger Ausländerbehörde. Damit endet für

beide das Kirchenasyl. Rafael verlässt die Kirchengemeinde und zieht zu seiner Freundin Sofanit und Abdi bekommt ein Zimmer im Flüchtlingsheim in Friedberg zugewiesen. Beide haben weiterhin engen Kontakt zur Kirchengemeinde und zu Unterstützer/innen aus der Deutschstunde.

„Das Kirchenasyl war gut für mich. Ich habe viele Menschen kennengelernt, auf die ich vertrauen kann und die mir immer helfen. Und konnte besser schlafen hier im Kirchenasyl, weil ich nicht mehr so viel Angst davor hatte, abgeschoben zu werden, und auch, weil ich mir vorher in der Unterkunft in Fauerbach ein Zimmer mit zwei oder drei anderen Flüchtlingen teilen musste und es immer laut war. Außerdem hatte ich in der Unterkunft vor dem Kirchenasyl wegen einer Verletzung immer wieder Kopfschmerzen und andere gesundheitliche Probleme, die erst im Kirchenasyl von den Ärzten kostenlos behandelt und dann auch viel besser wurden.“

Abdikafar Abdulahi Mohamud

Aber auch wenn Abdi bis auf weiteres nicht mehr von der Abschiebung in die Slowakei bedroht ist: Auf die Mitteilung des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge, dass die Zuständigkeit für sein Asylgesuch jetzt an die Bundesrepublik Deutschland übergegangen ist, wartet er noch immer. Das Bundesamt lässt sich Zeit! Immerhin: Am 6. Mai 2015 hat das Amtsgericht in Friedberg Abdis Minderjährigkeit anerkannt, die ihm das BAMF im Asylverfahren abgesprochen hatte. Abdi hat daher Anspruch auf besondere Schutz- und Fördermaßnahmen, die sich aus der UN-Kinderrechtskonvention und dem Kinder- und Jugend-

hilferecht ableiten. Unter anderem darf er zur Schule zu gehen und hat das Recht auf eine umfassende medizinische Versorgung.

„Ich würde gerne hier in Friedberg bleiben, weiter Deutsch lernen, im Sommer zur Schule gehen und dann eine Ausbildung machen. Danach wäre es schön, an die Fachhochschule zu gehen und dort zu studieren. Und ich will auf alle Fälle gerne weiter Fußball spielen. Ich interessiere mich sehr für Fußball und war schon vor meiner Flucht ein Fan von Michael Ballack. Ich hatte damals keine Ahnung von der Europäischen Union oder der Slowakei. Ich wollte einfach, wenn ich schon fliehen musste, wegen Michael Ballack unbedingt nach Deutschland.“
Abdikafar Abdulahi Mohamud



Interview mit Pfarrerin Susanne Domnick und Hans-Helmut Hoos, Mitglied des Kirchenvorstandes der Ev. Kirchengemeinde Friedberg (Hessen)

Gab es in der Kirchengemeinde vor oder während des Kirchenasyls Kritik oder Widerstände?

Susanne Domnick: Ablehnende Reaktionen gab es kaum. Die wenigen kritischen Stimmen, die vereinzelt laut geworden sind, waren gesprächsbereit und offen für unsere Argumente. Ob sie sich diese Argumente dann auch zu eigen gemacht haben und wir sie tatsächlich überzeugen konnten, weiß ich allerdings nicht sicher. Zur Akzeptanz der Kirchenasyle hat aber sicher auch beigetragen, dass ich schon seit 17 Jahren Pfarrerin in der Kirchengemeinde bin und in der Zeit so etwas wie ein Grundvertrauen entstanden ist.

Hans-Helmut Hoos: Nicht alles was gedacht wird, wird auch gesagt. Mein

Eindruck ist: Angesichts steigender Flüchtlingszahlen vor allem aus muslimisch geprägten Ländern haben auch Menschen Sorgen und Befürchtungen, die mit Rechtsextremen überhaupt nichts am Hut haben. Eine Kirchengemeinde darf den einzelnen Flüchtling diesen Sorgen und Befürchtungen selbstverständlich nicht opfern, aber sie muss sie ernst nehmen und damit umgehen. Sie muss, finde ich, drei Dinge tun: Erstens im Sinne Dietrich Bonhoeffers vermitteln, dass es keinen Weg zum Frieden auf dem Weg der Sicherheit gibt; zweitens beständig und sachlich über die menschenrechtliche Situation in den Herkunftsländern der Flüchtlinge und in den Transitstaaten informieren und drittens sich parallel zu ihrem Einsatz für Flüchtlinge im Kirchenasyl auch im Hinblick auf Menschenrechtsverletzungen und die Verfolgung von Christen z.B. in Kenia oder in Nigeria klar positionieren.

Wie war denn das Zusammenleben der beiden Flüchtlinge auf engstem Raum?

Susanne Domnick: Abdi zum Beispiel fiel es anfangs schwer, in den Kirchenraum zu gehen, weil ihm das riesige Kruzifix Angst gemacht hat. Er ist einen längeren Weg gegangen bis er seine Unsicherheit überwinden und darauf vertrauen konnte, dass das Kirchenasyl in Ordnung ist. Und Rafael, der orthodoxe Christ, war eigentlich der Meinung, dass Christen nur für Christen da sein sollten. Ich habe Rafael dann eine Ikone geschenkt und Abdi eine Tafel mit der 1. Sure und wir haben im Gemeinderaum beides unters Kreuz gestellt – rechts die Ikone und links die Sure – damit ganz klar wurde: Das ist gottgewollt. Abdi war dann derjenige, der mit dem Toleranzgedanken an diese Sache herangegangen ist und zu Rafael gesagt hat: Wir sind doch alle Menschen!

„Ich hatte auch schon in Äthiopien viele christliche Freunde und das war nie ein Problem. Im Koran steht, dass man tolerant sein soll, weil wir alle Menschen sind. So bin ich auch erzogen und von meinem Imam zu Hause gelehrt worden.“

Abdikafar Abdulahi Mohamud

Für Rafael war das sehr viel schwieriger. Er ist auf seiner Flucht von Eritrea bis nach Libyen durch ganz Nordafrika gelaufen und gefoltert worden. Man hat ihn eingesperrt und tagelang giftigen Gasen ausgesetzt. Diese Prozedur ist nur zu den muslimischen Gebetszeiten unterbrochen worden, weil seine Folterer beten wollten. Als Rafael dann Abdi morgens hat beten hören, ist er ausgerastet und sehr aggressiv geworden. Ich habe dann zusammen mit meinem Mann ein

schwieriges Gespräch mit Rafael geführt, in dem ich einerseits seinen schlimmen Erfahrungen, andererseits aber Abdis Recht auf Sicherheit und weitergehend dem Gebot der Nächstenliebe gerecht werden musste. Wie gut, dass unsere Kirche so groß ist. Rafael nutzte dann den Balkon der Stadtkirche als Rückzugsraum, Abdi ist zum Gebet in die Sakristei gegangen.



Hat sich das Kirchenasyl für die Gemeinde gelohnt?

Hans-Helmut Hoos: Im Nachhinein war das Kirchenasyl für unsere Kirchengemeinde und alle Beteiligten ein wichtiger Lernprozess, weil beide Flüchtlinge im Gemeindeleben präsent waren. Frau Domnick hat sie zum Beispiel am Ende des Kirchenasyls im Gottesdienst gesegnet und damit einen formal-spirituellen Schlusspunkt des erfolgreichen Kirchenasyls gesetzt. Die Gemeinde hat damit nach meiner Meinung einen kleinen Bewusstseinsprung im Hinblick auf die Situation der Flüchtlinge, aber auch im Hinblick auf ihre Gestaltungs- und Handlungsmöglichkeiten als Christinnen und Christen gemacht.

Susanne Domnick: Ich denke, in Friedberg ist durch das Kirchenasyl die Bereitschaft, sich für Flüchtlinge einzusetzen, gestiegen.

Wir haben hier einen Runden Tisch für Flüchtlinge mit fast 80 Menschen, die sich engagieren. Dieser Runde Tisch ist sicher auch deshalb so stark geworden, weil wir bewusst und von Anfang an mit dem Kirchenasyl und den Flüchtlingen in die Öffentlichkeit gegangen sind und informiert haben. Das hat dazu geführt, dass sich die Menschen in der Gemeinde mit der Situation der Flüchtlinge und ihren Herkunftsländern auseinandergesetzt haben. Wir haben hier in Friedberg ein enorm positives Feedback auf das Kirchenasyl erfahren. Es gab sogar Menschen, die deshalb wieder in die Kirche eingetreten sind.

Können Sie etwas zu den theologischen Überlegungen sagen, die Sie „Ja!“ zum Kirchenasyl sagen lassen?

Susanne Domnick: Zunächst ist es eine unmittelbare Reaktion: Wenn mir ein Mensch vor die Füße fällt, dann bin ich dran – als Pfarrerin, als Gemeinde, als Einzelne/r. Wir sind gerufen und berufen, uns in der konkreten Situation für den Menschen in Not einzusetzen.

Für mich gehört das zusammen: die Menschen aufzunehmen, die unseren Schutz brauchen, und gleichzeitig öffentlich darauf hinzuweisen, dass die Dublin-Regelung und grundsätzlich die Abgrenzungspolitik der EU für die Situation der Flüchtlinge unangemessen und unerträglich ist.

Dietrich Bonhoeffer hat in seiner Rede an die Berliner Pfarrerschaft im April 1933 gesagt: „Die Kirche ist den Opfern jeder Gesellschaftsordnung in unbedingter

Weise verpflichtet, auch wenn sie nicht der christlichen Gemeinde angehört“. Das ist für mich ein Leitsatz geworden.

Theologisch ist für mich im Verlauf des Kirchenasyls mehr und mehr die Eschatologie ins Zentrum gerückt, also die Frage, worauf wir zugehen und was Gott mit dieser Welt eigentlich will. Da fällt mir Lukas ein: „Und es werden kommen von Osten und von Westen, von Norden und von Süden, die zu Tisch sitzen im Reich Gottes.“ Ein schönes Bild und eine unglaublich schöne Vorstellung. Kirche kann der Raum sein, der davon schon einen kleinen Vorgeschmack bietet. Eine Vorschau darauf, dass einst alle Türen offen stehen werden und es keine Grenzen mehr gibt. Kirchenasyl ist ein symbolischer Schutzraum für die Menschen, die um Schutz nachsuchen, den ihnen der Staat verwehrt. Im Bild gesprochen: Gott lädt ein. Wir decken den Tisch. ■

„Ich war fremd und ihr habt mich aufgenommen“

Matthäus 25,35

**Das Kirchenasyl von Lemlem Yonas Simye (22 Jahre)
aus Eritrea
in der
Evangelischen Kirchengemeinde
Geiß-Nidda/Bad Salzhausen**



11 Jahre auf der Flucht – Lemlems Geschichte

Die zweite Hälfte ihres bisherigen Lebens hat die junge Eritreerin Lemlem Yonas Simye auf der Flucht zugebracht. Die Jahre davor waren von dem Krieg und der Gewalt in ihrem Heimatland geprägt.

Lemlems Mutter stirbt früh. Als der Vater zum Militärdienst eingezogen wird, muss er seine Tochter in die Obhut einer Freundin der Familie geben. Weil die Lage in Eritrea immer bedrohlicher wird, flieht die Pflegemutter gemeinsam mit dem jungen Mädchen nach Somalia. Auch dort prägen allgegenwärtige gewalttätige Konflikte den Alltag. Lemlem kann nicht regelmäßig zur Schule gehen, es gibt für sie in dem ostafrikanischen Krisenland keine Perspektive auf ein Leben in Sicherheit und Würde. Als die Gewalt in Somalia immer weiter zunimmt, trennen sich schließlich die Wege von Lemlem und ihrer Pflegemutter. Lemlem, mittlerweile eine junge Frau, bleibt auf sich alleine gestellt zurück. Über die Türkei flieht sie nach Europa. Dabei legt sie weite Strecken zu Fuß zurück und schafft es schließlich bis nach Griechenland.

In Griechenland lebt Lemlem als nicht registrierte Flüchtlingsfrau in der Illegalität. Sie schlägt sich mit Gelegenheitsjobs in der Landwirtschaft oder in der Gastronomie durch. Fast fünf Jahre lang lebt sie in dem südeuropäischen Land von der Hand in den Mund, verdient in prekären Beschäftigungsverhältnissen gerade genug, um in der Regel ein Dach über dem Kopf zu haben und Essen für den nächsten Tag. Ständig ist sie davon bedroht, sexuellen Belästigungen oder gewalttätigen Übergriffen zum Opfer zu fallen oder von den griechischen Behörden entdeckt zu werden. Als Griechenland schließlich tief in die Wirtschaftskrise gerät, hat Lemlem in Griechenland auch in der Illegalität keine Zukunftsperspektive mehr. Die Aushilfsjobs, mit denen sie sich bisher über Wasser gehalten hat, fallen weg, gleichzeitig erstarkt mit der „Goldenen Morgenröte“ eine neonazistische Partei, die Gewalt gegen Menschen nicht-griechischer Herkunft propagiert.

Beginn des Kirchenasyls:

10. Juni 2014

Ende des Kirchenasyls:

11. August 2014

Wieder sieht Lemlem ihre einzige Chance in der Flucht und landet schließlich in Ungarn. Dort wird sie kurz darauf von der Polizei aufgegriffen, man bringt sie zur Wache, stellt ihre Personalien fest und gibt ihr zu verstehen, dass sie das Land sofort verlassen soll.



„In Hungary the police arrested me on the road and brought me to the police station. They just spoke Hungarian, so I didn't understand, what exactly they told me. But I understood that I can not stay in Hungary and should leave the country immediately. So I came to Germany.“

Lemlem Yonas Simye



„Wir haben Sachspenden organisiert, Lebensmittel, Kleider. Wir haben die Leute zum Arzt und zu Behörden begleitet, uns um die schwangeren Frauen gekümmert. Und wir haben es einfach als unsere Aufgabe gesehen, zu den Menschen hin zu gehen, einen Kaffee mit ihnen zu trinken und zuzuhören. Und das war keine Arbeit oder Belastung, sondern wir haben dabei ganz herzliche Stunden erlebt.“

Marion Nies, ehrenamtliche Unterstützerin

Eine Perspektive hätte die alleinstehende junge Frau in Ungarn ohnehin nicht gehabt. Ohne Unterstützung der Behörden und ohne Perspektive auf Arbeit hätte ihr ein Leben auf und mit den Gefahren der Straße gedroht. Also flieht Lemlem weiter nach Deutschland, wo sie im Herbst 2013 schließlich Asyl beantragt, zunächst für einen Monat in der Hessischen Erstaufnahmeeinrichtung in Gießen untergebracht wird und anschließend im Dezember 2013 in die Gemeinschaftsunterkunft „Haus am Landgrafenteich“ nach Bad Salzhausen umverteilt wird.

Die Kirchengemeinde

Die evangelische Kirchengemeinde Geiß-Nidda/Bad Salzhausen ist eine von insgesamt 19 evangelischen Kirchengemeinden im Dekanat Nidda. Gut zwei Drittel der knapp 1.700 Einwohner beider Orte sind Mitglied der evangelischen Kirche. Geiß-Nidda und Bad Salzhausen gehören zum ländlich-konservativ geprägten hessischen Wetteraukreis. Das kirchliche Leben ist „geprägt von tradierter volksskirchlicher Frömmigkeit.“ Die Kirchengemeinde war bereits in der Vergangenheit aktiver Teil des „Bündnisses für Demokratie“, das sich rechtsextremen Parteien und Kameradschaften und ihren Versuchen in den Weg stellte, z.B. durch Konzertveranstaltungen vor Ort Fuß zu fassen.

Als sich Ende des Jahres 2013 abzeichnet, dass ca. 60 Asylsuchende in die Gemeinde Bad Salzhausen kommen und die Gemeinschaftsunterkunft „Haus am Landgrafenteich“ einziehen werden, initiiert der Bereichsleiter des Diakonischen Werks des Wetteraukreises, Frank Appel, zusammen mit dem Ortsbürgermeister einen Runden Tisch zur Aufnahme der Flüchtlinge. Die evangelische Kirchengemeinde

ist einer der Aktivposten des Runden Tisches, an dem sich u.a. auch die katholische Kirchengemeinde, Ortsvereine, Parteien und ehrenamtliche soziale Initiativen wie die Tafel einfinden. Die Evangelische Kirchengemeinde Geiß-Nidda und Bad Salzhausen organisiert Kleiderspenden, initiiert einen Bürger/innenauftrag zur Unterstützung der Flüchtlinge und stellt ihre Räume regelmäßig für Vernetzungstreffen zur Verfügung. Gemeinsam wird ein Konzept erarbeitet, um die Asylsuchenden in der Gemeinde willkommen zu heißen. Als kurz vor Weihnachten 2013 schließlich 57 Menschen, darunter Familien, Schwangere, alleinerziehende Mütter mit Kleinkindern und Babys, in das „Haus am Landgrafenteich“ einziehen, stellen sich ehrenamtlich Engagierte über die Feiertage in der Unterkunft als Kontaktpersonen zur Verfügung, erhalten die Kinder kleine Spielzeuggeschenke, die von den Kindertagesstätten in der Region eingesammelt wurden, und stehen Kleider-, Medikamenten- und Lebensmittelspenden bereit, um den Flüchtlingen den Start in der Gemeinde zu erleichtern. Schon seit dem Eintreffen der ersten Bewohner haben die Leiterin der Einrichtung, Irmtraut Neidhardt, und Hausmeister Vinco Lujic Flüchtlinge auf Ämter oder zu Ärzten gefahren.

Zweimal pro Woche können die Bewohner/innen der Unterkunft in der Folge mit dem Bus kostenlos zum Einkaufen in die Stadt fahren, ehrenamtlich werden Deutschkurse angeboten, um erste Sprachkenntnisse zu vermitteln, Unterstützer/innen kommen regelmäßig in die Unterkunft, um gemeinsam zu kochen, sich beim gemeinsamen Tee über Probleme und neue Erfahrungen auszutauschen oder bei konkreten Problemen zu helfen.



Das Kirchenasyl im evangelischen Gemeindehaus Bad Salzhausen

Seit Dezember 2013 lebt Lemlem in der Gemeinschaftsunterkunft in Bad Salzhausen. Sie nimmt regelmäßig die Unterstützungsangebote des Rundes Tisches an und ist wegen ihrer Freundlichkeit und Hilfsbereitschaft auch in der Hausgemeinschaft gut integriert. Als sie Anfang des Jahres 2014 feststellt, dass sie ein Kind bekommen wird, kümmern sich Mitglieder der evangelischen Kirchengemeinde in der Folgezeit besonders intensiv um sie.

Im Frühjahr 2014 entscheidet das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, dass aufgrund der Dublin-Verordnung Ungarn und nicht die Bundesrepublik für den Asylantrag von Lemlem zuständig ist. Die Ausländerbehörde fordert die schwangere Frau im Juni 2014 dazu auf, Deutschland wieder zu verlassen und droht ihr die Abschiebung nach Ungarn an. Dort aber hat die junge Frau keinerlei Anknüpfungspunkte und in ihrer persönlichen Situation keine Perspektive.

„Sie ist so in Angst geraten, dass sie ihren Kram gepackt hat und verschwinden wollte. Das hat sicher mit ihren Erfahrungen auf der Flucht zu tun, mit der Angst, zu lange abzuwarten und nicht rechtzeitig zu handeln. Meine Frau und ich haben mitbekommen, was passiert ist, mit ihr gesprochen und sie dann erst einmal zu uns nach Hause gebracht.“

Frank Appel, Diakonisches Werk des Wetteraukreises

Rechtlich zulässig ist die Abschiebung der schwangeren Lemlem allerdings nur noch bis zum Beginn des Mutterschutzes am 1. August 2014. Der Bereichsleiter des Diakonischen Werks des Wetteraukreises, Frank Appel, wendet sich deshalb an Eberhard Hampel, den Pfarrer der Evangelischen Kirchengemeinde Geiß-Nidda und Bad Salzhausen. Er fragt, ob die Kirchengemeinde dazu bereit ist, Lemlem bis Anfang August in ein Kirchenasyl zu nehmen. Der eilig einberufene Kirchenvorstand der Gemeinde entscheidet sich am 10. Juni 2014 nach ausführlicher Diskussion und einem Gespräch mit der jungen Frau einstimmig dafür, ihr Kirchenasyl zu gewähren. Noch am gleichen Tag begibt Lemlem Yonas Simye sich in die Obhut der Kirchengemeinde. Sie zieht in das evangelische Gemeindehaus in Bad Salzhausen ein. Der Kirchenvorstand informiert unmittelbar alle für die Asylangelegenheiten der jungen Frau zuständigen Behörden über ihren neuen Aufenthaltsort und führt kurz darauf ein Pressegespräch durch, in dem die Öffentlichkeit informiert wird. Gut acht Wochen lang bleibt Lemlem im Kirchenasyl. In dieser Zeit kümmern sich Mitglieder der Kirchengemeinde, die auch in der Gemeinschaftsunterkunft im „Haus am Landgrafenteich“ aktiv sind, intensiv um die junge Frau. Zugleich führen Ärzte aus der Gemeinde die in dieser Schwangerschaftsphase vorgesehenen Vorsorgeuntersuchungen kostenlos und ehrenamtlich durch. Lemlem kommt in der Zeit des Kirchenasyls ganz langsam zur Ruhe.



„Ich glaube nicht, dass sie im Kirchenasyl von Anfang an ein Gefühl von Sicherheit hatte, aber sie hatte bald ein Gefühl von Vertrauen in die handelnden Personen. Sie hat intuitiv gespürt, dass sie Vertrauen in die Menschen hier haben kann. Das war der entscheidende Punkt, darauf hat sie gesetzt. Dieses Vertrauen nach einer so langen Fluchtgeschichte fassen zu können, ist nicht einfach und schon etwas sehr Erstaunliches und Ungewöhnliches.“

Frank Appel, Diakonisches Werk des Wetteraukreises

Weil der Mutterschutz die junge Frau zugleich vor der Abschiebung nach Ungarn schützt, verlässt Lemlem am 11. August 2014 das Kirchenasyl. Sie bezieht wieder eine Unterkunft in Bad Salzhausen. Mitte August schließlich endet die sechsmonatige Frist, in der Deutschland Lemlem zur Durchführung

eines Asylverfahrens nach Ungarn hätte abschieben können. Die Zuständigkeit für ein Asylverfahren liegt jetzt endgültig bei der Bundesrepublik.

Am 15. September 2014 bringt Lemlem ein gesundes Mädchen zur Welt. Frank Appel und seine Frau haben für die kleine Maya die „Großelternfunktion“ übernommen, die Patenschaft liegt bei Marion Nies und einer eritreischen Freundin von Lemlem. Beide haben sie vor und in der Zeit des Kirchenasyls intensiv begleitet und unterstützt.

„Before I came into the Kirchenasyl, I had a lot of problems. But now everything is alright. I hope we can stay here. I want to learn German and I want to go to work. And I want Maya to go to school in Bad Salzhausen. I found ‚my family‘ and a lot of friends here.“

Lemlem Yonas Simye

Interview mit Pfarrer Eberhard Hampel und Frank Appel (DW des Wetteraukreises)

Welche Gründe haben zur Entscheidung des Kirchenvorstands für das Kirchenasyl geführt?

Pfarrer Eberhard Hampel: Der Aspekt der Menschlichkeit war zentral bei der Entscheidung im Kirchenvorstand. Es ging den Mitgliedern nicht um eine politische

Dimension, sondern um Christenpflicht und um die Glaubwürdigkeit von Kirche im konkreten Einzelfall. Ein anderer wichtiger Punkt für die positive Entscheidung war sicher auch, dass man den Zeitraum und damit auch das finanzielle Risiko überschauen konnte. Denn der Staat stellt im Kirchenasyl ja alle Zahlungen ein und wenn es in der Zeit zum Beispiel gesundheitliche Probleme gegeben hätte, dann hätte die Gemeinde dafür geradestehen müssen.

War es schwierig, im Kirchenasyl Unterstützung für die junge Frau zu organisieren?

Pfarrer Eberhard Hampel: Nein! Das Kirchenasyl war ‚nur‘ ein weiterer Puzzlestein der Flüchtlingsarbeit, die hier vor Ort dank der unglaublichen Initiative von Frank Appel seit Ende 2013 geleistet wird. Deshalb hat sich in den acht Kirchenasyl-Wochen gegenüber der Zeit vorher auch gar nicht viel verändert. Die Menschen, die sonst in Geiß-Nidda und in Bad Salzhausen für Flüchtlinge aktiv sind – manche aus der Kirchengemeinde, aber auch viele andere – haben ihre Arbeit einfach nur auch in das Kirchenasyl verlagert.

Frank Appel: Dass die Bevölkerung in Geiß-Nidda und in Bad Salzhausen – unabhängig von Lemlems Kirchenasyl – in der Weise für Flüchtlinge offen ist, hat mich Ende 2013 sehr überrascht. Das ist ganz anders als noch in den 1990er Jahren und hat sicher etwas damit zu tun, dass es vor einigen Jahren Versuche von Rechtsextremisten gab, hier Fuß zu fassen. Diese Erfahrung und die Bündnisse, die damals erfolgreich geschlossen wurden, wirken offenbar nach.

Haben Sie das Kirchenasyl von Anfang an mit Öffentlichkeitsarbeit begleitet?

Pfarrer Eberhard Hampel: Wir haben uns im Interesse der Sache sehr zurückgehalten und nur zu Beginn ein Pressegespräch gemacht, um uns nicht dem Vorwurf auszusetzen, im Verborgenen zu agieren. Später gab es noch einen Artikel in der Evangelischen Kirchenzeitung, der eher als Ermutigung für andere Kirchengemeinden gedacht war, sich mit dem Thema zu beschäftigen. Ich denke, das ist notwendig, weil es immer stärker auf Kirchengemeinden zukommen wird – ob sie wollen oder nicht. Denn die Dra-



matik der Einzelfälle steigt und immer mehr Menschen haben direkten Kontakt mit Flüchtlingen. Sei es, weil sie sich ehrenamtlich für sie engagieren, sei es, weil die Flüchtlinge anders als früher nicht mehr weit draußen, sondern oft mitten unter uns leben.

Wenn Sie das Kirchenasyl der Gemeinde mit einem Bibelzitat begründen sollten: Wie heißt es?

Pfarrer Hampel: Mir fällt das Weltgericht-Gleichnis aus dem Matthäus-Evangelium ein: „Denn ich war hungrig, und ihr habt mir zu essen gegeben. Ich war durstig, und ihr habt mir zu trinken gegeben.“ Und man könnte sicher zeitgemäß ergänzen: „Ich war auf der Flucht und ihr habt mich beherbergt.“ Zum Schluss dieses Gleichnisses sagt Jesus: „Was ihr einem meiner geringsten Brüder getan habt, das habt ihr mir getan.“ Jesus im Geringsten wiederzuerkennen war für mich ein ganz starkes Motiv dieses Kirchenasyls. ■

Die Evangelische „Christuskirchen-Asylgemeinde“ in Heppenheim

Die evangelische Christuskirchengemeinde in Heppenheim ist ein Pionier des Kirchenasyls. Schon Anfang der 90er Jahre nahm die Gemeinde zum ersten Mal einen Flüchtling in ihre Obhut. Damals entschied der Kirchenvorstand, dass die Kirchengemeinde grundsätzlich dazu bereit ist, Flüchtlingen Kirchenasyl zu gewähren. Lange Zeit hatte sie damit eine Alleinstellung im Kreis Bergstraße. Andere benachbarte Kirchengemeinden, bei denen die strukturellen Voraussetzungen nicht gegeben waren, unterstützten die Christuskirche im Fall der Fälle durch Sach- und Geldspenden oder durch die ehrenamtliche Mitarbeit und Unterstützung ihrer Gemeindemitglieder.

Motor der Heppenheimer Kirchenasylgeschichte war von Beginn an der Arbeitskreis Asyl. Er wurde bereits in den 80er Jahren gegründet, nachdem zunächst afghanische, später dann kosovarische und bosnische Flüchtlinge nach Heppenheim kamen. Der Arbeitskreis war es auch, der die Kirchenasylfrage Anfang der 90er Jahre an die Kirchengemeinde herantrug und bis heute erster Ansprechpartner für Flüchtlinge und das „Tor zum Kirchenasyl“ in Heppenheim geblieben ist.

„Wir haben hier in Heppenheim von Anfang an erfahren, dass diejenigen, auf die es am Ende beim Kirchenasyl ankommt – die Pfarrer, der Kirchenvorstand, die Gemeinde – unsere Sicht der Dinge geteilt und die entsprechenden Entscheidungen getroffen haben. Auch wenn sie vorher mit Flüchtlingen und dem Thema vielleicht gar nicht viel zu tun hatten, waren sie sofort infiziert. Im Grundsatz mussten wir deshalb eigentlich nie diskutieren.“

Hannelore Lehnard, Caritas und AK Asyl der Christuskirchengemeinde

Lange Zeit agierte der AK Asyl als eigenständige Initiative unter dem Dach der Christuskirchengemeinde, ehe er vor vier Jahren strukturell eingegliedert wurde. Trotzdem engagieren sich auch weiterhin viele Mitglieder ohne religiöses Bekenntnis. Das Kirchenasyl ist nur ein Handlungsfeld der Initiative. Sie veranstaltet darüber hinaus regelmäßige Diskussions- und Informationsveranstaltungen, leistet Bildungsarbeit in Schulen und führt Gespräche mit politisch Verantwortlichen in der Kommune.

Trotz des Grundsatzbeschlusses von Anfang der 90er Jahre muss vor jedem neuen Kirchenasyl auf dem kurzen Dienstweg die Zustimmung des Kirchenvorstandes eingeholt werden. Voraussetzung sind dringende humanitäre Gründe und eine realistische Chance auf einen erfolgreichen Ausgang. Seit 1990 gab es in der Kirchengemeinde mindestens sieben Kirchenasylfälle. Alle haben am Ende zu einem dauerhaften Verbleib der Flüchtlinge in Deutschland geführt, die meisten wohnen noch immer in der Nähe.

Kirchenasyle der Christuskirchengemeinde sind bislang ausnahmslos „stille“ Kirchenasyle gewesen.



Zwar wurden die Mitglieder der Kirchengemeinde und alle relevanten Behörden informiert, gegenüber der Presse allerdings wurde Stillschweigen gewahrt.



„Wir haben uns im Interesse der Menschen bisher immer dafür entschieden, stille Kirchenasyle durchzuführen. Die Angst einer Behörde, ihr Gesicht zu verlieren oder vorgeführt zu werden, sollte der humanitären Lösung für einen Kirchenasylflüchtling nicht im Weg stehen. Ohne allzu große Öffentlichkeit haben alle Beteiligten im Ringen um gute Lösungen eine größere Handlungsfreiheit. Aber das stille Kirchenasyl ist in Heppenheim kein Dogma: Wenn es der Sache dient, würden wir auch die Öffentlichkeit suchen.“

Reiner Volz, AK Asyl der Christuskirchengemeinde

Der Grundüberzeugung und ursprünglichen Prämisse des Kirchenasyls verpflichtet, wonach die vollziehende Gewalt Sakralräume respektiert und auch dann nicht betritt, wenn Schutzsuchende vollziehbar ausreisepflichtig sind, werden Flüchtlinge in der Heppheimer Christuskirchengemeinde ausschließlich in dem Kirchenraum untergebracht.

Der AK Asyl koordiniert ein großes Netz von ehrenamtlichen Unterstützerinnen und Unterstützern, die für die Flüchtlinge in der Kirche einkaufen gehen, Essen kochen, ihnen Sprachunterricht geben, Wäsche waschen und vor allem als Gesprächspartner/in und Gesellschafter/innen zur Verfügung stehen. Denn bei einem Kirchenasyl in der Christuskirchengemeinde werden die Flüchtlinge vierundzwanzig Stunden am Tag betreut und begleitet. Jederzeit ist mindestens eine Person in der Kirche anwesend, an die die Flüchtlinge sich wenden können und die ihnen gegebenenfalls beistehen könnte.



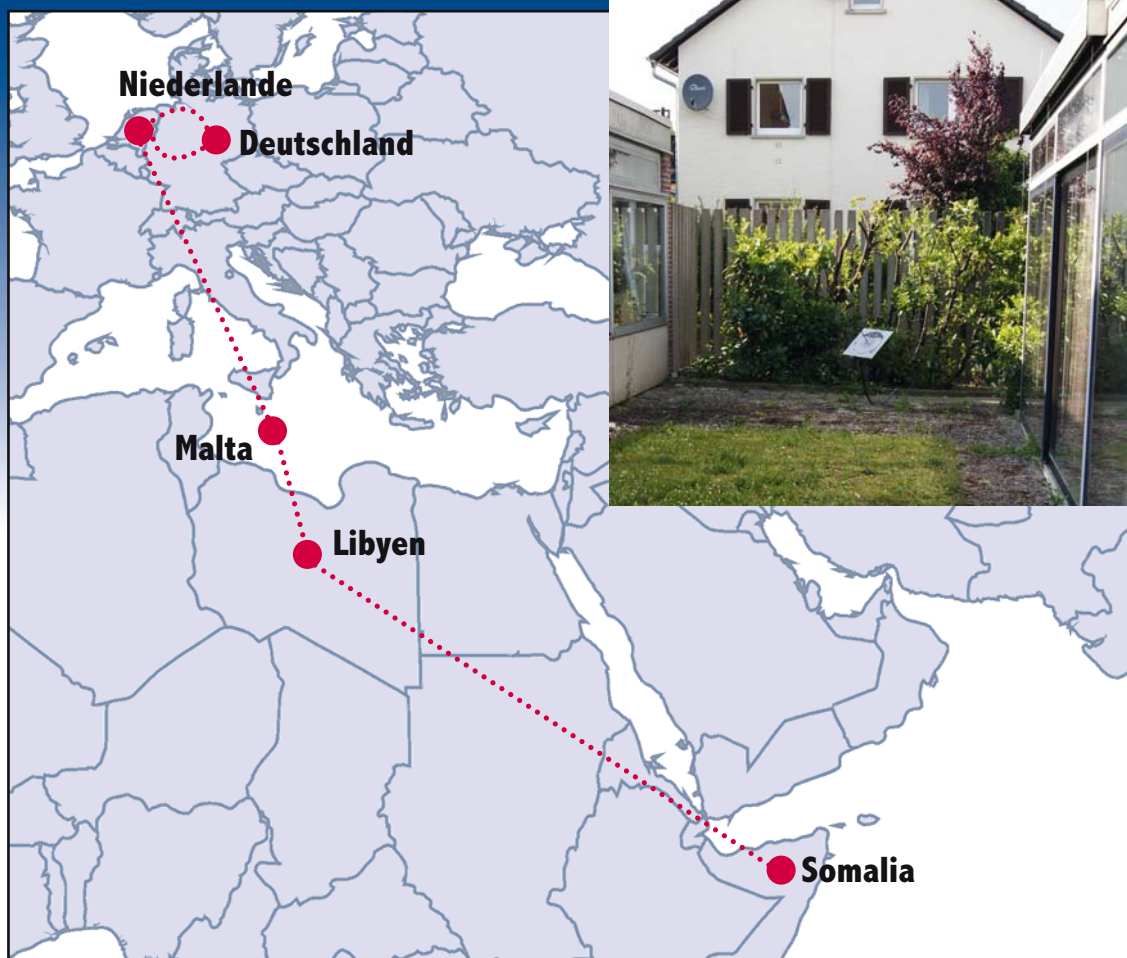
„Wir lassen die Flüchtlinge im Kirchenasyl keine Minute allein. Wenn die Polizei wider Erwarten doch an die Tür klopft, soll jemand da sein, der das Schlimmste zu verhindern versucht. Außerdem sind die meisten unserer Flüchtlinge im Kirchenasyl traumatisiert gewesen. Die konnten wir nicht alleine lassen, schon gar nicht in dem für sie fremden Kirchenraum. Das sind die wichtigsten Gründe. Zusätzlich entwickeln sich dadurch, dass rund um die Uhr so viele Menschen zum Einsatz kommen, viele enge Beziehungen und Bindungen an den konkreten Menschen im Kirchenasyl und darüber auch ein Verständnis für die bedrängte Situation, in der sich Flüchtlinge ganz allgemein befinden.“

Uta Forst, AK Asyl der Christuskirchengemeinde

Die Asyl- und Flüchtlingsarbeit ist über die Jahre zu einem festen Bestandteil der Kirchengemeindearbeit geworden und trägt Früchte. Im Dezember 2014 hat sich mit tatkräftiger Unterstützung des AK Asyl die „Flüchtlingsinitiative Heppenheim“ gegründet. Darin engagieren sich in der Zwischenzeit etwa 100 Heppenheimer Bürgerinnen

und Bürger für neu ankommende und schon in Heppenheim lebende Flüchtlinge: Sie erteilen ehrenamtlich Sprachunterricht, übernehmen Patenschaften, organisieren Gesprächskreise und Treffen, planen Begegnungsfeste, leisten Übersetzungsdienste und begleiten Flüchtlinge bei Behördengängen.

Das Kirchenasyl von A. (Somalia) in der Evangelischen „Christuskirchen-Asylgemeinde“ in Heppenheim



A. wird im Jahr 1993 in Somalia geboren. Der Junge, der mit 11 Jahren zur Flucht gezwungen wird, erreicht 2006 nach einem längeren Zwischenaufenthalt in Libyen die Insel Malta. Von dort flieht er im Jahr 2008 mit einem gefälschten Pass weiter in die Niederlande, wo er erstmals registriert wird und einen Asylantrag stellt. Weil A. laut seines falschen Papiers bereits volljährig ist, lebt er etwa ein Jahr lang ohne angemessene Betreuung in

Beginn des Kirchenasyls:

31. Januar 2012

Ende des Kirchenasyls:

17. Februar 2012



einer Asylunterkunft für erwachsene Flüchtlinge. Anschließend kommt er in Abschiebungshaft: sein Asylantrag wurde abgelehnt, er soll nach Somalia abgeschoben werden. Die Abschiebung scheitert, nach drei Monaten wird A. aus der Haft entlassen. Mehrere Monate lebt er ohne Hoffnung, Obdach und Mittel in den Niederlanden auf der Straße.

Im Jahr 2010 kommt A. schließlich nach Deutschland. Er meldet sich bei den Behörden in Frankfurt am Main und wird einer Jugendhilfe-Einrichtung im Kreis Bergstraße zugewiesen. Dort wird er altersgerecht betreut, bis das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) nicht nur die Asylzuständigkeit für A. ablehnt, sondern auch seine Minderjährigkeit in Abrede stellt. Trotz Bedenken des zuständigen Frankfurter Jugendamtes schenkt das BAMF den falschen Altersangaben aus den Niederlanden ungeprüft Glauben. A. wird in einer unangekündigten Nacht- und Nebelaktion von der Bundespolizei aus seiner Unterkunft geholt und in die Niederlande abgeschoben.

A. reist umgehend per Zug und Autostopp wieder in die Bundesrepublik ein und taucht schon nach wenigen Tagen wieder in seiner alten Jugendhilfeeinrichtung auf. Weil ihm die erneute Abschiebung in die Niederlande droht, nimmt er Kontakt mit der „Initiative gegen Rechtsextremismus und Ausländerfeindlichkeit im Kreis Bergstraße“ auf und bittet per Mail um Hilfe: „Ich weiß nicht mehr weiter, ich habe Angst, in Holland wieder ins Gefängnis zu kommen. Ob Sie meine Abschiebung verhindern können weiß ich nicht, trotzdem möchte ich Sie um Hilfe bitten.“

Die Initiative wendet sich daraufhin an den Arbeitskreis Asyl der Christuskirchengemeinde in Heppenheim. Nachdem eine kurzfristig eingelegte Petition beim Hessischen Landtag nicht zum Erfolg führt, gewährt die Kirchengemeinde dem jungen Mann nach einem ersten Treffen – an dem auch A.s Rechtsanwalt, Vertreter/innen der Jugendhilfeeinrichtung, der EKHN und Mitglieder der „Initiative gegen Rechtsextremismus und Aus-

länderfeindlichkeit im Kreis Bergstraße“ teilnehmen – Kirchenasyl. Vom 31. Januar bis zum 17. Februar 2012 lebt A. unter dem Schutz der Kirchengemeinde und in der ständigen Betreuung von Ehrenamtlichen und Mitgliedern des AK Asyl in der Christuskirche. Mit dem Ablauf der Überstellungsfrist in die Niederlande endet das Kirchenasyl mit einem großen Fest.

A. kehrt in die Jugendhilfeeinrichtung zurück und wird dort in verschiedene Bildungsmaßnahmen eingegliedert. Kurz nach seinem 18. Geburtstag verlässt er die Einrichtung und bekommt kurze Zeit später eine eigene Unterkunft im Kreis zugewiesen. A. hat in der Zwischenzeit hervorragend Deutsch gelernt und eine eigene Familie gegründet. Er lebt und arbeitet mit Frau und zwei kleinen Kindern in einer Nachbargemeinde von Heppenheim.

Einige Zeit nach dem Ende des Kirchenasyls hat das Verwaltungsgericht Darmstadt festgestellt, dass A.s erste Abschiebung rechtswidrig war. Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge und die Ausländerbehörde des Kreises hätten die falsche Altersschätzung aus den Niederlanden nicht ungeprüft übernehmen dürfen. Der Kreis Bergstraße richtet daraufhin einen Runden Tisch ein, damit solche Fehler künftig vermieden werden können und ein angemessener Umgang mit minderjährigen Flüchtlingen gewährleistet ist. Nach einer längeren Phase ohne diesbezügliche Probleme beobachten Mitglieder des AK Asyl in den letzten Monaten Anzeichen dafür, dass die Sorgfalt der Behörden – möglicherweise unter dem Druck erhöhter Zugangszahlen – wieder nachlässt. ■

Heppenheimer Stimmen und Positionen zum Verhältnis zwischen Kirchenasyl und der Dublin-Regelung

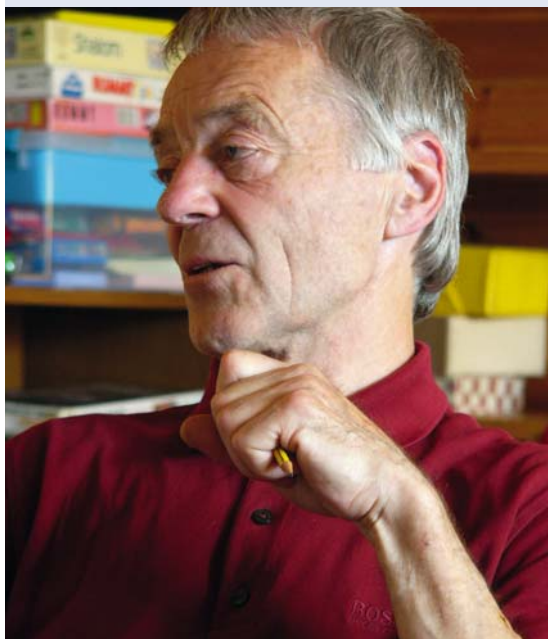


„Dublin ist Unrecht, das ist für mich klar. Aber das Kirchenasyl dient zuallererst einem konkreten Menschen. Es ist für mich kein geeignetes Mittel der politischen Auseinandersetzung. Sonst würde der Flüchtling in Not aus dem Blick geraten und – schlimmer noch – Mittel zu einem höchst ehrenhaften, aber noch sehr weit entfernten Zweck werden. Ich will das nicht und sehe es eher aus der Perspektive des Flüchtlings: Wenn es durch ein Kirchenasyl gelingt, dass ihm trotz Dublin Gerechtigkeit widerfährt, dann hat es seinen eigentlichen Zweck erfüllt.“

Dominik Kanka, Pfarrer der Christuskirchengemeinde

„Für mich ist trotzdem wichtig zu sehen, was diese Regelung bewirkt. Und da muss ich persönlich leider sagen, dass das Dublin-System menschenverachtend ist. Es verfolgt das Ziel, die Zuwanderung von Flüchtlingen zu beschränken und bringt damit ganz konkrete Menschen in Not und in Lebensgefahr. Das Kirchenasyl ist für mich deshalb mehr als die wichtige Hilfe im Einzelfall. Es ist ein Mosaikstein in der politischen Auseinandersetzung um Dublin. Immerhin sieht unsere demokratische Rechtsordnung in letzter Konsequenz ja sogar ein Widerstandsrecht zum Schutz des Grundgesetzes vor. Und das beginnt nun mal mit den Worten ‚Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.‘“

Reiner Volz, AK Asyl der Christuskirchengemeinde



„Ich sehe es pragmatisch: Wir haben eine wachsende Zahl von Kirchenasylen und seit einiger Zeit zum Glück viel mehr Unterstützerinnen und Unterstützer als in den Jahren zuvor – darunter viele, die sich früher nicht oder kaum für die Situation von Flüchtlingen interessiert haben. Sie wollen anfangs vielleicht einfach nur etwas Gutes tun, stolpern dann aber darüber, wie hier mit Menschen umgegangen wird. Sie organisieren Arbeits- und Praktikumsplätze für Flüchtlinge, die wegen irgendwelcher rechtlichen Restriktionen dann doch nicht angetreten werden dürfen. Und diese Unterstützerinnen und Unterstützer stolpern auch über Dublin. Sie erkennen die Regelung schnell als das, was sie meiner Meinung nach ist: europäische Vertreibungspolitik! Und aus dieser Erkenntnis wird langsam aber sicher etwas Positives, etwas Veränderndes, wachsen. Davon bin ich überzeugt.“

Hannelore Lehnard, Caritas und AK Asyl der Christuskirchengemeinde

**„Gib Rat, schaffe Recht, verbirg die Gejagten
und verrate die Flüchtlinge nicht!“**

Jesaja 16.3

**Das Kirchenasyl von Aboud H. (25 Jahre)
aus Syrien
in der
Evangelischen Kirchengemeinde
Hungen-Bellersheim**



Abouds Weg nach Deutschland

Aboud wächst in einer wohlhabenden und angesehenen Familie an der syrischen Mittelmeerküste auf. Nach seiner Zeit in der syrischen Armee arbeitet Aboud in der Medienbranche. In seiner Freizeit schreibt er Gedichte und journalistische Artikel. Im Jahr 2011 schließt er sich dem gemäßigten demokratischen Widerstand gegen das Assad-Regime an. Er unterstützt die Bewegung, indem er Medikamente in eine von Massakern betroffene Stadt bringt und Beiträge in einer unabhängigen Internetzeitung veröffentlicht. Im November 2011 wird er von der syrischen Polizei verhaftet und wegen der angeblichen Schädigung des Ansehens der Nation angeklagt.

„Zwischen Ende November und Anfang Dezember 2011 verbrachte ich meine (erste) Haftstrafe in einem Gefängnis des „Secret Service Military“. Hier wurden wir in Zellen zwei Stockwerke unterhalb der Erde gesteckt. Zusammen mit 17 weiteren Gefangenen sollte ich verlegt werden. (...)

Die Leute vom „Secret Service Military“ legen uns die Hände hinter dem Rücken in Handschellen, verbinden uns die Augen und stoßen uns in den Bus. Die Fahrt beginnt: Die Soldaten beschimpfen uns, sagen, wir seien Bastarde und dass wir nur deshalb für die Freiheit demonstrieren, damit unsere Schwestern Prostituierte und unsere Mütter Lesben werden können. Nie im Leben dachte ich, dass Menschen, die aus meinem Heimatland kommen, so viel Hass empfinden könnten. In ihren Augen sind wir der Grund dafür, dass sich immer weniger junge Männer der allgemeinen Wehrpflicht stellen.“

Übersetzter Internetblog von Aboud H.

Beginn des Kirchenasyls:

18. Februar 2015

Ende des Kirchenasyls:

5. Mai 2015

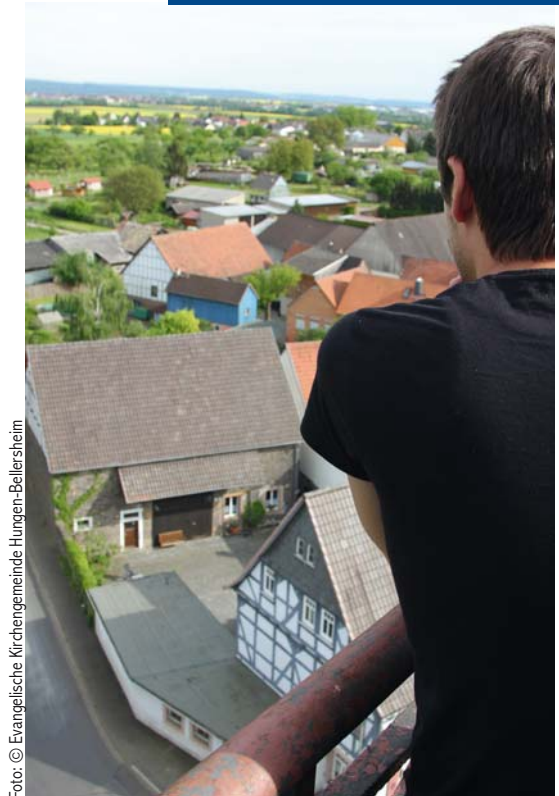


Foto: © Evangelische Kirchengemeinde Hungen-Bellersheim

Erst nach 16 Tagen erniedrigender Behandlung wird Aboud schließlich vor ein Militärgericht gestellt. Nur weil sein einflussreicher Vater Druck macht, belässt das Gericht es schließlich bei einer Verwarnung und darf er den Gerichtssaal als freier Mann verlassen. Er unterstützt weiterhin die demokratische Opposition und wird etwa ein Jahr später erneut inhaftiert – diesmal vom syrischen Geheimdienst „Al'Difa Al Watani“. Wieder ist er grausamen Haftbedingungen ausgeliefert, noch einmal erreicht sein Vater seine Freilassung. Weil Aboud anschließend in einem Internetblog über seine Inhaftierung berichtet, droht ein erneuter Zugriff des Assad-Regimes. Auf Drängen seiner Mutter flieht er schließlich zunächst in die Türkei und nach einem Monat weiter nach Ägypten.

Aboud nimmt Kontakt zu Exilorganisationen auf, die den Widerstand gegen Assad unterstützen. Der Aufstand gegen Ägyptens Staatspräsident Mursi und die inneren Unruhen im Land verschlechtern Anfang 2013 die Situation so sehr, dass Aboud sich zur Rückkehr in die Türkei entschließt. Er will dort abwarten, wie sich die Situation in Syrien entwickelt. Nach 11 Monaten wird ihm klar, dass es bis auf weiteres keine Rückkehr nach Syrien geben wird und er in der Türkei keine Perspektive hat. Aboud entscheidet sich zur Weiterflucht in die Europäische Union.

griffen und mit vielen anderen Flüchtlingen auf engstem Raum unter unwürdigen Bedingungen eingesperrt. Er wird registriert und nach einem Tag und einer Nacht wieder freigelassen.

„Ich konnte es nicht fassen. Nichts war so, wie ich es in Europa erwartet hatte. Nach dieser Erfahrung wollte ich nur noch weg von Ungarn.“

Aboud H.



„Alle arabischen Staaten verschlossen die Türen für uns Syrer. Und die Türkei bot mir keine Zukunftsperspektive. Dort kann man als Flüchtling nichts tun, nur warten. Wenn ich dort geblieben wäre, würde ich heute auf der Straße leben.“

Aboud H.

Mit der Unterstützung von Fluchthelfern gelingt es Aboud im Juni 2014, nach Ungarn einzureisen. Die Fahrt von der Türkei nach Ungarn dauert nach seiner Erinnerung drei oder vier Tage lang, die ganze Zeit ist er in verschiedenen PKW versteckt. Unmittelbar hinter der ungarischen Grenze wird er von ungarischen Sicherheitskräften aufge-

Man fordert ihn auf, sich in einem Flüchtlingscamp im ungarischen Debrecin einzufinden. Weil er weiß, dass die Lebensbedingungen dort katastrophal sind, flieht er statt dessen mit einem Freund per Zug weiter nach Budapest, von dort aus mit dem Taxi nach Wien, mit dem Zug nach München und schließlich zu einem Verwandten im Norden Deutschlands. In den drei Tagen und Nächten, die er für diese Etappe seiner Flucht benötigt, schläft Aboud keine Minute. Weil er in Norddeutschland nicht die Unterstützung findet, die er sich erhofft hatte, macht er sich nach einigen Tagen auf den Weg in die Hessische Erstaufnahmeeinrichtung in Gießen, wo er Asyl beantragt. Nach etwa zwei Monaten wird er nach Wolfhagen in der Nähe von Kassel umverteilt. Dort teilt er sich die Unterkunft unter anderem mit einer größeren Flüchtlingsfamilie aus Syrien.

Die (Kirchen)Gemeinde Bellersheim

Bellersheim mit seinen etwas mehr als 1.000 Einwohnerinnen und Einwohnern gehört seit den 70er Jahren des letzten Jahrhunderts zur Stadt Hungen im Landkreis Gießen. Die Nähe zu den Zentren des Rhein-Main-Gebiets ist spürbar. Die Gemeinde ist vielen Pendlern zur Heimat geworden, gleichzeitig sind die gewachsenen Strukturen erhalten geblieben. Das Dorfleben ist von belastbaren Strukturen des Zusammenlebens und von gegenseitiger Unterstützung geprägt. Ein breit aufgestelltes und reges Vereinsleben und die Bereitschaft, am Gemeinwesen orientiert zu denken und zu handeln zeichnen die Gemeinde aus. Der Hessische Rundfunk hat Bellersheim im Jahr 2015 als „Dolles Dorf“ ausgezeichnet.



„Wenn hier jemand Hilfe braucht, dann wird bei uns nicht lange nachgedacht, sondern es wird gehandelt. Das ist in Bellersheim so. Da gibt es niemanden, der zögert.“

Werner Scheld, Kirchenvorstand der Pfarrgemeinde Hungen-Bellersheim

Auch wenn es vor Ort keine besonders ausgeprägte „Migrationslandschaft“ gibt, sind Fluchterfahrungen in der Gemeinde präsent: Manche Familien sind nach dem 2. Weltkrieg als Vertriebene aus den ehemaligen Ostgebieten nach Bellers-

heim gekommen und hier heimisch geworden.

Die Grundschule in der Nachbargemeinde Obbornhofen arbeitet seit 1994 als sogenannte „Jenaplan-Reformschule“, in der altersübergreifend und handlungsorientiert gelernt und soziales Verhalten und gemeinschaftliche Entwicklung in den Mittelpunkt gestellt wird.

Fast drei Viertel der Einwohnerinnen und Einwohner gehören der evangelischen Kirchengemeinde an. Sie hat sich seit Anfang der 90er Jahre dank des Engagements junger Menschen im Kirchenvorstand zu einer offenen, liberalen, dem Menschen zugewandten und in der Dorfgemeinschaft fest verankerten Kirchengemeinde entwickelt. Innovative Formen des Gottesdienstes, intensive Jugendarbeit und die aktive Teilnahme an internationalen Projekten z.B. in Indien haben dazu ebenso beigetragen wie der einjährige Gastaufenthalt eines deutschstämmigen Pfarrers aus Brasilien.

Das Kirchenasyl – Weg und Verlauf

In seiner Unterkunft in Wolfhagen erreicht Aboud die Nachricht, dass das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) die Zuständigkeit für seinen Asylantrag wegen der Dublin-Regelung abgelehnt hat und er zur Ausreise nach Ungarn aufgefordert ist. Andernfalls droht ihm die Abschiebung dorthin.

Die Aufforderung zur Ausreise nach Ungarn erreicht Aboud in Wolfhagen. Hilfesuchend wendet er sich an seinen Rechtsanwalt und wird enttäuscht. Seine Bitte um Unterstützung bleibt unbeantwortet. Rechtliche Schritte gegen die Ausreiseaufforderung unterbleiben deshalb. Aboud stellt sich verzweifelt darauf ein, „freiwillig“ nach Ungarn auszureisen, um die Abschiebung zu verhindern.

Wenige Tage vor dem geplanten Ausreisetermin begleitet der junge Mann die syrische Flüchtlingsfamilie aus seiner Unterkunft noch zu einem Gerichtstermin in Gießen. Er spricht gutes Englisch und die Familie hat ihn gebeten, Übersetzungsdienste zu leisten. Zufällig trifft er bei diesem Termin auf eine

Mitarbeiterin des Diakonischen Werks, die in der Erstaufnahmeeinrichtung in Gießen Flüchtlinge berät. Ihr erzählt er seine Geschichte, sie erkennt seine Verzweiflung und die Dringlichkeit der Situation und handelt sofort. Sie kümmert sich darum, dass Aboud in einer psychiatrischen Klinik in Kassel die dringend benötigte Hilfe und Betreuung bekommt und deshalb bis auf Weiteres nicht nach Ungarn zurückkehren muss. Gleichzeitig macht sie sich auf die Suche nach einer Anschlussperspektive für Aboud. In einer E-Mail an (ehrenamtliche) Unterstützerinnen und Unterstützer von Flüchtlingen bittet sie um Hilfe bei der Suche nach einer Kirchengemeinde, die dem jungen Mann Schutz gewähren könnte. Diese Mail erreicht spät am Abend auch einen Sohn der Pfarrersfamilie in Bellersheim. Er informiert seine Eltern, die sich am nächsten Morgen sofort mit dem Kirchenvorstand in Verbindung setzen und die Situation schildern.



„Ich habe dann erst einmal geschluckt und eine schlaflose Nacht lang überlegt: „Schaffen wir das?“ Und dann kam schnell der Gedanke: „Da kannst du dich nicht wegducken! Ich kann meinen Söhnen nicht mehr in die Augen gucken, wenn ich Ausflüchte mache. Aboud ist im Alter unseres jüngsten Sohnes und wie ich unsere Kinder einschätze, wäre es ihnen in Syrien wahrscheinlich genauso gegangen wie Aboud.“
Pfarrerin Beate Fritzsche

Für die Pfarrersfamilie und den Kirchenvorstand ist Kirchenasyl ein vollkommen neues Thema. Noch am selben Abend findet ein erstes Treffen statt, bei dem die Beteiligten sich von einem Flüchtlingsseelsorger der EKHN informieren und beraten lassen. Nur einen Tag später fällt die Entscheidung des Kirchenvorstands: Wir machen das!

Die Pfarrerin organisiert Helferinnen und Helfer, die in aller Eile den zum Lager umfunktionierten ehemaligen Jugendraum der Kirchengemeinde, die „Grotte“, entrümpeln und aufräumen. Zahlreiche Geld- und Sachspenden aus der Bevölkerung und von Mitgliedern der Kirchengemeinde tragen dazu bei, dass der Raum wohnlich ausgestattet und bezugsfertig wird. Für den Fall der Fälle wird sichergestellt, dass Aboud im Kirchenasyl kostenlos ärztliche Hilfe in Anspruch nehmen könnte. Aus der Dorfgemeinschaft heraus bildet sich ein offener Unterstützerkreis, der dazu bereit ist, dem jungen Mann Sprachunterricht zu geben, für ihn einkaufen zu gehen, ihm Gesellschaft zu leisten. Kurz darauf trifft Aboud in Bellersheim ein.

„Ich war sehr gespannt auf die Menschen, die dazu bereit waren mich aufzunehmen, ohne dass sie mein Gesicht kannten oder wussten, wie ich mich verhalten und wie ich sein würde. Ich wusste vorher, dass es ein kleiner Ort ist, aber nicht, wie sich das Leben dort im Kirchenasyl anfühlen würde. Ich bin ja in der Stadt aufgewachsen. Ich habe mich aber gleich wohl gefühlt und sehr schnell an alles gewöhnt. Jetzt ist mir in diesem Haus und in diesem Ort alles so vertraut, dass es ganz schön schwer sein wird, eines Tages von hier wegzugehen.“

Aboud H.

Sind es zu Beginn des Kirchenasyls insbesondere Jugendliche, die in die „Grotte“ kommen, den Kontakt zu Aboud suchen und sich um ihn bemühen, entwickeln sich nach und nach einige junge,

politisch interessierte Erwachsene zu seinen wichtigsten Bezugspersonen und Gesprächspartnern. Abouds Alltag ist zudem eng mit dem der Pfarrersfamilie verbunden: Man kocht zusammen, isst zusammen, verbringt ganze Abende im Austausch und Gespräch.

„Wir haben uns erst mal im Internet informiert, um eine Idee zu bekommen wie es wohl werden wird. Da gab es zum Beispiel Berichte von jungen Flüchtlingen im Kirchenasyl, die mit den Jugendlichen aus der Gemeinde Tischtennis spielen. Also haben wir gleich eine Tischtennisplatte beige-schafft. ... Aber Aboud ist eben nicht unbedingt der Tischtennis-spieler. Irgendwann tauchte noch eine Playstation auf ... aber auch das war nicht sein Ding. Da musste sich eben erst finden, was zusammengehörte. Aber alle waren offen und sind auf ihn zugegangen, und das war wichtig“

Pfarrer-in Beate Fritzsche

Weil die Möglichkeit der Rücküberstellung Abouds an die ungarischen Behörden erst zum 21. Mai 2015 endet, sind alle Beteiligten darauf eingestellt, dass das Kirchenasyl mindestens bis zu diesem Zeitpunkt andauern wird. Tatsächlich aber erkennt das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) Aboud schon Mitte April als Flüchtling an, ohne dass er sofort davon erfährt. Auf der Grundlage einer Übereinkunft zwischen den christlichen Kirchen und dem BAMF vom Februar 2015 hatte die Mitarbeiterin des Diakonischen Werks in Gießen, die den jungen Mann in das Kirchenasyl vermittelt hatte, ein Dossier zu seinem Fall erstellt und mit Abouds Zustimmung dem Bundesamt vorgelegt. Am 6. Mai 2015 schließlich teilt sein Anwalt dem jungen Mann mit, dass er in Deutschland als Flüchtling anerkannt worden ist.

Die Übereinkunft zwischen den Kirchen und dem Bundesamt vom Februar 2015

Wegen der zunehmenden Zahl von Härtefällen durch die Dublin-Regelung und der steigenden Zahl von Kirchenasylen sowie aufgrund der Ankündigung von Bundesinnenminister Thomas de Maiziere, die Rücküberstellungsfrist für Flüchtlinge im Kirchenasyl von 6 auf 18 Monate zu verlängern, kam es im Februar 2015 zu einem Spitzengespräch zwischen Vertretungen der Kirchen und der Bundesbehörden. Dabei wurde vereinbart, dass Kirchenvertreter die Möglichkeit bekommen, Einzelfälle erneut vom Bundesamt überprüfen zu lassen, vorzugsweise noch bevor die betroffenen Personen in das Kirchenasyl aufgenommen werden.

In der „Grotte“ im Bellersheimer Pfarramt wohnt Aboud trotzdem immer noch. Weil er hier heimisch geworden ist! Aber auch, weil alle Beteiligten in den letzten Wochen erfahren müssen, wie langsam und behäbig die Mühlen der Bürokratie mahlen. Mit seiner Anerkennung als Flüchtling ist der Kampf und Einsatz für wichtige soziale Rechte und Leistungen oder für den ungehinderten Zugang zum Arbeitsmarkt oder zu Integrationsmaßnahmen längst noch nicht zu Ende.

„Kirchenasyl ist mit dem Kirchenasyl nicht zu Ende. Wir haben immer noch mit den verschiedenen Behörden zu tun, die sich zuständig fühlen, zuständig sind oder glauben, nicht zuständig zu sein. Das dauert seine Zeit und damit dauert es auch, bis der Weg zu einer eigenen Wohnung oder einer Arbeitsstelle geebnet ist. Und deshalb ist Aboud auch immer noch bei uns.“

Pfarrer Johannes Fritzsche

Trotzdem schaut Aboud mit neuem Mut nach vorne. Er hofft auf ein Leben in Sicherheit und Würde in Deutschland und irgendwann in der Zukunft in seiner syrischen Heimat.

„Ich möchte die deutsche Sprache noch besser lernen und mir eine Arbeit suchen. Und wenn ich meine Eltern wiedersehen kann, werde ich ruhiger werden. Zweieinhalb Jahre meines Lebens habe ich verloren – ich hoffe, dass mich das Leben dafür irgendwann wieder entschädigt. Vor allem aber hoffe ich, dass wir in Syrien eines Tages so leben können, wie ich es jetzt in Deutschland beobachte: in gegenseitiger Achtung, friedlich und bereit aufeinander zuzugehen.“

Aboud H.

Drei Fragen – Drei Antworten



Was hat sich durch das Kirchenasyl bei Ihnen persönlich verändert??

Pfarrer Johannes Fritzsche: Als Gemeinde ging es uns ganz konkret um Aboud, um diesen jungen Mann, der Hilfe gebraucht hat und dem wir helfen wollten. Für mich persönlich ist durch das Kirchenasyl aber auch die Dublin-Regelung zu einem Thema geworden. Ich empfinde es als ein Armutszeugnis, dass die EU sich nicht auf eine gemeinsame humane Asylpolitik einigen kann und diese Unfähigkeit zu Lasten der Flüchtlinge geht, die wie Waren quer durch Europa hin- und hergeschoben werden. Und so wie mir geht es, ausgelöst durch den Kontakt mit Aboud, sicher vielen in der Gemeinde. Man denkt über diese Ungerechtigkeit nach und man empört sich darüber.



Was hat sich durch das Kirchenasyl in der Kirchengemeinde verändert?

Achim Müller, Kirchenvorstand der Pfarrgemeinde Hungen-Bellersheim: Manche aus der Gemeinde sagen uns: „Das war das erste Vernünftige, was der Kirchenvorstand je gemacht hat.“ Das stimmt so zwar nicht, aber es zeigt doch, wie stark das Kirchenasyl hier angenommen wurde und dass es den Leuten etwas gegeben hat. Menschen wurden zusammengebracht, die vorher wenig miteinander zu tun hatten und jetzt festgestellt haben, dass sie doch einiges verbindet – auch von der Einstellung her. Und es sind neue Vernetzungen und Gespräche zwischen den Generationen entstanden und in Gang gekommen.



Können Sie etwas zur theologischen Motivation sagen, die dem Einsatz für Aboud zugrunde lag?

Pfarrerin Beate Fritzsche: Jesajas „Gib Rat, schaffe Recht, verbirg die Gejagten und verrate die Flüchtlinge nicht!“ fällt mir sofort ein. Aber auch ein Zitat aus dem 1. Petrusbrief (1. Petrus 4.10), den sich der Kirchenvorstand als Leitspruch gegeben hat: „Dienet einander jeder mit der Gabe, die er empfangen hat.“ Dieses „Einander“ beschränkt sich für uns ganz selbstverständlich nicht nur auf den engen Kreis der Kirchengemeinde, sondern es umfasst die ganze Gemeinde und geht über die ganze Gemeinde hinaus. Das drückt sich in ganz praktischen Sachen aus. Zum Beispiel haben alle die Ärmel hochgekrempelt und ihre Gaben eingebracht, als die Entscheidung für das Kirchenasyl gefallen war: die „Grotte“ wurde ausgeräumt und abgedichtet, es waren Handwerker zur Stelle, die Frauen haben sauber gemacht, das Bett und andere Möbel waren zwei Tage später da. Das alles war – wenn man so will – gelebte, konkrete, sehr praktische Theologie. ■

**„Seid allezeit bereit, Rechenschaft abzulegen
über die Hoffnung, die in Euch ist.“**

1. Petrus 3.15

**Kirchenasyl der Familie Gohari
(Afghanistan)
in der
Evangelischen Miriamgemeinde in Frankfurt am Main
(Bonames und Kalbach)**



Kein Ort – nirgends: Die sechsjährige Flucht der Familie Gohari

Der Versuch, seine Familie vor der Verfolgung durch die Taliban in Sicherheit zu bringen, dauert für Mohammad Mehdi Gohari (32) jetzt schon über sechs Jahre. Zusammen mit seiner Frau Lailoma (25), die zurzeit ihr drittes Kind erwartet, und den Kindern Husnia (8) und Ali Asghar (1) lebt er seit Ende 2014 im Frankfurter Stadtteil Bonames. Er hofft, dass seine Familie hier endlich Ruhe und eine neue Heimat findet.



Bis zum Jahr 2009 lebt die Familie im afghanischen Kandahar. Die Stadt im Süden des Landes liegt im Grenzgebiet zu Pakistan. Trotz der massiven Präsenz internationaler Truppen ist sie eine Hochburg der Taliban-Aktivitäten. Immer wieder kommt es zu Bedrohungen und Übergriffen auf die Zivilbevölkerung und Anschlägen auf afghanische und internationale Sicherheitskräfte.

Mehdi Gohari ist Schneider und betreibt ein kleines Geschäft in der Stadt. Er und seine Familie gehören der schiitischen Hazara-Minderheit an. Sie wird von den sunnitischen Taliban besonders intensiv verfolgt und bedrängt. Im Jahr 2009 verlangen die Taliban von der Familie, ihnen ihre Tochter Husnia zu übergeben, sobald sie – nach Lesart der Taliban mit neun Jahren – „heiratsfähig“ ist. Sie drohen damit, die Familie zu töten, wenn sie die Zustimmung verweigert. Das Mädchen ist damals gerade zwei Jahre alt.

Beginn des Kirchenasyls:

11. November 2014

Ende des Kirchenasyls:

19. März 2015

Im Juli 2009 entschließt sich die ganze Familie daraufhin zur Flucht. Von Pakistan aus, wo Mehdis Eltern zurückbleiben, fliegt sie zunächst nach Teheran. Sie schafft es dank der Hilfe von PKW- und Lastwagen-Fahrern, das Land zu durchqueren. Sie erreicht die iranisch-türkische Grenze und überwindet sie zu Fuß. In der Türkei nimmt die Familie Kontakt zu Fluchthelfern auf. Nachdem ein erster Anlauf gescheitert ist, gelangt sie zusammen mit etwa 30 anderen Flüchtlingen nach fünfstündiger Fahrt in einem überfüllten Boot nach Griechenland. Dort wird die Familie aufgegriffen und festgesetzt. Die griechischen Sicherheitskräfte nehmen ihnen zwar Fingerabdrücke ab, weigern sich aber, einen Asylantrag entgegenzunehmen oder die Familie zu registrieren. Nach zwölf Tagen wird sie ohne Hilfestellung und ohne Perspektive entlassen. In Athen sammeln Goharis zwei Monate lang Geld und Kraft und knüpfen Kontakte zur Weiterflucht. Ihr Ziel sind die Niederlande, wo Mehdis großer Bruder, der ebenfalls von den Taliban verfolgt wurde, lebt und als Flüchtling anerkannt ist. Mit falschen Papieren durchquert die Familie im Zug Österreich und die Bundesrepublik. Ende Dezember 2009 kommt sie in den Niederlanden an.

Am 10. Januar 2010 stellen Mehdi und seine Familie dort einen Antrag auf Asyl. In der Unterkunft, die die niederländischen Behörden ihr in einem Asylzentrum zuweisen, lebt die Familie gut eineinhalb Jahre lang, ohne dass sie zu ihren Fluchtgründen befragt wird. Erst im Juli 2011 findet ein Interview mit der niederländischen Asylbehörde statt. Sie lehnt den Asylantrag im Jahr

2012 ab und droht die Abschiebung nach Afghanistan an. Fast gleichzeitig erfährt Mehdi, dass sein Vater, der die Flucht der Familie finanziell unterstützt hatte, in einem Krankenhaus in Pakistan gestorben ist. Rechtsmittel gegen die Ablehnung des Asylantrages, der Versuch, über den 2013 in den Niederlanden geborenen Sohn Ali Asghar ein Bleiberecht zu bekommen und ein weiterer Asylantrag ziehen sich bis Anfang 2014 hin, bleiben aber letztlich erfolglos.



„Wir können nicht zurück nach Afghanistan! Wir sind seit sechs Jahren auf der Flucht, von Land zu Land und von Unterkunft zu Unterkunft. Meine Tochter fragt mich, warum sie kein eigenes Zimmer hat wie ihre Freundinnen und nicht einmal ein eigenes Bett. Und meine Frau kann nicht verstehen, warum wir so große Probleme haben und andere Flüchtlinge aus Afghanistan einfach hierbleiben dürfen. Wie soll ich ihnen das erklären?“

Mohammad Mehdi Gohari

Für Mehdis Frau Lailoma, die von der Ungewissheit auf der Flucht schwer traumatisiert ist, wird die Situation fast unerträglich. Immer wieder – zuletzt beinahe täglich – wird die Polizei bei der Familie vorstellig und drängt sie zur Ausreise. Als endgültig die Abschiebung nach Afghanistan droht und ihr Anwalt in den Niederlanden für die

Familie keine Perspektive mehr sieht, besteigt sie am 17. April 2014 den Zug nach Frankfurt am Main. Dort lebt eine Tante von Lailoma seit vielen Jahren als anerkannte Flüchtlingsfrau. Sie ist inzwischen deutsche Staatsbürgerin geworden.

„Es gab ein paar Gründe, warum wir dann nach Deutschland weitergeflohen sind: Ich habe die Sprache nach der Zeit in den Niederlanden ein bisschen verstanden und hier lebt die Tante meiner Frau. Außerdem hat mir mein großer Bruder in den Niederlanden – der uns jetzt schon zweimal hier besucht hat – gesagt, dass die Menschen in Deutschland offener und toleranter sind als in den Niederlanden. Und Deutschland ist ein großes Land und in Afghanistan sehr angesehen.“

Mohammad Mehdi Gohari

Familie Gohari stellt in Deutschland einen weiteren Antrag auf Asyl, bleibt für etwa einen Monat in der Hessischen Erstaufnahmeeinrichtung in Gießen und wird anschließend nach Frankfurt am Main umverteilt. Sie wohnt ca. ein halbes Jahr lang in einem von der Stadt angemieteten Hotel am Allerheiligen-tor. Dann lehnt das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) wegen der Dublin-Regelung ab, über den Asylantrag der Familie zu entscheiden. Am 28. Oktober 2014 wird die Familie aufgefordert, Deutschland bis zum 11. November zu verlassen und in die Niederlande zurückzukehren.

„Meine Frau ist schwanger und wir bekommen im Juli hier unseren zweiten Sohn. Meine Frau ist in Afghanistan geboren worden, ich im Iran. Unsere Tochter Husnia ist in Pakistan zur Welt gekommen, unser erster Sohn Ali Asghar in den Niederlanden. Das sagt viel über unser Leben und unsere Geschichte.“

Mohammad Mehdi Gohari

Coming Home: Das Kirchenasyl in der Miriamgemeinde in Frankfurt Bonames

Der Anwalt der Goharis in Frankfurt/M. informiert die Familie nach der Ablehnung ihres Asylantrags darüber, dass weitere Anträge nur dann eine Chance auf inhaltliche Prüfung durch das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge haben, wenn die in der Dublin-Regelung vorgesehene sechsmonatige Überstellungsfrist in die Niederlande verstrichen ist. Er weist die Familie darauf hin, dass sich einzelne Kirchengemeinden in der Vergangenheit bei ähnlich dramatisch gelagerten Fällen dazu bereit erklärt haben, Flüchtlingen Kirchenasyl zu gewähren. Die Goharis nehmen daraufhin Kontakt mit dem Evangelischen Zentrum für Beratung und Therapie am Weißen Stein und mit der „AG Kirchenasyl“ im Evangelischen Stadtdekanat Frankfurt am Main auf.

Dessen Vorsitzender wendet sich an die Evangelische Miriamgemeinde in den Frankfurter Stadtteilen Bonames/Kalbach. Er bittet die Kirchengemeinde zu prüfen, ob sie der von der Abschiebung bedrohten Familie innerhalb kürzester Zeit



Kirchenasyl gewähren kann und will. Die Gemeinde stimmt zu, stellt der Familie Räumlichkeiten im Gemeindehaus Bonames zur Verfügung und organisiert kurzfristig die soziale Betreuung und Begleitung der Familie.

Als gut vier Monate später, am 18. März 2015, die Überstellungsfrist in die Niederlande endlich verstrichen ist, endet das Kirchenasyl der Familie. Sie erhält seitdem kurzfristige Duldungen und bezieht Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz. Die Asylzuständigkeit für Familie Gohari hat das BAMF bisher noch nicht erklärt.

"Nachwort: Am 25. Juli 2015 hat Lailoma Gohari in Frankfurt/M. ein gesundes Kind zur Welt gebracht."

Interview mit Thomas Volz, Pfarrer der Ev. Miriamgemeinde und Walter Sohrmann, Mitglied des Kirchenvorstandes und ehrenamtlicher Unterstützer

Lebt die Familie nach Abschluss des Kirchenasyls noch immer im Gemeindehaus?

Thomas Volz: Das tut sie! Es ist ihr großer Traum, in Bonames bleiben zu können. Vor allem Lailoma hat hier etwas Ruhe gefunden und sich gefangen. Und Husnia geht keine hundert Meter von hier entfernt in die Schule, hat dort Freunde gefunden und fühlt sich sehr wohl.

Wir versuchen deshalb vor Ort eine bezahlbare Wohnmöglichkeit zu finden. Das braucht natürlich seine Zeit. Aber wir haben ein Objekt ganz in der Nähe zum Gemeindehaus in Aussicht und haben der Familie deshalb angeboten, im Gemeindehaus zu bleiben, bis alles geregelt ist.

Wir beschreiben Sie die Struktur der Kommune und Ihrer Kirchengemeinde?

Thomas Volz: Bonames hat keine Villen, aber auch keine besonders große Zahl von sozial benachteiligten Menschen. Große Gruppen von Flüchtlingen und Asylsuchenden gibt es nicht. Was es aber gibt, ist eine Unterkunft zur Vermeidung von Obdachlosigkeit, in der etwa 100 Menschen mit ganz verschiedenen,

immer mit Scheitern verbundenen, Biographien leben. Diese Menschen und damit auch soziale Not sind im Stadtbild – z.B. vor den Discountern – also durchaus präsent und wahrnehmbar.

Es gibt hier einen Siedlungsbereich, in dem nach dem 1. Weltkrieg Kriegsversehrte untergebracht waren. Nach dem 2. Weltkrieg kamen Flüchtlinge und Heimatvertriebene dazu. Ende der 50er Jahre wurden dann einige Siedlungs- und Hochhäuser gebaut, in die zumeist einfache Angestellte und Beamte und auch Menschen eingezogen sind, die aus unterschiedlichsten Gründen ihren Wohnort oder ihre Heimat gewechselt haben.

In unserer Kirchengemeinde gibt es ein gefestigtes Selbstverständnis, das sich über Jahre entwickelt hat: „Wir wollen Gemeinde nicht nur für uns selbst sein, sondern auch für die Anderen.“ Dementsprechend gibt es viele Projekte internationaler Solidarität, die wir durchführen oder unterstützen – in Chile, in Burkina Faso, in Äthiopien. Während des Bosnien-Krieges Anfang der 90er Jahre hat die Kirchengemeinde auch schon einmal Flüchtlinge beherbergt. Diese Perspektive der Solidarität prägt und prägt noch immer auch den Kirchenvorstand.

Wie verlief denn der Weg der Familie ins Kirchenasyl?

Walter Sohrmann: Wir haben das Thema Kirchenasyl seit Ende 2013 immer wieder, zunächst aber abstrakt, im Kirchenvorstand besprochen: Die Zahl der Flüchtlinge wurde immer größer und ihre Not immer offensichtlicher. Das Gefühl, dass wir uns damit auseinandersetzen und etwas tun müssen, nahm beständig zu. Im Herbst 2014 kam dann die Anfrage vom Evangelischen Stadtdekanat Frankfurt am Main, ob wir dem Gedanken an ein Kirchenasyl grundsätzlich näher-



treten wollen. Und es kam das Angebot, uns im Kirchenvorstand über die notwendigen Voraussetzungen und Rahmenbedingungen zu informieren.

Im Oktober 2014 gab es dann eine KV-Sitzung, bei der wir uns intensiv ausgetauscht und dann den Beschluss gefasst haben, dass wir grundsätzlich zur Gewährung von Kirchenasyl bereit sind. Wir waren uns darin einig, dass die notwendigen Voraussetzungen – geeignete Räumlichkeiten und ein Kreis von Personen, die zur Unterstützung bereit sind – in der Gemeinde insgesamt gegeben sind. Gebeten hatten wir das Stadtdekanat seinerzeit aber darum, uns im Fall der Fälle ausreichend Zeit zu lassen, um einen personenbezogenen Beschluss im Kirchenvorstand herbeiführen und die nötigen organisatorischen Vorbereitungen treffen zu können. Wir dachten dabei an einen Vorlauf von einer Woche.

Doch dann ging alles sehr viel schneller: Am Morgen des 10. November 2014 bekamen wir vom evangelischen Stadtdekanat die Information, dass eine afghanische Familie am nächsten Tag in die Niederlande abgeschoben werden sollte. Und wir bekamen die Frage gestellt: „Könnt ihr denen Kirchenasyl geben?“

Thomas Volz: Wir haben dann im Kirchenvorstand einen Umlaufbeschluss generiert, der glücklicherweise knapp zugunsten der Gewährung von Kirchenasyl ausging. Die Bedenken und Gegenstimmen richteten sich mehrheitlich nicht gegen das Kirchenasyl an sich oder gegen die Menschen, um die es ging, sondern gegen die Eile, die geboten war und die manche für schädlich und gefährlich hielten.

Am Morgen des 11. November standen wir dann zu sechst zusammen und haben erst mal lauthals auf das Stadtdekanat geschimpft, das uns das eingebrockt hat. Dann haben wir die Ärmel hochgekrempelt. Wir haben das Zimmer im Gemeindehaus, in dem noch Tische und Stühle gestanden haben, ausgeräumt, Teppiche und Matratzen beigeholt und auf die Schnelle einen Schrank, eine Kochplatte, einen Kühlschrank und Geschirr organisiert. Bettwäsche und Handtücher bekamen wir aus der Kleiderkammer der benachbarten Kirchengemeinde Am Bügel, die ebenfalls „kirchenasylerfahren“ war. Um 14 Uhr waren wir fertig und um 17 Uhr stand die Familie vor uns.

Wie war die erste Begegnung und wie verliefen die ersten Tage?

Walter Sohrmann: Glücklicherweise war bei der ersten Begegnung eine Dolmetscherin dabei. Insgesamt war es ein vorsichtiges Sich-Betasten. Die Familie wusste ja nicht, wo sie hinkommt und wie sie aufgenommen wird. Und auch wir hatten nicht mehr als ein paar Informationen zur Situation, aber keine Vorstellung davon, wer uns da begegnen würde.

Diese Unsicherheiten sind aber schnell in den Hintergrund getreten, weil es schließlich genug zu tun gab. Wir haben der Familie ihr Zimmer im Gemeindehaus gezeigt und den ersten und für längere

Zeit letzten gemeinsamen Einkauf getätigt. Noch durften sie sich ja frei bewegen. Damit war das erste Eis dann schnell gebrochen.

Thomas Volz: Es war ja der Martinstag, an dem Familie Gohari zu uns kam. Abends gab es ein Martinsfest im benachbarten Kindergarten. Da konnten wir den Kindern und ihren Eltern gleich sehr plastisch den Gedanken des Teilens mit Menschen in Not vor Augen führen. Denn auch sie mussten während des Kirchenasyls etwas teilen: Im Gemeindehaus gibt es nämlich keine Duschgelegenheit. Wir hatten mit der Leitung des Kindergartens vereinbart, dass die Familie abends nach Schließung der Einrichtung die dortige Duschgelegenheit benutzen darf. Da gab es bei den Kindern und Eltern auch keine zwei Meinungen. „Was macht man, wenn Menschen in Not sind? Ganz klar: Man hilft!“

Am Tag darauf war – wie es der Zufall will – Stadtsynode, also ein Zusammentreffen der evangelischen Kirchengemeinden in Frankfurt. Dabei wurde auch informiert, dass es ein neues Kirchenasyl gibt. Es war beeindruckend, wie viel positives Feedback, wie viele Angebote der Unterstützung und auch Geldspenden wir daraufhin bekommen haben. Wir haben also schon in den ersten Tagen die gute Erfahrung gemacht, nicht alleine zu sein.

Wie haben Sie die Betreuung der Familie in den insgesamt gut vier Kirchenasyl-Monaten organisiert?

Walter Sohrmann: Nach und nach haben wir im Keller des Gemeindehauses einen weiteren Raum so ausgestattet, dass die Familie ihn nutzen konnte. Dadurch gab es die Möglichkeit, dass jemand sich zurückziehen konnte, wenn gelernt werden musste oder Besuch kam. Die Familie musste sich diesen Raum mit der

Jugendgruppe der Gemeinde teilen. Das lief sehr problemlos und damit ergab sich immer wieder die Gelegenheit, neue Kontakte zu knüpfen.

Dann ging es darum, eine Unterstützerguppe aufzubauen und die verschiedenen Aufgaben zu verteilen. Pfarrer Volz hatte in einer E-Mail an Mitglieder der Kirchengemeinde gefragt, wer Lust und Zeit hat, sich zu engagieren. Wir hatten daraufhin relativ schnell fünfzehn bis zwanzig Personen zusammen, darunter besonders viele junge Mütter, die unterschiedlich intensiv, aber alle zuverlässig, mit angepackt haben: beim Einkaufen, beim Deutschunterricht, bei Fahrdiensten, bei Hausaufgabenhilfe oder einfach nur als Gesprächspartner.

Husnia ist schon kurz nach Beginn des Kirchenasyls hier zur Schule gegangen. Wir haben darauf vertraut, dass die Polizei kein siebenjähriges Kind auf dem Schulweg verhaften wird. Trotzdem haben wir, um die Familie zu beruhigen, vom ersten Schultag an einen Hol- und Bring-Dienst organisiert. Es gab Wochenpläne, in die man sich eintragen konnte und die Schule hatte eine „Notfallnummer“. Da konnte sie anrufen, wenn der Unterricht früher zu Ende war oder die Kleine aus einem anderen Grund früher als normal abgeholt werden musste.

Thomas Volz: Der Kreis der Unterstützerinnen und Unterstützer ist auch jetzt noch aktiv. Vieles läuft selbstständig und ohne, dass wir viel organisieren müssen. Wir treffen uns – wenn nichts Besonderes ansteht – nur etwa alle vier Wochen und tauschen uns darüber aus, was gerade ansteht.

Aus der Unterstützungsarbeit sind inzwischen auch regelrechte Freundschaften entstanden. Ich sehe zum Beispiel immer wieder Frauen, die mit ihren Kindern

nachmittags einfach mal im Gemeindehaus vorbeischauchen. Da wird dann Kaffee oder Tee getrunken und die Kinder spielen mit Husnia oder dem kleinen Ali Asghar.

Gab es eine besondere Herausforderung in der Kirchenasyl-Zeit?

Walter Sohrmann: Die medizinische Versorgung! Dabei war die psychotherapeutische Behandlung von Lailoma nicht einmal das größte Problem. Die lief über das Evangelische Zentrum für Beratung und Therapie am Weißen Stein und hatte schon vor dem Kirchenasyl begonnen. Die Therapeutin kam einfach zu fest vereinbarten Zeiten ins Gemeindehaus.

„Meine Frau hat viele Probleme. Sie hat ihre Eltern in Afghanistan zurücklassen müssen und Mutter, Vater und Geschwister seit sechs Jahren nicht mehr gesehen. Sie ist oft krank seit wir auf der Flucht sind. In den Niederlanden kam die Polizei manchmal jeden Tag zu uns, einmal auch mit Hunden. Meine Frau braucht dringend Ruhe. Hier im Kirchenasyl ging es ihr besser. Auch wenn es nicht normal ist, dass eine Familie über vier Monate lang in einem einzigen Zimmer lebt und sich nicht frei bewegen kann.“

Mohammad Mehdi Gohari

Viel schwieriger war, dass Lailoma in der Zeit des Kirchenasyls schwanger wurde und die Schwangerschaft nicht ohne Komplikationen verlief. Wegen plötzlicher Blutungen mussten wir Lailoma in einer Nacht- und Nebelaktion in die Notaufnahme eines Krankenhauses bringen. Sie wurde dort sorgfältig untersucht und konnte Gott sei Dank weiterhin schwanger wieder mit uns zurück nach Hause fahren. Das Krankenhaus hat sich kulant gezeigt



und nur eine kleine Rechnung gestellt, die die Kirchengemeinde gezahlt hat. Dann aber mussten für die junge Frau regelmäßige Vorsorgeuntersuchungen bei einem Gynäkologen organisiert und Medikamente beschafft werden. Das hat viel Zeit in Anspruch genommen und einiges an Kosten verursacht. Aber jetzt freuen wir uns auf den Juli, wenn ihr Kind hoffentlich in Frankfurt zur Welt kommen soll.

Gab es in der Kirchengemeinde Bedenken oder offen ausgesprochene Ablehnung?

Thomas Volz: Kritische – oder eher sorgenvolle – Fragen kamen am ehesten von den Menschen, die unmittelbar von dem Kirchenasyl betroffen waren. Im Gemeindehaus ist zum Beispiel auch das Gemeindebüro untergebracht. Und die Gemeindesekretärin war aus sehr nachvollziehbaren Gründen zunächst skeptisch. Nicht nur, dass die Familie in ihrem unmittelbaren Arbeitsumfeld schlafen und wohnen sollte – nein: auch der einzige WC-Raum auf der Etage musste gemeinsam genutzt werden. Was also, wollte sie wissen, wenn wir uns zum Beispiel morgens auf dem Flur begegnen, der Mann vielleicht im Schlafanzug? Ihr war das zunächst unheimlich und sie bat darum, in der Zeit des Kirchenasyls in ein ande-

res Büro ausweichen zu können. Wir haben ihr das natürlich freigestellt, sie aber auch ermutigt, zunächst einmal zu sehen, ob es denn überhaupt Probleme gibt. Und wir haben ihr zugesagt, dass in dieser „Probezeit“ jederzeit eine weitere Person anwesend ist. Das Eis gebrochen hat dann die kleine Husnia. Sie kam an einem der ersten Kirchenasyltage ins Büro und bot der Gemeindesekretärin Tee an. Der Kontakt war geknüpft, die Mitarbeiterin lernte die Eltern kennen ... und arbeitete weiterhin im Gemeindehaus. Heute klopft der kleine Ali manchmal bei ihr an, dann darf er reinkommen und auch mal auf dem großen Stuhl hinter dem großen Schreibtisch sitzen.

Außerdem haben wir im Gemeindehaus im 1. Stock noch eine Mieterin. Sie sorgte sich – ebenfalls verständlich – um ihre Nebenkosten, wenn eine vierköpfige Familie einzieht; besonders weil Lailoma lange Zeit nur bei eingeschaltetem Licht schlafen konnte. Der Mieterin haben wir zugesagt, dass die Familie keinen Einfluss auf ihre Nebenkosten haben wird und sie auf keinen Fall mehr bezahlen muss als im Jahr zuvor.

Solche ganz praktischen Bedenken wollten ausgeräumt werden, aber darüber hinaus haben wir keinen einzigen Anruf oder Brief bekommen, in dem uns Ablehnung entgegenschlug. Wir haben im Gegenteil gerade auch von älteren Menschen viel Unterstützung, Aufmunterung und auch kleine Spenden bekommen. Die sagten: „Wir mussten auch fliehen und wir wissen noch, wie das war!“

Wir haben darüber hinaus auch immer wieder größere Spenden von Gemeindemitgliedern bekommen, so dass das „Unternehmen Kirchenasyl“ – Stand heute – für die Kirchengemeinde kein Minusgeschäft war. Wir haben insgesamt

etwa € 3.500 für die Betreuung der Familie im Kirchenasyl ausgegeben und ungefähr dieselbe Summe durch Spenden eingenommen. Das ist wahnsinnig erfreulich und ermutigend.

War Familie Gohari während des Kirchenasyls im Gemeindeleben präsent?

Walter Sohrmann: Das war sie! Husnia hat mit Zustimmung der Eltern von Anfang an regelmäßig in der Jugendgruppe mitgemacht und auch aktiv am Kindergottesdienst teilgenommen. Vor Weihnachten hat sie beim Krippenspiel auf dem Weihnachtsmarkt mitgemacht. Besonders gefreut hat mich dabei, dass auch ihre Mutter gekommen ist und zugesehen hat. Das ist in der Gemeinde durchaus zur Kenntnis genommen worden.

Husnias Eltern ist es zwar wichtig, dass das Mädchen in ihrem muslimischen Glauben zu Hause bleibt, und gehen deshalb mit ihr auch zur Moschee. Dass sie trotzdem so offen sind, hat sicher mit gewachsenem Vertrauen und damit zu tun, dass wir ihnen von Anfang an versichert haben, nichts und niemanden bekehren zu wollen. Und mit Offenheit und Transparenz, um die wir uns bemüht haben: Zum Beispiel haben wir den Eltern vor dem Krippenspiel die Texte übersetzen lassen, die Husnia mitgesungen und gesprochen hat.

„Ich denke, egal ob Muslim, Christ, Hindu oder etwas anderes: jeder ist zuerst einmal ein Mensch. Es gibt einen Gott und viele Wege zu ihm. Mich hat hier niemand gefragt, ob ich Muslim bin und ich habe niemanden gefragt, ob er Christ ist. Das muss jeder selbst entscheiden und wir müssen uns gegenseitig respektieren! In Afghanistan ist das leider anders.“

Mohammad Mehdi Gohari

Thomas Volz: Zwei Wochen nach dem Beginn des Kirchenasyls hatten wir unser „Herbsttreiben“, ein Gemeindefest im Saal. Wir hatten die Familie Gohari eingeladen und sie ist zusammen mit einer ehrenamtlichen Dolmetscherin tatsächlich dazugekommen. Das war wichtig für die schnelle Akzeptanz, denn zu dem Fest kommen überwiegend alteingesessene Gemeindeglieder. Sie haben die Familie dort kennengelernt und ins Herz geschlossen. Zur Teilnahme ermutigt wurde die Familie übrigens auch von den beiden jungen Männern, die kurz zuvor in der Gemeinde Am Bügel im Kirchenasyl gewesen waren.

Haben Sie sich von Anfang an um Öffentlichkeitsarbeit bemüht oder waren Sie in dieser Hinsicht eher zurückhaltend?

Thomas Volz: Unser Prinzip war: Wir müssen gegenüber der Gemeinde die größtmögliche Transparenz herstellen, um dauerhafte Akzeptanz und Unterstützung zu gewährleisten. Darüber hinaus aber haben wir versucht, den Bedürfnissen der Familie Rechnung zu tragen. Und die hatte ihre guten Gründe, nicht ständig und schon gar nicht mit Foto in der Presse zu stehen. Und zwar nicht nur wegen der Traumatisierung von Lailoma, sondern auch, weil sie weiterhin ganz konkret um ihr Leben fürchtet, wenn sie nach Afghanistan zurück müsste.

Gab es im Verlauf der Kirchenasyls eine Krise, in der Sie nicht weiterwussten oder die Entscheidung bereut haben?

Thomas Volz: In der Gemeindeversammlung im November, bei der wir das Kirchenasyl vorgestellt haben, kam die Frage auf: „Was machen wir eigentlich, wenn alle Rechtsmittel ausgeschöpft sind und die Familie trotzdem gehen muss?“



Die Frage selbst hat keine Krise verursacht, aber auf eine immer noch mögliche Krise verwiesen. Denn die Antwort darauf ist nicht einfach. Für mich persönlich ist klar, dass wir in einem solchen Fall andere noch laufende Kirchenasyle nicht dadurch gefährden dürfen, dass wir die Familie im Kirchenasyl belassen.

Für mich ist andererseits aber auch klar, dass in einem solchen Fall jeder Christ sich aufgrund seines Christseins selbst prüfen und für sich selbst entscheiden muss, welche Handlungsmöglichkeiten ihm außerhalb des Kirchenasyls noch bleiben. Ich hoffe aber sehr, dass es soweit nicht kommt.

Können Sie uns eine Stelle aus der Bibel nennen, aus der Sie die Motivation Ihres Handelns für Familie Gohari ableiten?

Thomas Volz: „Seid allezeit bereit, Rechenschaft abzulegen über die Hoffnung, die in Euch ist.“ (1. Petrus 3.15) Das passt zu dem Selbstverständnis unserer Kirchengemeinde mit ihren vielen Solidaritätsprojekten. Sie will nicht um sich selbst kreisen, sondern hat die Hoffnung und den festen Willen, einen Unterschied zu machen. Und das Kirchenasyl macht einen solchen Unterschied.

Wie lautet ihr abschließendes Fazit?

Thomas Volz: Wir haben gute Erfahrungen gemacht und würden es wieder tun! Wir sind persönlich bereichert worden und unser Gemeindeleben ist bereichert worden. Durch das Kirchenasyl sind Menschen aktiv geworden, die vielleicht immer noch nicht jeden Sonntag in den Gottesdienst gehen, die sich uns jetzt aber zugehörig fühlen und für die wir ihre Kirchengemeinde geworden sind. ■

„Wenn ich sagen soll, wie ich mir die Zukunft wünsche: Wir leben in Deutschland, in Frankfurt, vielleicht in Bonn, in München oder in Berlin. Ich gehe arbeiten, wir haben ein Auto, meine Tochter ihr eigenes Zimmer. Deutschland ist unser Zuhause, unser Land geworden. Und Afghanistan ist für uns „nur noch“ Geschichte, das Land, in dem wir viele Jahre gelebt haben und das jetzt hinter uns liegt.“

Mohammad Mehdi Gohari

„Lernt Gutes zu tun und fragt nach dem, was richtig ist!“

Jesaja 1.17

Das Kirchenasyl von Daahir Abdullahi Osman (Somalia) in der Evangelischen Kirchengemeinde Hanau-Steinheim



Zu Fuß durch die Sahara – Daahirs langer Marsch nach Europa

Daahir Abdullahi Osman wird 1993 in Somalias Hauptstadt Mogadischu geboren und wächst dort zusammen mit acht Geschwistern bei seinen Eltern auf. Seine Familie gehört der verachteten Minderheit der Madhibaan an, die in Somalia am Rande der Gesellschaft leben muss. Als junger Mann wird Daahir von Angehörigen eines machtvollen Clans überfallen und bewusstlos geschlagen. Die Männer heben ein Grab aus und wollen ihn begraben. Daahir überlebt durch einen Zufall: die Täter werden gestört und müssen fliehen. Dennoch bleibt der junge Mann im Fokus von Gewalt und Unterdrückung.

Als die islamistische Al Shaabaab-Miliz im Februar 2012 versucht, ihn unter Zwang zu rekrutieren, weigert sich Daahir. Er wird mit dem Tod bedroht

Beginn des Kirchenasyls:

7. Juli 2014

Ende des Kirchenasyls:

5. November 2014

entführt und ermordet. Die anderen finden ihre Leichen kurze Zeit später in der Wüste. Nach sechs Wochen extremer Hitze am Tag und extremer Kälte in der Nacht erreichen die Überlebenden Libyen. Daahir wird gefangen genommen und inhaftiert. Die Haftbedingungen sind katastrophal, es gibt so gut wie nichts zu essen, Schläge sind an der Tagesordnung.



„Ich kam Anfang September 2012 in Sabha in Libyen an. Dort wurde ich sofort gefangen genommen und in ein Gefängnis gebracht. Dort blieb ich für sechs Monate. Ich wurde sehr viel geschlagen im Gefängnis. Am Tag bekamen wir nur einmal etwas Brot. Ich bekam eine Hautkrankheit, niemals sahen wir die Sonne und es war sehr warm dort drinnen, es war ein Gefängnis unter der Erde.“

Daahir Abdullahi Osman

und entschließt sich Hals über Kopf zur Flucht. Nachdem er sich ein paar Tage lang bei Freunden in Somalia versteckt gehalten hat, flieht Daahir Anfang März 2012 zu Fuß zunächst nach Äthiopien. Ende April 2012 bricht er wieder auf, flieht weiter nach Khartoum im Sudan. Dort bleibt Daahir für einige Monate, ehe er sich in einer Flüchtlingsgruppe zu Fuß auf den langen Weg durch die Sahara macht. Unterwegs werden sie von Wegelagerern überfallen und um Geld erpresst. Sieben Mitreisende, die kein Geld bei sich haben, werden

Nach sechs langen Monaten in der Haft holt ein libyscher Offizieller Daahir aus dem Gefängnis und zwingt ihn dazu, ohne Lohn an seinem Haus mitzubauen. Erst nach drei Monaten gelingt Daahir die Flucht. Er geht nach Tripolis und begibt sich dort in die Hände von Schleppern. Zusammen mit anderen Flüchtlingen wird er bis zur Überfahrt über das Mittelmeer in einem großen Haus versteckt. Niemand in der Gruppe darf sprechen, wenn sie nach essen fragen, werden sie geschlagen. Nach sechs endlosen Wochen besteigt Daahir am 1. August 2013

zusammen mit 90 anderen Flüchtlingen ein etwa 9 Meter langes Schlauchboot. Sie verlieren die Orientierung, geraten in Seenot. Als sie nach drei Tagen auf See von einem tunesischen Schiff gesichtet, von der italienischen Küstenwache an Bord genommen und nach Lampedusa gebracht werden, sind drei Menschen tot.

Fünf Tage lang bleibt Daahir auf Lampedusa. Er wird in dieser Zeit erkennungsdienstlich behandelt, italienische Beamte sichern seine Fingerabdrücke. Er wird in ein Aufnahmelager in der Nähe von Rom geschickt, in dem etwa 2.000 Flüchtlinge untergebracht sind. Zusammen mit fünf anderen Flüchtlingen wird ihm dort ein provisorisch zurechtgemachter Container zugewiesen. Daahir bekommt keinerlei materielle Unterstützung, die hygienischen Bedingungen sind furchtbar, die Verpflegung schlecht. Es gibt so gut wie keine medizinische Versorgung und keinerlei psychologische Unterstützung. Niemand informiert ihn darüber, warum und wie lange er hier bleiben und wie es weitergehen soll.

Im Dezember 2013 wird Daahir von einem auf den anderen Tag ohne Begründung dazu aufgefordert, die Einrichtung zu verlassen. Ihm droht die Obdachlosigkeit.

„Ich war verzweifelt von der Situation in Italien. Ich hatte ja auf ein besseres Leben gehofft, aber als ich dort ankam, war ich überrascht über die Unmenschlichkeit, die ich dort vorfand. ... Ich blieb vier Monate in diesem Camp. Ich denke, dort waren insgesamt 2.000 Menschen, es war sehr überfüllt. Irgendwann haben sie mich rausgeworfen. Das war im Winter und es war kalt. Ich wusste, ich kann hier nicht bleiben.“

Daahir Abdullahi Osman

Ohne Unterstützung und ohne Perspektive in Italien entschließt er sich zur Weiterflucht nach Deutschland. Er besteigt einen Zug im Rom und

kommt am 16. Dezember 2013 in Gießen an und stellt dort in der Hessischen Erstaufnahmeeinrichtung einen Antrag auf Asyl. Anfang 2014 wird er von Gießen aus nach Hanau umverteilt. Die Stadt weist ihm einen Platz in einem Übergangsgewohnheim für Wohnsitzlose im Stadtteil Steinheim zu, in dem auch über vierzig Flüchtlinge untergebracht sind. Das Heim liegt in unmittelbarer Nähe zur evangelischen Kirchengemeinde.

Die Evangelische Kirchengemeinde Hanau-Steinheim

Etwa 2.600 Mitglieder zählt die evangelische Kirchengemeinde in dem Hanauer Stadtteil Steinheim, in dem insgesamt etwa 13.000 Menschen leben. Mehrheitlich gehört die Bevölkerung traditionell dem katholischen Glauben an. Die evangelische Kirchengemeinde wurde vor über 150 Jahren u. a. von Nachfahren hugenottischer Glaubensflüchtlinge gegründet und war von Beginn an durch Flüchtlinge und deren Erfahrungen geprägt. Der starke Zuzug von Flüchtlingen und Vertriebenen nach dem 2. Weltkrieg stärkte diese Identität zusätzlich.





„Im Kirchenvorstand gibt es noch viele, die in Familien mit einer Fluchterfahrung z.B. nach dem 2. Weltkrieg aufgewachsen sind. Für die war völlig klar zu helfen. Es gab bei der Entscheidung über Kirchenasyl deshalb unter den Mitgliedern keine kontroverse Debatte über das Ob, sondern nur über das Wie.“

Pfarrerin Heike Zick-Kuchinke

Orientierung an dem Gemeinwesen sowie Offenheit und die Bereitschaft zur Veränderung prägen das Selbstverständnis der Kirchengemeinde bis in den heutigen Tag. Sie ist Trägerin des Familien- und Generationenzentrums, das auf dem Kirchengelände errichtet wurde. Es ist das „Herz der Kirchengemeinde“ und versteht sich als offener Begegnungs- und Lernort. Im benachbarten alten Pfarrhaus werden zurzeit in einer Umbaumaßnahme neben der Pfarrwohnung Räumlichkeiten für die Tagespflege älterer Menschen geschaffen.

Neben einer Kindertagesstätte und einem generationenübergreifenden Mehrzweckbereich gibt es in dem Familien- und Generationenzentrum verschiedene Jugend- und Veranstaltungsräume, in denen sich Eltern-Kind-Gruppen, Kinder, Jugendliche und Senioren treffen, der Posaunenchor probt und Konzerte, Ausstellungen und Vor-

träge zu unterschiedlichsten Themen sowie Kinderbibelwochen und Ferienspiele stattfinden. Das Haus ist zugleich Heimat für zahlreiche Initiativen und Zusammenschlüsse, die über die Kirchengemeinde hinausgehen: Ökumenisches Forum mit den muslimischen Gemeinden in Hanau, Aktionsbündnis gegen AIDS, Initiative Erinnern und Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus. Auch das Ökumenische Bündnis für Flüchtlinge trifft sich hier und bietet u.a. Deutschkurse und einen offenen Treff für Flüchtlinge an.

Das Kirchenasyl

In seiner Unterkunft in Steinheim erhält Daahir Osman Anfang 2014 die Mitteilung, dass sein Asylantrag in Deutschland nicht bearbeitet wird. Am 24. Februar 2014 stellt man ihm die Abschiebeandrohung nach Italien zu, das nach der Dublin-Regelung der für ihn zuständige Asylstaat ist. Ein hiergegen gerichteter Eilantrag wird vom Verwaltungsgericht Frankfurt/M. am 26. April 2014 abgelehnt.

„Ich bin nach Europa, um Sicherheit und Schutz für mein Leben zu finden. Wenn man mich nach Italien abschiebt, dann würde ich lieber sterben.“

Daahir Abdullahi Osman

Daahir wendet sich an die Initiative „Lampedusa in Hanau“, die unter dem Dach der „Diakonischen Flüchtlingshilfe Hanau“ Flüchtlinge unterstützt. Die Initiative hat sich im März 2014 zusammengefunden, um über die katastrophale Lage von Asylsuchenden in Italien und drohende Abschiebungen von Flüchtlingen nach Italien zu informieren, die Betroffenen sozial und rechtlich zu unterstützen und die Abschiebungen nach Italien politisch zu bekämpfen. Sie übernimmt die Kosten für Daahirs Rechtsbeistand und wendet sich hilfesuchend an die evangelische Kirchengemeinde in Steinheim.

Nach einer kurzen Zeit der ausführlichen Beratung und vieler Gespräche beschließt der Kirchenvorstand einstimmig, Daahir Kirchenasyl zu gewähren. Am 7. Juli 2014 bezieht er zwei Räume in dem alten Pfarrhaus auf dem Kirchengelände, das er bis zum Ende der Überstellungsfrist nach Italien Anfang November 2014 nicht mehr verlassen wird. Schnell finden sich in der Kirchengemeinde und darüber hinaus Unterstützerinnen und Unterstützer, die sich für Daahir engagieren. Sie kaufen ein, waschen Wäsche, geben Deutschunterricht, stehen als Mediziner im Fall einer Krankheit bereit. Der junge Mann revanchiert sich, indem er im Garten und bei anderen Arbeiten in und um das Familien- und Generationenhaus herum mithilft. Regelmäßig bekommt Daahir Besuch von anderen befreundeten Flüchtlingen aus seiner ehemaligen Unterkunft, die wie das Kirchengelände in der Ludwigstraße liegt.

„Ich bin sehr glücklich, dass die Gemeinde mich aufgenommen und vor der Abschiebung bewahrt hat. Sie haben mir in den vier Monaten sehr geholfen. Sie helfen mir immer noch! Dafür möchte ich mich von ganzem Herzen bedanken. Mein Leben ist jetzt viel besser und ich habe Hoffnung auf ein gutes Leben für die Zukunft.“

Daahir Abdullahi Osman

Die katastrophalen Zustände in dem Wohnheim werden zum Thema unter den Unterstützerinnen und Unterstützern – sie gründen das „Ökumenische Bündnis für Flüchtlinge“, das sich nicht nur weiterhin für Daahir engagiert, sondern sich darüber hinaus auch um die Flüchtlinge in der Ludwigstraße kümmert und gegen viele Wider-

stände versucht, die dortige Unterbringungs- und Betreuungssituation zu verbessern. Sie führen politische Gespräche, bieten ehrenamtlich Sozialberatung und Deutschunterricht für die Flüchtlinge an, richten im Familien- und Generationenhaus einen offenen Treff und in der Unterkunft selbst einen Meeting-Point ein und initiieren vor Ort unter anderem ein Gartenprojekt und bieten Fahrradworkshops an.

Nachdem Daahirs Überstellungsfrist nach Italien am 28. Oktober 2014 endgültig verstrichen ist, endet sein Kirchenasyl am 5. November 2014. Die Stadt Hanau stellt ihm eine Duldung aus und weist weit entfernt von der Kirchengemeinde eine Unterkunft im Hanauer Stadtgebiet zu. In der Unterkunft in der Ludwigsstraße gibt es nach Auskunft städtischer Verantwortlicher keinen Platz für Daahir. Auf die Einleitung eines Asylverfahrens und die Anhörung seiner Fluchtgründe durch das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge wartet er zurzeit noch vergebens.

Trotz der räumlichen Entfernung ist der Kontakt zwischen Daahir und der Kirchengemeinde nicht abgerissen. Er pflegt den Kontakt, ist immer wieder zu Gast und erfährt auch weiterhin Unterstützung. Die Kirchengemeinde finanziert ihm zurzeit aus Spendenmitteln einen Deutsch-Intensivkurs an der Volkshochschule in Hanau.

„Ich will noch mehr Deutsch lernen und danach vielleicht hier in Hanau eine gute Arbeit finden. Es wäre schön, wenn ich weiter mit den Menschen zusammen sein könnte, die ich kennengelernt habe und die mir viel geholfen haben. Ich komme immer wieder hierher in die Gemeinde, um den Kontakt zu halten.“

Daahir Abdullahi Osman

Interview mit Pfarrerin Heike Zick-Kuchinke, Mitgliedern des Kirchenvorstandes und ehrenamtlichen Unterstützerinnen von Daahir Abdullahi Osman

Wir wurde die Bitte um Kirchenasyl für Daahir an die Gemeinde herangetragen?

Pfarrerin Heike Zick-Kuchinski: Der Kontakt kam über Wolfgang Bauer zustande, der Berufsschulpfarrer in Hanau ist und in der Diakonischen Flüchtlingshilfe in Hanau mitarbeitet. Wir sind gut befreundet. Wolfgang wusste über die Flüchtlingsinitiative „Lampedusa in Hanau von einem Flüchtling, der in Steinheim in der Unterkunft in der Ludwigstraße lebte. Er berichtete von den dramatischen Gründen für die Flucht des jungen Mannes, von seinen schlimmen Erfahrungen auf der Flucht und davon, dass er von der Abschiebung nach Italien bedroht ist. Dieser junge Mann war Daahir Abdullahi Osman

Wolfgang Bauer fragte mich, ob wir uns vorstellen können, ihm Kirchenasyl zu gewähren. Wir haben das dann im Kirchenvorstand diskutiert und uns dabei auch mit Kolleginnen und Kollegen aus Hanau ausgetauscht. Das war wichtig, denn wir hatten bei aller grundsätzlichen Bereitschaft ein besonderes Problem. Das alte Pfarrhaus, in dem das Kirchenasyl Platz finden musste, sollte umgebaut werden. Die Anträge dafür waren seit langem gestellt und es war aus verschiedenen Gründen klar, dass wir mit dem Umbau beginnen müssen, sobald die Genehmigung vorliegt. Es stand also die Befürchtung im Raum, dass der Umbau und das Kirchenasyl zeitlich zusammenfallen könnten. Da wollten wir uns für den Fall aller Fälle der Unterstützung der Brüder und Schwestern aus Hanau versichern.

Anschließend gab es ein erstes Treffen mit Daahir. Daran hat auch Herwig Putsche von der Lampedusa-Initiative teilgenommen, mit dem Osman schon vertraut war. Und auch die hauptamtlichen Mitarbeitenden im Familien- und Generationenhaus hier auf dem Gelände haben wir einbezogen. Es war uns von Anfang an wichtig, transparent zu sein und bei der Entscheidung über das Kirchenasyl alle mitzunehmen, die schließlich in irgendeiner Form damit zu tun haben würden. Alles in allem dauerte es wenig mehr als eine Woche, bis die Entscheidung gefallen war.

Welche Reaktionen gab es auf die Entscheidung?



Burkhard Huwe, Vorsitzender des Kirchenvorstandes: Wir wollten auf keinen Fall heimlich und ohne Erklärung agieren. Es ist kein Zufall, dass das Kirchengelände offen und jederzeit zugänglich ist. Es ist Ausdruck unseres Selbstverständnisses als offene Kirchengemeinde und als integraler Bestandteil der „Steinheimer Stadtgesellschaft“. Diesen Öffnungsprozess

haben wir schon vor zehn Jahren mit dem „Familien- und Generationenhaus“ eingeleitet. Seitdem arbeiten wir überkonfessionell und mit allen gesellschaftlichen Initiativen und Gruppen, die in Steinheim etwas bewegen wollen. Wir denken, leben und handeln im Sozialraum eines vielfältigen Stadtteils. Und wir tun das in der Überzeugung, dass jeder Mensch ein Gotteskind ist und Anspruch auf würdevolle Aufnahme und respektvolle Begegnung hat.

Pfarrerin Heike Zick-Kuchinski: Deshalb haben wir zum Beispiel die Eltern aus der Kindertagesstätte hier sofort nach der Entscheidung des Kirchenvorstands über das Kirchenasyl informiert. Da gab es erfreulicherweise ausschließlich positive Rückmeldungen und konkrete Unterstützungsangebote. Überhaupt sind in der Kirchenasylzeit viele Externe zu uns gekommen und haben sich engagiert: Leute aus Freikirchen ebenso wie Menschen, die mit Kirche erst mal nichts verbindet, die sich aber für Flüchtlinge einsetzen wollten und hier eine Möglichkeit gesehen haben.

Wie war beispielsweise Ihr Weg zur Unterstützungsarbeit?

Silvia Kleinschmidt, ehrenamtliche Unterstützerin: Ich bin im Zuge des Konfirmandenunterrichts meines Sohnes schon vor einiger Zeit zum Ehrenamt in der Kirche und darüber dann auch mit Daahir in Kontakt gekommen.: Ich kümmere mich u.a. um Sachspenden für einen jährlichen großen Flohmarkt am Erntedankfest, die im Pfarrhaus in der Zeit des Kirchenasyls zwischengelagert wurden. So habe ich Daahir fast jeden Tag dort getroffen, kennengelernt und angefangen, mich zu engagieren. Erst nur für ihn, später dann auch ganz allgemein in der Flüchtlingsarbeit. Ich gebe zum

Beispiel jetzt zweimal pro Woche beim Internationalen Bund für Sozialarbeit ehrenamtlich Deutschunterricht für Flüchtlinge.



Heidrun Rudolph, ehrenamtliche Unterstützerin: Ich bin Mitglied im Kirchenvorstand. Als ich Daahir vor der Entscheidung über das Kirchenasyl kennengelernt hatte, wollte ich schnell auch konkret etwas für ihn tun. Dabei ist es eher meine Sache, mich auf die soziale Begleitung und die Arbeit im Hintergrund zu konzentrieren: Einkäufe erledigen, Fahrdienste übernehmen, den sozialen Kontakt pflegen. Die Auseinandersetzung mit Behörden ist nicht meine Sache. Die überlasse ich anderen, die das lieber und besser machen.

Hatte das Kirchenasyl über den Einzelfall hinaus auch individuelle oder politische Auswirkungen auf Sie persönlich oder auf die Kirchengemeinde insgesamt?



Silvia Kleinschmidt: Daahir wurde oft von Freunden aus der Unterkunft in der Ludwigstraße besucht. Die haben erzählt, welche Probleme es dort gibt: Fenster, die mitten im Winter kaputtgehen und nicht repariert werden, kein warmes Wasser in der Küche und so weiter und so fort. Solche Missstände und ein Besuchsbericht von Frau Zick-Kuchinke aus der Unterkunft waren letztlich die Initialzündung für die Gründung unseres „Arbeitskreis Flüchtlinge“, in dem ich mich stark engagiere und mit dem wir gegen viele Widerstände der Stadt und der Objektverantwortlichen versuchen, die Situation in der Ludwigstraße zu verbessern.

Pfarrerin Heike Zick-Kuchinke: Als wir im Oktober vergangenen Jahres zum ersten Mal in die Einrichtung gegangen sind, waren darin 41 Personen in Zimmern mit bis zu 6 Schlafplätzen eingepfercht. Für jeweils fünfzehn Personen gab es eine einzige Toilette, die Küche war nicht

funktionsfähig, an verschiedensten Stellen fand sich Schimmel an den Wänden. Es war gruselig!

Weil es dort keinen Aufenthaltsraum gibt, haben wir als Erstes in unserem Zentrum einen offenen Treff für Flüchtlinge eingerichtet. Es hat eine Weile gedauert, aber mittlerweile kommen jeden Dienstag Flüchtlinge aus der Unterkunft hierher, um Tischfußball zu spielen, zu kochen, zu reden. Durch diese Vernetzung ist die Empörung über die Zustände in der Ludwigstraße gewachsen und sind weitere Initiativen entstanden: Die einen haben sich sehr erfolgreich darum gekümmert, dass die Sportvereine sich öffnen und Flüchtlinge dort beitragsfrei Fußball oder Tischtennis spielen können. Andere haben einem besonders begabten Flüchtling zum Beispiel kostenlosen Musikunterricht vermittelt, begleiten Flüchtlinge zu Behörden oder geben ehrenamtlich Deutschunterricht.

Inzwischen gibt es einmal pro Woche zusätzlich noch einen Treff in der Unterkunft selbst. Dort schenken Ehrenamtliche Kaffee oder Tee aus und stehen den Flüchtlingen für Gespräche zur Verfügung. Das war anfangs nicht einfach, denn wir haben damit natürlich auch in ein System eingegriffen, in dem es eigene Regeln gab und gibt. Auf allen Seiten – und nicht nur bei der Stadt – gab es Personen, die an der neuen Öffentlichkeit im Haus nicht interessiert waren. Der provisorische Treff wurde anfangs zweimal regelrecht zerstört. Aber inzwischen gibt es im Hof sogar ein kleines Gartenprojekt, wo die Flüchtlinge in Kübeln und Wannen ihr Gemüse und Obst anbauen können.

Burkhard Huwe: Die politische Dimension hinter Daahirs Fall – das Dublin-System und die soziale Situation von Flüchtlingen



– haben wir über das Engagement in der Unterkunft zwar nicht erst kennengelernt, aber doch in seiner Tragweite besser verstanden. Als Deutscher hat man eher ein Grundvertrauen in Gesetze. Man denkt und glaubt, dass sie mit Gerechtigkeit und Menschlichkeit schon irgendwie in Einklang zu bringen sind. Wenn man dann aber im Detail sieht, was diese Gesetze für die Menschen bedeutet, welchen Ungewissheiten Flüchtlinge ausgesetzt werden und wer an ihnen z.B. bei der katastrophalen Unterbringung auch noch bares Geld verdient, dann sträuben sich einem einfach die Nackenhaare.

Pfarrerin Heike Zick-Kuchinke: Da hat sich vor allem im Hinblick auf die Unterkunft in der Ludwigstraße durch unser ungeliebtes Engagement zwar etwas getan, aber es ist doch ein sehr zähes Geschäft. Und weil das alles so mühselig ist und wir uns nicht verkämpfen wollen, denken wir gerade intensiv darüber nach, ob das „Ökumenische Bündnis für Flüchtlinge“ nicht selbst ein Wohnprojekt für Flüchtlinge initiieren und auf die Beine stellen könnte.

Warum sollten wir nicht einfach ein Haus oder eine Wohnung anmieten und die Flüchtlinge gescheit betreuen? Da gibt

es auch in unserer Nähe z. B. in Egelsbach gute Vorbilder, von denen wir lernen könnten. Wir hätten es dann selbst in der Hand, wie die Sache läuft, und müssten uns nicht ständig mit Bremsern und Bedenkenträgern und mit denen rumschlagen, die auf dem Rücken der Flüchtlinge Geld verdienen.

Gibt es ein Bibelwort, das Sie und die Kirchengemeinde beim Kirchenasyl geleitet hat?

Pfarrerin Heike Zick-Kuchinke: Im Grundstein unseres Familien- und Generationenhauses sind zwei Bibelstellen genannt: „Einer trage des andern Last, so werdet ihr das Gesetz Christi erfüllen“ (Galater 6.2.) und „Lernt Gutes zu tun und fragt nach dem, was richtig ist!“ (Jesaja 1.17).

Diese Worte ziehen sich wie ein roter Faden durch unsere Gemeindegarbeit und passen auch zur Erfahrung des Kirchenasyls. Wir wollen uns nicht mit menschenwürdigen und ungerechten Verhältnissen abfinden und sind in unserer Arbeit deshalb auch nicht selten bewusst unbequem – und wollen das auch bleiben. Wir wollen uns selbst und andere immer wieder kritisch nach dem fragen, was „richtig“ ist. Und wir wollen da der „Stachel im Fleisch“ sein, wo wir glauben, dass etwas nicht „richtig“ ist. In diesem Sinne Gutes zu tun muss man immer wieder lernen. Mit Daa-hir zusammen konnten wir das! Und wir konnten miteinander Lasten tragen.

Aber nicht nur: Wir konnten auch miteinander feiern und lachen – und zwar auf „Augenhöhe“: Wir haben mit ihm und seinen Freunden gemeinsam das Fastenbrechen gefeiert und während der WM zusammen Fußball geschaut. Er ist ein Teil unserer Gemeinde und wir sind für ihn ein Teil seines Lebens geworden. Und das dauert an, auch nach dem Kirchenasyl. ■

„Was ihr für einen meiner geringsten Brüder
getan habt, das habt ihr mir getan“

Matthäus 25,40

**Kirchenasyl von Khalid (42)
aus Syrien
in der
Evangelischen Martin-Luther-Kirchengemeinde
Wirges**



Als Flüchtling geboren! Khalids Geschichte

Seit seiner Geburt lebt Khalid (42 Jahre) als staatenloser Palästinenser in einem palästinensischen Flüchtlingslager in der Nähe von Damaskus. Trotz dieser schwierigen Startbedingung hat er erfolgreich Maschinenbau studiert und einen guten Arbeitsplatz in einem Unternehmen in der Ölförderbranche gefunden. Für seine Frau, seinen neunjährigen Sohn und seine sechsjährige Tochter hat er es damit zu bescheidenem Wohlstand gebracht. Das ändert sich im Jahr 2011, als der blutige Bürgerkrieg in Syrien beginnt.

„I am a stateless Palestinian in Syria and therefore was a refugee from the very beginning of my life. However, when 2011 the war in Syria started, my family and me became refugees once again. But for us as Palestinians the borders are closed. We are not allowed to go e.g. into to Libanon, to Jordania, to Saudi-Arabia. We had to flee from area to area within Syria to be safe at least for a while.
Khalid

Als islamistische Kampftruppen des IS in das Flüchtlingslager vordringen, in dem die palästinensische Flüchtlingsfamilie lebt, wird sie zur erneuten Flucht gezwungen – zunächst innerhalb Syriens. Doch der unberechenbare Krieg folgt ihnen und holt sie immer wieder ein. Weil die Lage für die Familie immer dramatischer und auswegloser wird, fassen Khalid und seine Frau den Entschluss, alles auf eine Karte zu setzen. Khalid bringt seine Frau und seine beiden Kinder zu Verwandten, bei denen sie bis auf weiteres sicher sind. Er will versuchen, für seine Familie und für sich selbst eine Zukunft in Europa zu finden. Khalids dritte Flucht beginnt.

Beginn des Kirchenasyls:

28. April 2015

Ende des Kirchenasyls:

dauert an



„In our situation you can't flee as a family. It is way too expensive and – even more important – way too dangerous. The plan was that I try to reach a safe haven in Europa and that I collect my family very soon.“

Khalid

Per Bus flieht er am 13. August 2014 an die syrisch-türkische Grenze. Er überwindet sie zu Fuß, flieht zunächst über Istanbul nach Izmir und von dort aus nach etwa einer Woche mit der „Hilfe“ von Schleppern in einem völlig überfüllten

Schlauchboot auf eine griechische Insel. Unterwegs geraten die mehr als dreißig Flüchtlinge, darunter Frauen und Kinder, mitten auf dem Meer in akute Seenot, weil der viel zu schwache Außenbordmotor ausfällt. Irgendwie gelingt es den Flüchtlingen, den Motor zu reparieren und irgendwie landen sie schließlich völlig entkräftet in Griechenland an.

Dort werden Khalid und die anderen von der Polizei aufgegriffen und gefangen genommen. Es ist die erste von vielen Inhaftierungen, die Khalid auf seiner Flucht noch erleiden wird. Erst nach zehn Tagen wird er wieder freigelassen und aufgefordert, Griechenland innerhalb eines Monats zu verlassen. Khalid geht nach Athen und organisiert dort seine Weiterflucht nach Serbien.

Zusammen mit vierzig weiteren Flüchtlingen wird er in einem Minibus von Athen aus nach Polikastro in der Nähe der griechisch-mazedonischen Grenze gebracht. Die Grenze nach Mazedonien überwindet er zu Fuß und zu Fuß marschiert Khalid dann entlang der Bahnschienen quer durch das Land bis zur serbischen Grenze. Es regnet ununterbrochen und die Nächte sind kalt. Trotzdem schlafen Khalid und seine Weggefährten meist auf offener Straße. Kurz vor der serbischen Grenze werden sie von Unbekannten überfallen, bedroht und beraubt.

Sie passieren die mazedonisch-serbische Grenze und werden erst kurz vor Belgrad von serbischen Sicherheitskräften in einem PKW aufgegriffen und inhaftiert. Gegen Bezahlung einer Strafe und mit der Auflage, Serbien innerhalb von drei Tagen wieder zu verlassen, kommen sie wieder frei. Khalid geht zu dem Flüchtlingscamp einer nicht-staatlichen Hilfsorganisation in der Nähe von Belgrad und organisiert von dort aus seine Weiterflucht über Ungarn nach Deutschland. Wieder muss er sich dazu Fluchthelfern anvertrauen.

Gemeinsam mit anderen Flüchtlingen bringt man ihn zur serbisch-ungarischen Grenze. Es gelingt ihnen zwar, unbemerkt nach Ungarn zu gelangen,

dort aber stranden sie in der Nähe der Grenzstadt Szeged. Die Autos, die die Gruppe weiter nach Deutschland bringen sollen, erscheinen nicht. Khalid und die anderen verstecken sich in einem verlassenen Haus und warten auf die zugesagte Unterstützung. Doch sie sind Betrügern zum Opfer gefallen. Nicht die Fluchthelfer erscheinen, sondern ungarische Sicherheitskräfte stürmen nach zwei Tagen das Haus und verhaften die Flüchtlinge. Die Art und Weise der Verhaftung und die Haftbedingungen sind menschenunwürdig.

„They treated us like animals. They fixed our hands with plastic cable ties. They closed it much too tight. I kindly asked to widen it a little bit. A policeman looked at me ... and closed it even tighter. They shouted out all the time, some of us were beaten. They brought us to a prison that consisted of something looking like animal cages and they gave us food in a way you feed animals.“

Khalid

Nach massiver Einschüchterung durch die Sicherheitskräfte und aufgrund falscher Informationen stellt Khalid nach einem Tag unwissentlich einen Asylantrag. Er wird daraufhin freigelassen und dazu aufgefordert, sich in einer Unterkunft in der Nähe von Budapest einzufinden. Stattdessen mietet er sich zusammen mit anderen Flüchtlingen für zwei Tage und Nächte in eine Wohnung in Budapest ein und organisiert – erneut mit Fluchthelfern – die Weiterreise nach Deutschland über Österreich. In einem PKW überwindet Khalid am 1. Oktober 2014 zum ersten Mal die österreichisch-deutsche Grenze. Er wird nach Stuttgart gebracht, wo er noch am selben Tag Asyl beantragt und zunächst in der Erstaufnahmeeinrichtung in Karlsruhe (Baden-Württemberg) untergebracht und kurz darauf an die Erstaufnahmeeinrichtung in Trier weitergeleitet wird.



Die Evangelische Martin-Luther-Kirchengemeinde in Wirges

Die im rheinland-pfälzischen Westerwaldkreis gelegene kleine Stadt Wirges und ihre Umgebung sind traditionell katholisch geprägt. Durch die Gründung einer Glasfabrik im Jahr 1895 zogen evangelische Christen als Arbeitskräfte zu. Weil ihre Zahl stark anstieg, baute man im Jahr 1897 für die nunmehr 600 Gemeindemitglieder eine Kirche. Seit damals ist die Gemeinde durch Zuzüge stetig gewachsen. Den jüngsten Wachstumsschub brachte die Übersiedelung vieler Spätaussiedler aus den Nachfolgestaaten der UdSSR in den 90er Jahre. Heute gehören 2.650 Gemeindemitglieder zur Martin-Luther-Kirchengemeinde. Die Kirche, das Gemeindehaus, das Pfarrhaus und die evangelische Kindertagesstätte befinden sich zueinander benachbart auf einem insgesamt gut 7.000 Quadratmeter großen Areal in einer Wohngegend am Eingang der Stadt.

In der Stadt und in der Kirchengemeinde gibt es seit langem eine grundsätzliche Offenheit für das Thema „Flucht und Migration“. Dazu haben u.a. die zuziehenden Spätaussiedler, aber auch eine Vielzahl von Veranstaltungen in den letzten Jahren beigetragen. Zuletzt wurde im Evangelischen Gemeindehaus anlässlich des 70. Jahrestags des Kriegsendes 1945 eine Kunst- und Fotoausstellung gezeigt, die an die Bedeutung des Friedens

für die Menschen erinnert und in der die Erfahrung von Flucht und Vertreibung eine wichtige Rolle spielt. Auch das Engagement der Kirchengemeinde für eine syrische Flüchtlingsfamilie vor zwei Jahren hat vor Ort viele für die Belange von Flüchtlingen sensibilisiert. Die Familie sollte damals wegen der Dublin-Regelung nach Polen abgeschoben werden und war davon bedroht, auseinandergerissen zu werden.

Immer wieder gab und gibt es in der Kirchengemeinde Veranstaltungen zu diesem Themenkreis, zuletzt wurde in den Räumen im Gemeindehaus anlässlich des 70. Jahrestags des Kriegsendes 1945 eine Kunst- und Fotoausstellung gezeigt. In der Ausstellung, die an die Bedeutung des Friedens für die Menschen erinnern will, spielt auch die Erfahrung von Flucht und Vertreibung eine wichtige Rolle.

Khalids langer Weg ins Kirchenasyl

Ende Oktober 2014 wird Khalid aus der Erstaufnahmeeinrichtung in Trier dem Westerwaldkreis zugewiesen. Dort wird ihm eine Unterkunft in der Stadt Wirges zugeteilt. Kurz darauf erhält er den negativen Bescheid zu seinem Asylantrag. Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) stellt aufgrund der Dublin-Regelung seine Nichtzuständigkeit fest, setzt Khalid eine Ausreisefrist bis zum 13. April 2015 und droht ihm andernfalls

die Abschiebung an. Sein Rechtsanwalt klagt gegen den Bescheid und beantragt gleichzeitig, dass Khalid bis zur Entscheidung über die Klage nicht abgeschoben wird.

Gleichzeitig bereitet Khalid sich für den Fall vor, dass seine Klage keinen Erfolg haben sollte. Er sucht Hilfe bei einer Beratungsstelle der Caritas und wendet sich auf deren Rat hin Mitte März an die Evangelische Kirchengemeinde in Wirges. Der Pfarrer der Gemeinde erkennt den Ernst der Lage und wird umgehend aktiv. Er informiert den Kirchenvorstand, bittet den Pfarrer der schon Kirchenasyl gewährenden Nachbargemeinde in Höhr-Grenzhausen um Beratung und stellt den Kontakt zu den für Kirchenasyl zuständigen Personen in der EKHN und der Diakonie Hessen her. Nach intensiver Beratung und Diskussion beschließt der Kirchenvorstand nur einen Tag später, Khalid Kirchenasyl zu gewähren, sobald es erforderlich ist. Die notwendigen Vorbereitungen und Planungen gehen Pfarrer, Kirchenvorstand und Mitglieder der Kirchengemeinde sofort an.

„Wenn ich jemanden vor mir habe, der Hilfe braucht, dann kann ich den nicht aus formalistischen Gründen wegschicken und sagen: ‚Tut mir leid, ich mache das nicht!‘ Dann muss ich helfen!“

Pfarrer Wilfried Steinke

Noch bevor Khalids Frist zur Ausreise nach Ungarn am 13. April 2015 ausläuft, lehnt das zuständige Verwaltungsgericht seine Klage und seinen Antrag auf Aussetzung der Abschiebung ab. Doch hiervon erfährt Khalid nichts. Sein Anwalt versäumt es, ihn oder die Kirchengemeinde zu informieren. Am 14. April 2015 um 5 Uhr in der Nacht wird Khalid von Polizeibeamten geweckt, die in großer Zahl in seine Unterkunft eingedrungen sind. Der völlig verstörte Flüchtling

hat gerade noch Zeit, einige Sachen zusammenzuraffen, dann wird er zum Flughafen nach Frankfurt am Main gebracht und um 8 Uhr morgens nach Budapest abgeschoben.



„I was shocked! The moment I entered the plane, my only thought was: ‚I lost my children now.‘ After all what they did to me in Szeged, I couldn't imagine to build a future for us in Hungary!“

Khalid

Khalid ist verzweifelt und wehrlos. In Budapest wird er der ungarischen Polizei übergeben und in Gewahrsam genommen. Man teilt ihm mit, dass sein erster Asylantrag eingestellt worden ist, nachdem er Ungarn verlassen hat und fordert ihn auf, einen neuen Asylantrag zu stellen. Khalid weigert sich. Er muss den Behördenmitarbeitern daraufhin schriftlich versichern, in Ungarn keinen Asylantrag stellen zu wollen und freiwillig nach Serbien auszureisen.

Weil seine Papiere angeblich erst am nächsten Morgen fertig gemacht werden können, soll er solange in Haft bleiben. Nach allem was geschehen ist, hofft Khalid über Nacht zu Kräften zu kommen und am nächsten Morgen weitersehen zu können. Doch völlig überraschend wird er mitten in der Nacht rüde geweckt. Man drückt ihm seine Papiere in die Hand, fordert ihn - trotz seiner Bitte, bis zum nächsten Morgen bleiben zu können - zum Mitkommen auf und setzt ihn an einer weit abgelegenen Straße aus.

Insgesamt viermal versucht Khalid innerhalb der nächsten 12 Tage, Budapest wieder zu verlassen und Zuflucht in einem sicheren Land zu finden. Dreimal wird er wieder aufgegriffen und zurück gebracht. Der erste Versuch mit dem Zug endet schon bald nachdem er die ungarische Hauptstadt in Richtung Österreich verlassen hat, der zweite erst eine einzige Station vor der österreichischen Grenze. Der dritte Versuch führt ihn mit einem PKW zwar bis nach Wien, aber auch dort kann er nicht Fuß fassen. Er lebt kurzzeitig auf der Straße und muss schließlich mit dem Zug nach Budapest zurückkehren.

Erst im vierten Versuch gelingt es Khalid mit Unterstützung von Fluchthelfern, versteckt in einem Kraftfahrzeug nach Deutschland einzureisen. Am 27. April gegen Mitternacht trifft er zusammen mit sieben weiteren Flüchtlingen in Passau ein. Mit dem Taxi fahren sie gemeinsam nach München. Von dort aus fährt Khalid noch in derselben Nacht mit dem Zug über Frankfurt am Main nach Montabaur. Vom dortigen Bahnhof läuft er zu Fuß bis in das etwa 10 Kilometer entfernte Wirges, wo er um 8.15 Uhr morgens an der Tür des Pfarrhauses läutet. Khalid, der seit Beginn seiner Flucht im August 2014 etwa 25 Kilogramm Körpergewicht verloren hat, steht übernachtigt und völlig ausgemergelt vor dem Pfarrer der Gemeinde. Er ist in seinem Kirchenasyl angekommen.

Das Kirchenasyl in der Evangelischen Kirchengemeinde Wirges

Seit dem 28. April 2014 lebt Khalid in einem kleinen Zimmer im Erdgeschoss des Pfarrhauses. Im Zimmer nebenan ist das Gemeindebüro untergebracht, in der Etage darüber leben der Pfarrer und seine Ehefrau. Khalid kommt langsam zur Ruhe und zu Kräften – und er schöpft neue Hoffnung.

„Before I came here, I had no idea what to do and whom to trust. That has changed now. I met a lot of people here who try to understand and support me. That is something that feels good. Another very important thing is my family. I left Syria to build a good future for my children and for my wife. When I had to go back to Hungary, I lost all my hope. That hope is back now and gives me power. I once again feels responsibility for my family. That's why you can say, that the Kirchenasyl renewed my life. I'm very grateful for that.“

Khalid

Khalid hat Familienanschluss. Oft wird zusammen gekocht, gegessen oder gemeinsam in dem großen Garten gearbeitet, der das Anwesen umgibt. Seine Erlebnisse auf der Flucht haben Khalid vorsichtig werden lassen. Wenn er sich zwischen dem Pfarrhaus, dem Gemeindehaus und der Kindertagesstätte hin- und herbewegt, achtet er sorgfältig darauf, das Kirchengelände nicht um einen Fuß breit und nicht für eine Sekunde zu verlassen. Ein enger Kreis von Unterstützerinnen und Unterstützern aus der Kirchengemeinde, dem Kirchenvorstand und den Mitarbeitenden des Pfarramts und der Kindertagesstätte kümmert sich um Khalid. Sie gehen einkaufen, geben Deutschunterricht, stehen als Gesprächspartner zur Verfügung.

Auch wenn die Verantwortlichen gegenüber den Medien mit größter Zurückhaltung agieren, um seine Familie in Syrien nicht unnötig zu gefährden, ist Khalid im Leben der Gemeinde durchaus präsent. Als er den Gemeindemitgliedern am Pfingstsonntag im Gottesdienst vorgestellt wird, löst das eine Welle der Hilfsbereitschaft und Solidarität aus: Neben zahlreichen Geldspenden und Angeboten der Unterstützung wird Khalid von einem Mitglied der Gemeinde sogar eine Wohnung in Aussicht gestellt, die er nach seiner Asylanerkennung zusammen mit seiner Familie beziehen könnte.



„Ich habe keinen Einzigen aus unserer Gemeinde gehört, der Kritik geübt oder gesagt hat: „Das ist illegal!“ Im Gegenteil. Das, was wir getan haben, ist durchgehend positiv aufgenommen worden.“

Pfarrer Wilfried Steinke

Doch bis dahin ist es noch ein weiter und schwerer Weg. Noch bis Ende des Jahres droht Khalid aufgrund der Dublin-Regelung die Rücküberstellung nach Ungarn. Mindestens so lange wird er voraussichtlich auf den Schutz der Kirchengemeinde angewiesen sein. Ein wenig Hoffnung macht allen Beteiligten, dass die Evangelische Kirche in Hessen und Nassau dem Bundesamt für

Migration und Flüchtlinge kürzlich Khalids Fall mit der Bitte um eine erneute Prüfung noch einmal vorgelegt hat. Die christlichen Kirchen in Deutschland und das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge hatten sich im Februar 2015 auf ein solches Konsultationsverfahren verständigt, um dringenden Einzelfällen gerecht werden zu können, ohne dass die Flüchtlinge Kirchenasyl in Anspruch nehmen oder langfristig im Kirchenasyl verbleiben müssen. Doch auch diese Entscheidung wird noch viel Zeit in Anspruch nehmen.

Seine und die Zukunft seiner Familie sieht Khalid auf alle Fälle in Deutschland – egal wie lange es dauern wird. Für ihn führt kein Weg mehr zurück nach Syrien, wo die palästinensischen Flüchtlingslager dem Erdboden gleichgemacht wurden und der Krieg tiefen Hass zwischen den Menschen gesät hat, den er mit seiner Familie nicht ernten will und nicht erdulden kann.

„My wish for the future: Living in Wirges together with my children and my wife. I sometimes watch the children in the Kindergarten in the neighbourhood and imagine my daughter playing around with them one day. Learning German for sure, working for sure ... and get the german nationality one day. Not for me, but for my children. Remember we are stateless. To become Germans would give them the chance to live in peace and in dignity“

Khalid

**Interview mit Pfarrer Wilfried Steinke
sowie mit Heidi Wilken und
Hannelore Höhn, beide Mitglied des
Kirchenvorstandes**

Welche Gründe haben Sie dazu veranlasst, sich so engagiert für Khalid einzusetzen und ihm mit dem Kirchenasyl eine Perspektive geben?

Pfarrer Wilfried Steinke: Für mich ist natürlich zuallererst mein Glaube ausschlaggebend gewesen. „Was ihr für einen meiner geringsten Brüder getan habt, das habt ihr mir getan“ heißt es im Matthäus-Evangelium und das bringt es für mich auf einen einfachen Nenner.

Und ein weiterer Grund ist für mich wichtig: Ich persönlich fühle mich in meinem Verständnis von Kirche und Glauben Dietrich Bonhoeffer sehr verbunden. Für ihn standen nicht die Gesetze, sondern der Mensch und die Frage nach dem Willen Gottes im Mittelpunkt. Angesichts der seinerzeitigen Verhältnisse hatte er alle guten Gründe für diese Haltung. Außerdem bin ich Pfarrer der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau, die Dietrich Bonhoeffer ebenfalls sehr nahesteht und ihre Gemeinden vielleicht auch deshalb ganz großartig unterstützt, wenn sie z.B. durch die Gewährung von Kirchenasyl den Menschen in den Mittelpunkt ihres Handelns stellen wollen.



Hannelore Höhn: Für mich sind Empathie und Anteilnahme die zentralen Punkte, die allen anderen vorangehen. Ich versuche die schlimme Lage nachzuempfinden, in der sich Khalid befindet, weil er seiner Frau und seinen Kindern in einer noch furchtbareren Situation Hoffnung und eine Perspektive geben will. Hieraus und aus dem Gebot der Nächstenliebe, das ja in allen Religionen verankert ist, ziehe ich meine Motivation zur Unterstützung von Khalid

Heidi Wilken: Für mich ist das Engagement im Kirchenasyl auch ein Zeichen dafür, dass ich nicht damit einverstanden bin, wie mit Flüchtlingen in unserem Land umgegangen wird. Ich setze mich mit ganzer Kraft für einen Menschen ein, der dem so genannten Flüchtlingsrecht zum Opfer zu fallen droht. Und ich hoffe, dass ich damit auch dazu beitrage, dieses Recht so zu ändern, dass es sich in Zukunft mit Humanität und Gerechtigkeit in Einklang bringen lässt.

Hatte das Kirchenasyl unabhängig von Khalid positive Auswirkungen auf die Unterstützung und das Eintreten für Flüchtlinge vor Ort?

Pfarrer Wilfried Steinke: Eher würde ich sagen, dass sich unser Kirchenasyl nahtlos in die vor Ort bereits etablierte Kultur der Solidarität und Unterstützung für Flüchtlinge einreicht. Es gibt in der Stadt schon seit längerem Personen und Initiativen, die Flüchtlinge unterstützen, und immer wieder auch Veranstaltungen zum Thema Asyl in den Räumen der Kirchengemeinde. In der Verbandsgemeinde arbeiten wir seit Ende des letzten Jahres gemeinsam mit der öffentlichen Verwaltung und mit anderen an Konzepten und Maßnahmen zur Ausgestaltung einer Willkommenskultur für Flüchtlinge vor Ort. Und im benachbarten Selters eröffnet die Diakonie in Kürze eine Kleiderkammer, die Asylsuchende kostenlos mit gebrauchter Kleidung versorgen wird.



Gab es in der Zeit des Kirchenasyls eine besondere Herausforderung oder Krise?

Pfarrer Wilfried Steinke: Es ist eine riesige Hypothek, wenn ein Mensch in Not nach nur zwei Tagen sagt: „I trust you!“ Ich hatte wahnsinnige Angst zu versagen und Khalids Erwartungen nicht gerecht zu werden. Als ich dann erfahren hatte, dass er abgeschoben worden ist, da ist für mich eine Welt zusammengebrochen. Ich habe mich gefragt, was ich falsch gemacht habe und warum ich es nicht verhindern konnte. Ich hatte die Befürchtung, dass die Sache unwiderruflich zu einem schlimmen Ende gekommen ist und ich Khalids Vertrauen nicht gerecht geworden war. Glücklicherweise hat sich das nicht bestätigt. Ich hoffe, dass das so bleibt.

Würden Sie noch einmal Kirchenasyl gewähren, wenn sich ein Flüchtling in Not an Sie wendet?

Pfarrer Wilfried Steinke: Ja, denn es war sinnvoll! Ja, denn ich habe von Khalid genauso viel zurückbekommen, wie ich ihm gegeben habe. Ja, denn ich habe von meiner Kirche, meiner Gemeinde, meinem Vorstand und vielen anderen Unterstützung bekommen! Ja, denn ich habe erfahren, dass die Netze tragen! Ja, denn für mich fallen im Kirchenasyl Wille und Pflicht zusammen! Warum also sollte ich etwas so Richtiges nicht wieder tun, wenn es notwendig ist? ■

Wie halten Sie es mit dem Kirchenasyl?

Fragen an Dr. Volker Jung, Kirchenpräsident der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau (EKHN), und Dr. Wolfgang Gern, Vorstandsvorsitzender der Diakonie Hessen

Je nach Standpunkt wird Kirchenasyl im gesellschaftlichen Diskurs ganz unterschiedlich betrachtet. Mal gilt es als Instrument, mit dem die Kirchen auf unzulässige Art und Weise versuchen, das europäische Asylrecht zu unterlaufen. Mal wird es als letztes humanitäres Mittel – also als ultima ratio – verstanden, um einem Menschen zu seinem Recht zu verhelfen, dem Unrecht und eine existenzielle Notlage drohen. Wie ist Ihre Lesart des Kirchenasyls?



Dr. Volker Jung: Das Kirchenasyl ist kein verbrieftes Recht. Aber es wird meines Erachtens aus guten Gründen vom Rechtsstaat akzeptiert. Es ist ein respektiertes Moratorium, das noch einmal Gelegenheit gibt, alle Aspekte des Einzelfalls zu prüfen. Mit der Akzeptanz des Kirchenasyls stärkt der Rechtsstaat sich selbst und zeigt, dass er sich selbst immer wieder an der Wahrung der Menschenrechte und der Menschenwürde

messen lässt. Dass am Ende der größte Teil der Fälle mit einem Bleiberecht oder einem geordneten Asylverfahren endet, spricht für das Kirchenasyl. Es ist ein Moratorium in Kirchenmauern. Dabei bleibt völlig klar: Das Gewaltmonopol des Staates gilt ohne Ausnahme, auch für die Kirchen.



Dr. Wolfgang Gern: Es geht beim Kirchenasyl nicht um einen „Gnadenakt“, sondern um die Frage, wie wir als Menschen einander gerecht werden und uns das geben, was wir auf dem Weg zu mehr Menschlichkeit einander schuldig sind. Kirchenasyl ist ein extremer Grenzfall, in dem zwei wichtige moralische Güter gegeneinander abgewogen werden müssen: Auf der einen Seite steht die dringende Hilfe angesichts einer drohenden Verletzung der Grund- und Menschenrechte einer Person. Auf der anderen Seite steht das hohe Gut der Rechtsstaatlichkeit, zur der die Einhaltung der Gesetze gehört. Die Spannung zwischen beiden muss und kann in einer Demokratie ausgehalten werden. Und es gehört zur Tradition der Kirchen, auf diese Spannung hinzuweisen.

Die EKHN ist eine der Evangelischen Kirchen, in denen es aktuell verhältnismäßig viele Kirchenasyl gewährende Gemeinden gibt. Zugleich fällt auf, dass die EKHN und die Diakonie Hessen ihren Kirchengemeinden ein umfassendes Beratungs- und Unterstützungsangebot machen. Was sagen Sie zum Vorwurf, dass dadurch für das Kirchenasyl geworben wird?

Dr. Volker Jung: Dem ist nicht so ist, fast schon im Gegenteil: Durch die frühe Beratung von Kirchengemeinden gelingt es immer wieder, Kirchenasyle zu verhindern, weil andere Lösungen gefunden werden. Darüber hinaus besteht ein großer Bedarf bei Kirchengemeinden und Flüchtlingsinitiativen, ihren „Fall“ juristisch bewerten zu lassen und im Fall eines Kirchenasyls genau zu bedenken, was alles vorbereitet und getan werden muss. Die Durchführung eines Kirchenasyls ist ja eine ausgesprochen anstrengende Angelegenheit, die alle Beteiligten stark fordert und auch belastet.

Dr. Wolfgang Gern: Ich weiß es aus eigener Erfahrung: Die im Kirchenasyl Engagierten machen es sich nicht leicht und sie wissen ziemlich genau, auf welche Strapazen sie sich einlassen. Zur Diakonie Hessen gehört die „Clearingstelle Kirchenasyl“. Ihre Arbeit macht immer wieder deutlich, wie eng die Entscheidung für ein Kirchenasyl mit einer gelebten Willkommenskultur für Flüchtlinge zusammenhängt. Da kümmern sich Haupt- und Ehrenamtliche z.B. um einen jungen Somali, organisieren den Deutschunterricht, halten Ausschau nach einem Ausbildungsplatz, und dann soll der junge Mann nach sechs oder neun Monaten plötzlich abgeschoben werden, nach Italien, Bulgarien, Ungarn, in die völlige Perspektivlosigkeit. Das verstehen die Menschen nicht, und manche sind nicht bereit, das einfach hinzunehmen.

Etwa 80 Prozent aller Kirchenasyle werden gewährt, weil Flüchtlingen in der Regel binnen sechs Monaten die Abschiebung in ein anderes europäisches Land droht. So sieht es die sogenannte Dublin-Verordnung vor. Wird diese Frist durch ein Kirchenasyl überschritten, muss das Asylgesuch in Deutschland durchgeführt werden. Angesichts dessen wird den Kirchen manchmal vorgeworfen, die Dublin-Regelung durch das Kirchenasyl generell torpedieren zu wollen.

Dr. Volker Jung: Die aktuellen Kirchenasyle bei solchen Dublin-Fällen sind keine generelle, abstrakte Kritik an diesem System. Wohl aber sind die Kirchenasyle in Dublin-Fällen ein Symptom dafür, dass diese europäische Zuständigkeitsregelung hinterfragt werden muss. Bietet sie noch einen wirksamen Flüchtlingsschutz? Ich denke, dass es das ist, worüber wir eigentlich sprechen sollten, statt über das Kirchenasyl zu streiten. Worum es Staat und Kirchen eigentlich und gemeinsam gehen sollte, ist eine Alternative zum Dublin-System, eine Alternative, die sich in erster Linie an den Interessen der Schutzsuchenden orientiert. Wir haben dafür konkrete Vorschläge gemacht. Gäbe es diese Alternative, wäre die große Mehrheit der aktuellen Kirchenasyle sofort beendet. Ein erster Schritt könnte sein, das Dublin-Überstellungsverfahren vorübergehend auszusetzen.

Dr. Wolfgang Gern: Auch die Zahlen sprechen eine deutliche Sprache: Im Jahr 2014 gab es im Rahmen des Dublin-Verfahrens 35.115 Übernahmeersuche Deutschlands an andere europäische Mitgliedstaaten. Bei 27.157 Personen stimmten die anderen Staaten der Überstellung zu. Tatsächlich überstellt wurden lediglich 4.772 Personen. Das heißt: Weit mehr als 20.000, die hätten abgeschoben werden können, sind faktisch aus

den unterschiedlichsten Gründen staatlicherseits nicht überstellt worden. Im gleichen Zeitraum gab es bundesweit 440 Personen im Kirchenasyl. Sie machen gerade mal zwei Prozent der nicht überstellten Personen aus. In der EKHN waren es 26 Kirchenasyle im Jahr 2014, aktuell sind es 11. Hier handelt es sich um dringend notwendige Einzelfallhilfe. Aber es liegt auch auf der Hand, dass das Dublin-System gescheitert ist.

Anfang des Jahres gab es ein Spitzentreffen zwischen den für Asylfragen zuständigen Bundesbehörden und den christlichen Kirchen. Hintergrund waren laute Überlegungen des BMI, die Durchführung von Kirchenasylen zu erschweren, indem die Überstellungsfrist an den zuständigen Dublin-Staat von sechs auf 18 Monate verlängert wird. Was ist dabei herausgekommen und was sind die Folgen?

Dr. Volker Jung: Bei diesen Gesprächen haben wir uns mit dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge auf ein Konsultationsverfahren verständigt. Kirchenvertreter/innen haben mittlerweile die Möglichkeit, Einzelfälle erneut vom Bundesamt überprüfen zu lassen. Dabei gab es meines Wissens bisher sowohl positive als auch negative Ergebnisse. Es ist aber noch zu früh für ein Resümee. Beide Seiten haben vereinbart, diese Form der Zusammenarbeit bis zum Spätherbst 2015 zu erproben und sie dann auszuwerten. Danach will das Bundesamt mitteilen, ob es zukünftig die im Raum stehende Fristverlängerung tatsächlich geben wird.

Dr. Wolfgang Gern: Ich will hier nur andeuten, welche praktischen Konsequenzen eine solche Fristverlängerung aus meiner Sicht haben würde. Kirchengemeinden müssten dann ihr Kirchenasyl viel länger, bis zu eineinhalb Jahren durchhalten. Vermutlich würden dann einige Gemeinden vor einem Kirchenasyl zurückschrecken, weil sie fürchten, dass sie es nicht so lange durchhalten. Aber das würden meiner Einschätzung nach keineswegs alle Kirchengemeinden so sehen. Vor allem würde es aber die Stimmung in den Gemeinden, die sich nicht nur beim Kirchenasyl, sondern auch sonst so intensiv für eine Willkommenskultur engagieren, deutlich verschlechtern. Das sollte unbedingt vermieden werden. Der Beitrag der Gemeinden zur Integration der Flüchtlinge, die bei uns bleiben, ist zu kostbar und wird auch dringend gebraucht, weil er zum sozialen Frieden beiträgt. Wir bemühen uns in der Diakonie Hessen, alles dafür zu tun, angesichts der absehbaren großen Herausforderungen bei der Flüchtlingsaufnahme buchstäblich die Lasten miteinander zu teilen. ■

den unterschiedlichsten Gründen staatlicherseits nicht überstellt worden. Im gleichen Zeitraum gab es bundesweit 440 Personen im Kirchenasyl. Sie machen gerade mal zwei Prozent der nicht überstellten Personen aus. In der EKHN waren es 26 Kirchenasyle im Jahr 2014, aktuell sind es 11. Hier handelt es sich um dringend notwendige Einzelfallhilfe. Aber es liegt auch auf der Hand, dass das Dublin-System gescheitert ist.

Anfang des Jahres gab es ein Spitzentreffen zwischen den für Asylfragen zuständigen Bundesbehörden und den christlichen Kirchen. Hintergrund waren laute Überlegungen des BMI, die Durchführung von Kirchenasylen zu erschweren, indem die Überstellungsfrist an den zuständigen Dublin-Staat von sechs auf 18 Monate verlängert wird. Was ist dabei herausgekommen und was sind die Folgen?

Dr. Volker Jung: Bei diesen Gesprächen haben wir uns mit dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge auf ein Konsultationsverfahren verständigt. Kirchenvertreter/innen haben mittlerweile die Möglichkeit, Einzelfälle erneut vom Bundesamt überprüfen zu lassen. Dabei gab es meines Wissens bisher sowohl positive als auch negative Ergebnisse. Es ist aber noch zu früh für ein Resümee. Beide Seiten haben vereinbart, diese Form der Zusammenarbeit bis zum Spätherbst 2015 zu erproben und sie dann auszuwerten. Danach will das Bundesamt mitteilen, ob es zukünftig die im Raum stehende Fristverlängerung tatsächlich geben wird.

Dr. Wolfgang Gern: Ich will hier nur andeuten, welche praktischen Konsequenzen eine solche Fristverlängerung aus meiner Sicht haben würde. Kirchengemeinden müssten dann ihr Kirchenasyl viel länger, bis zu eineinhalb Jahren durchhalten. Vermutlich würden dann einige Gemeinden vor einem Kirchenasyl zurückschrecken, weil sie fürchten, dass sie es nicht so lange durchhalten. Aber das würden meiner Einschätzung nach keineswegs alle Kirchengemeinden so sehen. Vor allem würde es aber die Stimmung in den Gemeinden, die sich nicht nur beim Kirchenasyl, sondern auch sonst so intensiv für eine Willkommenskultur engagieren, deutlich verschlechtern. Das sollte unbedingt vermieden werden. Der Beitrag der Gemeinden zur Integration der Flüchtlinge, die bei uns bleiben, ist zu kostbar und wird auch dringend gebraucht, weil er zum sozialen Frieden beiträgt. Wir bemühen uns in der Diakonie Hessen, alles dafür zu tun, angesichts der absehbaren großen Herausforderungen bei der Flüchtlingsaufnahme buchstäblich die Lasten miteinander zu teilen. ■



Diakonie Hessen
Bereich Flucht, Interkulturelle Arbeit, Migration
Telefon: 069. 7947 6229
Telefax: 069. 7947 996229
www.diakonie-hessen.de